

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Wefenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Versand-Anzeigen
für die dreigespaltene Beilage oder deren Raum 30 A.

Verbandskollegen! Versäumt die Versammlungen nicht!

Inhalt: Die Tarifverträge im österreichischen Maurergewerbe. — Schutz der Lohnforderungen der Bauarbeiter. — Die Gewerkschaftsorganisation im Deutschen Reich im Jahre 1907. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. — Bekanntmachung des Verbandsausschusses. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Bekanntmachungen der Gewerkschaften. — Berichte. — Beihilfegewesen. — Ein Krebstodesfall in unserer Organisationsreihe. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterdau, Submissionen usw. — Aus anderen Verufen. — Der englische Gewerkschaftskongress. — Gewerkschaftskongress in Italien. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton: Schötes Baumaterial und farbige Architektur. — Transportabler Beton.

Die Tarifverträge im österreichischen Maurergewerbe.

Bei einer kurzen Notiz über die Tarifverträge in Österreich versprochen wir, die Tarifverträge unserer Kollegen gründlicher zu behandeln. Wir lösen nun unser Versprechen ein und folgen dabei einer Artikelserie, die „Der Maurer“, das Organ unserer österreichischen Kollegen, darüber veröffentlicht hat.

Die Unentwideltheit der Industrie, die Rückständigkeit des Unternehmertums und die verhältnismäßige Schwäche der Arbeiterbewegung wirkten gleichermaßen zusammen, daß der Tarifvertrag in Österreich erst sehr spät zur Geltung kam. Erst in den letzten Jahren, der Zeit des gewaltigen Aufschwunges der Gewerkschaftsbewegung, gewann der Tarifvertrag, der sich in Deutschland schon einige Jahre früher das Bürgerrecht errungen, auch in Österreich eine allgemeinere Bedeutung. Allerdings gab es schon in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts einige Gewerbe, die Tarifverträge aufwiesen, wie die Buchdrucker und Leberarbeiter; aber das waren Ausnahmerscheinungen. Ebenfalls Ausnahmen waren auch die Verträge, die zwischen dem Gehilfenausschuß und der Gewerkschaft und der Genossenschaft abgeschlossen wurden und deren vereinzeltes Vorhandensein wir einige Jahrzehnte hindurch zurückverfolgen können. Bahnbrechend wirkten in der neueren Zeit vor allem die großen praktischen Beispiele, wie der Wiener Schneidervertrag vom Jahre 1903, und nicht zum mindesten auch der Bauarbeitervertrag von 1904.

Der Tarifvertrag erscheint aber, wie alle Gebilde grünen Lebens, nicht in einer einzigen unabänderlichen Form, sondern in sehr mannigfachen Variationen. Um in diese Verschiedenartigkeit der Formen eine Uebersichtsmöglichkeit zu bringen, müssen wir die Tarifverträge nach gewissen Merkmalen gruppieren. Wir unterscheiden folgende drei Arten der Tarifverträge: 1. Kollektivverträge im eigentlichen Sinne des Wortes. Das sind Verträge, die von Organisation zu Organisation abgeschlossen wurden. Eine Mehrheit von Unternehmern schließt mit einer Mehrheit von Arbeitern einen Vertrag, der die Arbeitsbedingungen regelt; das ist die reine Form des Kollektivvertrages. 2. Ein dem Kollektivvertrag ähnliches Gebilde ist der Gruppenvertrag. Dieser Vertrag wird zwischen einem Gehilfenausschuß oder einer Gewerkschaft als Vertreter einer Mehrheit von Arbeitern und einer Anzahl einzelner Unternehmer abgeschlossen, und zwar in der Weise, daß alle diese Einzelverträge in ihren

wesentlichen Bestimmungen gleichlautend sind. Wir sehen also hier, dem Inhalte dieser Verträge nach, wohl einheitliche Arbeitsbedingungen festgesetzt, aber die Form der Festsetzung geschieht individuell, von Unternehmer zu Unternehmer. Ein reiner Kollektivvertrag liegt nicht mehr vor. Die Gruppenverträge sind mitunter sehr schwer von den Kollektivverträgen zu unterscheiden, weil es vorkommt, daß so Komitees für die einzelnen Unternehmer unterhandeln, es also scheint, als ob ein Kollektivvertrag abgeschlossen würde, während tatsächlich das Schwergewicht des Vertragschlusses in der Zustimmungserklärung des einzelnen Unternehmers liegt. Trotz dieser Schwierigkeit ist aber die Unterscheidung in Gruppen- und Kollektivverträge notwendig, weil die verschiedenartige Form des Vertragschlusses auf den Inhalt der Verträge, und zwar insbesondere auf die Durchführungsbestimmungen einwirkt. 3. Die letzte der von uns unterschiedenen Vertragsarten ist der Firmenvertrag. Das ist ein Vertrag zwischen einem einzelnen Unternehmer und einer Mehrheit von Arbeitern respektive deren Vertretung. Von dem Gruppenvertrag unterscheidet sich der Firmenvertrag dadurch, daß er vollständig selbständig ist und keine nähere Beziehung zu anderen Vertragsabschlüssen hat.

Der Aufschwung des Tarifvertragswesens im österreichischen Maurergewerbe begann im Jahre 1904. In diesem Jahre erwuchs aus dem denkwürdigen, großen Kampfe im Wiener Baugewerbe der erste große Kollektivvertrag. Im folgenden Jahre breitete sich der Tarifvertrag in der Provinz aus; in Prag, Brünn, Graz, Mährisch-Odrau, Reichenberg und einer Reihe anderer Orte erfolgten Vertragsabschlüsse. Im Jahre 1906 wurde der Wiener Vertrag erneuert, ebenso die Verträge für Prag und Brünn. Im Jahre 1907 waren es neben den Vertragserneuerungen für Mährisch-Odrau und Graz eine sehr große Anzahl kleinerer Provinzorte, die zu Vertragsabschlüssen schritten. Die Jahre 1904 und 1906 weisen dadurch, daß in ihnen die Vertragsabschlüsse für Wien und die großen österreichischen Städte erfolgten, eine gewisse Ähnlichkeit zu einander auf, während die Jahre 1905 und 1907 sich darin gleichen, daß in ihnen die Vertragsabschlüsse für die kleineren Provinzorte überwiegen. Die folgende Tabelle soll diese Entwicklung anschaulicher machen:

Jahr	Zahl der Tarifverträge überhaupt	Zahl der an ihnen beteiligten Arbeiter	Zahl der an ihnen beteiligten Arbeiter	Zahl der an ihnen beteiligten Arbeiter	Zahl der an ihnen beteiligten Arbeiter	Zahl der an ihnen beteiligten Arbeiter
1904	5	37385	5	37385	—	—
1905	18	14714	11	10684	4	3190
1906	25	58632	22	58368	2	192
1907	75	21578	28	14464	81	5990
Zus.	123	132809	66	120901	87	9372

Die Kollektivverträge im eigentlichen Sinne des Wortes stehen unter den Tarifverträgen im Maurergewerbe an erster Stelle; sie umfassen wohl nur 52,8 pZt. aller Verträge, aber 91,3 pZt. aller beteiligten Arbeiter. Die geringste Bedeutung besitzen die Firmenverträge, die nur 1,5 pZt. aller beteiligten Arbeiter umfassen. Vor dem Jahre 1907 wurden überhaupt fast gar keine Firmenverträge abgeschlossen;

erst als der Maurerverband auch in die entlegensten Winkel des Landes drang und die dort ansässigen Unternehmer zu Tarifverträgen zwang, hob sich die Zahl der Firmenverträge.

Im allgemeinen ist das Maurergewerbe das Gewerbe der großen Tarifverträge, der Beteiligung von manchmal ganz gewaltigen Arbeitermassen. Die größten Tarifverträge, die in Österreich überhaupt abgeschlossen wurden, waren die der Wiener Maurer und deren Hilfsarbeiter; mehr als 30 000 Arbeiter waren ein jedesmal bei diesen Vertragsabschlüssen beteiligt. In den letzten Jahren macht sich auch die Tendenz bemerkbar, daß die Maurerverträge über den Rahmen einzelner Orte hinauswachsen und einen oder mehrere Bezirke umfassen. So wurde am Ende des Jahres 1907 ein Kollektivvertrag für Steiermark und sieben weitere Orte Ostböhmens abgeschlossen und einige Monate vorher war ein solcher für Bottenstein und 32 weitere Orte Niederösterreichs in Kraft getreten. Das zahlreiche Auftreten der Bezirksverträge und der Verträge, die größere Landesteile umfassen, zeigt, daß sich allmählich eine Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen anbahnt. Vom Individualarbeitsvertrag führt der Weg zum Tarifvertrag; das ist der einheitlichen Regelung der Arbeitsbedingungen für eine Fabrik, einen Bau, einen Bezirk, ein Land und schließlich für das ganze Reich. Diese Entwicklung hat sich in Deutschland recht augenfällig gezeigt, in Österreich hat es damit wohl noch seine guten Wege; aber auf die ersten Keime, die sich nur zeigen, sei immerhin hingewiesen.

Auf die einzelnen österreichischen Kronländer verteilen sich die Maurerverträge in folgender Weise:

Jahr	Niederösterreich	Österreich	Galizien	Polen	Bohmen	Mähren	Schlesien	Galizien
1904	3	—	1	—	—	—	—	—
1905	12	—	1	—	—	—	—	—
1906	10	—	1	—	—	—	—	—
1907	10	—	1	2	—	2	7	4
Zusammen	33	—	3	2	1	2	12	45

In den ersten drei Berichtsjahren stand Wien mit Niederösterreich, was die Zahl der abgeschlossenen Tarifverträge anbelangt, weitaus an der Spitze, im letzten Jahre setzte der große Aufschwung des Tarifvertragswesens in den anderen Ländern ein, der Böhmen und Mähren mit einem Schläge an die erste Stelle brachte. Insgesamt wurden in Böhmen die meisten Maurerverträge abgeschlossen, dann folgt Niederösterreich. Ein ganz anderes Bild würde sich natürlich ergeben, wenn man anstatt der Zahl der Verträge die der beteiligten Arbeiter zum Vergleich heranzöge. In diesem Falle lände Niederösterreich weitaus an der Spitze. Bemerkenswert ist, daß sich die Maurerverträge in einigen wenigen Kronländern zusammenbrängen, während in den anderen Ländern nur sehr wenige oder noch gar keine Verträge abgeschlossen wurde. Daß in einem industriell so entwickelten Lande wie Schlesien überhaupt noch kein Maurervertrag abgeschlossen wurde, ist gewiß eine auffällige Erscheinung.

Der Verband der Maurer hat dem Tarifvertrag eine sehr weitgehende Anerkennung verschafft; nicht nur, daß für mehr als 130 000 seiner engeren Berufs-

angehörigen Vertragsabschlüsse durchgeführt wurden, beeinflusste er auch sehr nachhaltig die Verhältnisse in den anderen Zweigen des Baugewerbes. Für die Zimmerer, Bauflosser, Dachbeder, Maler und Anstreicher zc. wurde eine große Anzahl Tarifverträge abgeschlossen, die sich denen der Maurer sehr eng anschließen. Fast sämtliche Gruppen des Baugewerbes besitzen eine ziemlich einheitliche Form des Tarifvertrages.

Für die Verteilung eines Tarifvertrages ist es sehr notwendig zu wissen, wer ihn abgeschlossen hat. Wenn zum Beispiel ein Vertrag von einer Gewerkschaft gezeichnet ist, bietet er eine ganz andere Gewähr der Durchführung, als wenn ein solches Arbeiterkomitee den Vertrag geschlossen ist. Ebenso läßt der Vertragsabschluß durch einen Gehilfenausschuß anstatt durch die Gewerkschaft sehr wertvolle Schlüsse auf die Machtverhältnisse in dem betreffenden Gewerbe zu. — An den Tarifverträgen im Maurergewerbe waren als Vertragsschließende beteiligt:

Jahr	Auf Seiten der Arbeiter		Auf Seiten der Unternehmer	
	Gewerkschaft	Gehilfenausschuß	Gewerkschaft (Zunahme)	Unternehmerorganisation
1904	5	1	4	1
1905	18	—	10	—
1906	24	1	16	—
1907	75	—	14	6
Zus.	122	2	44	22

Die Zahl der Tarifabschlüsse der Gewerkschaft deckt sich mit der Zahl der Maurerverträge (123) überhaupt. Nur ganz selten kommt der Gehilfenausschuß in die Lage, als vertragsschließende Partei aufzutreten. Die Maurerverträge bieten in dieser Hinsicht das gleiche Bild wie die Tarifverträge der meisten anderen Industriezweige.

Auf Seiten der Unternehmer ist die Unterzeichnung des Tarifvertrages durch den einzelnen Unternehmer sehr verbreitet. Im Jahre 1907, dem Jahre der zahlreichen Gruppen- und Firmenverträge, ist die Zahl der Mitwirkung einzelner Unternehmer bei Vertragsabschlüssen besonders groß. Beim Abschluß der Kollektivverträge im Maurergewerbe hatten bis nun die Gewerkschaften die größte Rolle gespielt; in den beiden letzten Jahren macht sich aber eine sehr ausgebreitete Mitwirkung der Unternehmerorganisationen bemerkbar. Diese Tatsache verdient die größte Beachtung, weist sie uns doch die Richtung, in der der Feind steht.

Eine Reihe von Maurerverträgen kamen unter der Mitwirkung behördlicher Organe zu stande. Wir konnten im Jahre 1904 2, 1905 4, 1906 10, 1907 9 Tarifverträge feststellen, bei deren Abschluß ein behördliches Organ — Vertreter des Gewerbeinspektors, der Bezirkshauptmannschaft oder der Statthalterei — mitgewirkt hatte.

Fast alle Maurerverträge setzen Minimallohne fest; eine Ausnahme macht nur der Vertrag der Prager Fliesenleger, der lediglich einen Akkordtarif enthält.

Die vereinbarten Minimallohne für qualifizierte Arbeiter weisen von Jahr zu Jahr eine größere Steigerung der höheren Lohnsätze auf. Es ist deutlich zu ersehen, daß die Lohnverhältnisse der Maurer in den letzten Jahren eine nicht unwesentliche Besserung erfahren haben. Allerdings weisen im Jahre 1907 nicht nur die höheren Lohnsätze von Kr. 4,01 bis 5 eine stärkere Steigerung auf, sondern auch die niederen von Kr. 2,51 bis 3. Diese Erscheinung ist darauf zurückzuführen, daß die Tarifverträge in die kleinen Provinzorte eindringen, wo ein Tagelohn von Kr. 2,60 bis 3, wie es nun vereinbart wurde, noch immer eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustand bedeutete. Fast sämtliche dieser niederen Minimallohnsätze wurden in den kleineren Orten Böhmens und Mährens, in Söding, Horitz, Jungbunzlau, Rojetin, Kolín, Leitomischl usw., vereinbart. Den niedersten Minimallohn für Maurer überhaupt enthält der im Jahre 1907 abgeschlossene Gruppenvertrag für Bräun, der einen Tagelohn von Kr. 2,50 zuläßt. — Die höchsten Löhne wurden für die Wiener Spießeisenarbeiter, Fliesenleger, Fassader usw. vereinbart.

Die Bestimmungen der Tarifverträge über die Entlohnung der gewöhnlichen Wochenarbeitszeit werden durch solche über die Entlohnung der Ueberstunden, Nacht-, Feiertags- und Sonntagsarbeit ergänzt. Inwieweit für diese außernormalen Arbeiten etwas vereinbart wird, ist es in der Regel eine höhere Entlohnung. Die Ueberstunden werden in der Regel um 10 bis 50 pZt., die Nacharbeit um 50 bis 100 pZt. höher als die normale Arbeit entlohnt. Es kommt wohl auch vor, daß die Nacharbeit den gewöhnlichen Ueberstunden gleichgestellt ist, viel öfter findet man aber noch eine Gleichstellung der Feiertags- mit der Sonntagsarbeit. Die Mehrrentlohnung dieser letzteren Gruppe außernormaler Arbeit schwankt zwischen 25 bis 100 pZt.; vielfach besteht die Mehrrentlohnung auch darin, daß für eine kürzere Arbeitszeit der volle Tagelohn bezahlt wird.

Schutz der Lohnforderungen der Bauarbeiter.

IV. (Schluß.) Der Korreferent hatte folgende Leitätze aufgestellt und in einem im „Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ veröffentlichten Vorbericht kurz begründet:

1. Bei Bauten aller Art ist an leicht sichtbarer Stelle ein Anschlag anzubringen, welcher den Stand, den Familiennamen und wenigstens einen ausgeschriebenen Vornamen sowie den Wohnort oder die eintragende Firma nebst Niederlassungsort der Bauherren und Bauunternehmer in deutlich lesbarer und unentzifferbarer Schrift enthalten muß.

Von dem Inhalte dieses öffentlichen Anschlages sowie von jeder vorgenommenen Änderung ist dem Amtsgericht und dem Gewerbegericht des betreffenden Ortes resp. Bezirkes innerhalb acht Tage nach dem Beginn des Baues bzw. nach jeder Veränderung der genannten Personen schriftlich Mitteilung zu machen.

Steht hinter dem Bauherrn bzw. Bauunternehmer ein Baugeldgeber, so hat auch dieser die Anzeige an

die benannten Gerichte mit zu erstatten und sich darin zweifelsfrei erkennen zu lassen.

II. Hat der Eigentümer der Baustelle (des Grundstücks) die Herstellung des Gebäudes oder eines Teiles des Gebäudes einem Unternehmer übertragen, von dem ihm bekannt war oder sein konnte, daß ihm die zur Ausführung des Baues erforderlichen Mittel nicht zu Gebote stehen oder daß er nicht die Absicht habe, sie für ihn aus der Uebernahme der Arbeiten erwachsenden Verbindlichkeiten in vollem Umfange zu erfüllen, so haftet der Eigentümer für die fälligen Löhne der an dem Bau beschäftigten Arbeiter. Im Falle des Unvermögens tritt an die Stelle des Eigentümers der Baugeldgeber. Geht der Bau während der Ausführung freihändig oder durch Zwangsverkauf in andere Hände über, so sind aus der Kaufsumme in erster Linie alle rechtlich nachgewiesenen Lohnforderungen zu befriedigen. Für noch bestrittene Lohnforderungen ist bis zum Nachweis ihrer Berechtigung ein entsprechender Teil des Erlöses als Sicherheit bei dem zuständigen Gerichte, wo die Klage anhängig ist, zu hinterlegen. Akkordübertrag ist dem Lohne gleich zu achten. Scheintäufel, deren Erträge die vollständigen Löhne nicht decken, entbinden den Käufer bzw. den neuen Baugeldgeber nicht von der Zahlung der Lohnschuld.

In seinen mündlichen Ausführungen konnte sich unser Kollege Baepkow sehr kurz fassen, da seine Anschauung über die Notwendigkeit und Durchführbarkeit des Lohnschutzes sowie über das Mischlingen des Gehrentwurfs in allen Punkten mit den Darlegungen Dr. Hillers übereinstimmt. Die überzeugenden Argumente Dr. Hillers über die Zweckmäßigkeit und leichte Handhabung des Pfandrechts am Baugrundstück demogen den Korreferenten, seine weitergehenden Vorschläge (Sachbarkeit des Baugeldgebers) zurückzugeben. Nachdrücklich forderte er aber, zur Erleichterung der Durchführung von Klagen vor dem Gewerbegericht oder dem ordentlichen Gericht, die Bekanntgabe der Grundflächeneigentümer und der Bauausführenden, einmal durch Anschlag auf der Baustelle selbst, zum andern durch Mitteilung an das zuständige Gericht. Weiter beauftragte der Korreferent die widerspruchsvolle Praxis der Gewerbe- und ordentlichen Gerichte in Sachen des Zwischenunternehmens. An der Hand einiger Gewerbegerichtsurteile wies er nach, daß von den Gerichten öfter Rechtsgrundlagen aufgestellt werden, die weit abliegen vom wirtlichen Recht. Den Gerichten müsse die Pflicht obliegen, auch wenn Verträge beigebracht werden, die den Zwischenunternehmer als selbständigen Unternehmer charakterisieren sollen, nachzuforschen, wer der wirtschaftliche Unternehmer sei. Nicht derjenige sei Betriebsunternehmer, der auf Grund irgendwelcher Verträge die Arbeitslöhne auszahle und die Versicherungsbeiträge begleiche, sondern derjenige, der das größte Interesse an der Errichtung des Werkes habe, das sei entweder der Eigentümer oder der diesem verpflichtete Unternehmer.

Dr. Hiller fordert die Zahlungspflicht dieses „Oberarbeitgebers“ mit einer Einschränkung, nämlich: wenn er bei der Weitervergebung von Arbeiten an Zwischenunternehmer gewußt hat oder wissen konnte, daß der Subunternehmer nicht die erforderlichen Mittel besaß. Das wird aber häufig gar nicht nachzuweisen sein.

Echtes Baumaterial und farbige Architektur.

Von Fred Good.

(Nachdruck verboten.)

Gewisse Schlagworte pflegen in der Baukunst wie in der Kunst im allgemeinen längere Zeit zu herrschen und die beteiligten Kreise zu beeinflussen, wenn sie von angesehenen und einflussreichen Persönlichkeiten in die Menge geworfen werden und den Eindruck einer besonderen Wichtigkeit hervorzurufen geeignet sind. Dann aber, wenn die Begeisterung wieder abgelaufen beginnt, zeigt es sich, daß das Gegenteil ebenso richtig, und daß es für die mit solchem Eifer verfochtene Sache ebenso viel Gründe wie Gegenstände gibt.

Zwei solcher Schlagworte, die merkwürdigerweise die Bauwelt unserer Zeit unausgesetzt beschäftigen, erweisen sich bei näherem Zusehen als scharfe Gegensätze, als wahre Antipoden. Sie lauten: „echtes Baumaterial“ und „farbige Architektur“. Das eine hebt aber das andere fast vollständig auf. Reht man auf die Wahl des echten, unverfälschten und ungeschönten Materials den Wert, so raubt man der Architektur die freie Verzierung, Innen- und Außenarchitektur beruht fast ganz auf dem, daß die von ihm beabsichtigten, seinem eigenen künstlerischen Empfinden entsprechenden Stimmungen und Wirkungen entstehen. Räumt man ihm aber das Recht ein, die Baustoffe teils in ihrer natürlichen Farbe zu belassen, teils zu färben, zu beizen, zu bronzieren, zu verfilzen und zu vergolden, so kann man wieder nicht von ihm verlangen, daß überall die Natur und die wahre Beschaffenheit des echten Materials zur Erscheinung trete.

Dazu kommt, daß es mit dem Schlagwort „echtes Material“ gar nicht einmal ernst gemeint ist. Was ist denn eigentlich „echtes Material“? Jedes Material ist echt. Eine Kupferröhre aus Kalkmörtel ist ebenso echt, wie eine Sandstein-Architektur. Wenn man aber eine Kupferröhre darauf behandelt, daß sie wie Sandstein erscheint, dann ist das eine unechte Sandsteinarchitektur, aber doch immer noch echter Kalkmörtel. Man kann also wohl den Mißbrauch einer beratigen Augenverblendung bekämpfen und

dennoch den Mörtelpulver als echtes Material anerkennen. Aber in der Einbildung vieler Leute ist der Sandstein das echte Material, der Kalkmörtel und der Stuck aber unecht. Von den Sögern bezeichnet man mit Vorliebe diejenigen als echt, die man für edler und schöner hält; man spricht von einer Fälschung in echtem Eisenholz, aber nie von einer Fälschung in echtem Zinnenholz. Niemand entziffert sich darüber, daß das Zinnenholz mit Oelfarbe gefärbt und lackiert wird; aber es gilt als barbarisch, das farbige gefälschte Eisenholz zu freilegen. Warum eigentlich? Ist die natürliche Zeichnung des Zinnenholzes nicht viel schöner und abwechslungsreicher als die des Eisenholzes? Und warum soll ich nicht ebensogut die natürliche Farbe eines Holzes belassen, wenn es gestattet ist, Eisen zu vernickeln und Silber zu vergolden? Nur der Wille des Künstlers sollte Gesetz sein, und wer dem Künstler das Recht einräumt, einem Silberbeschmuck durch teilweise Vergoldung den Anschein eines höheren Wertes oder einer reicheren Wirkung zu verleihen, der muß das gleiche Recht auch dem Architekten hinsichtlich des Baumaterials einräumen. Offenbar wird hier der Künstler von einer laienhaften Anschauung beherrscht. In unseren Breitengraden gilt der Sandstein als ein kostbares Baumaterial, weil der Marmor viel zu kostspielig und der Granit viel zu schwer zu bearbeiten ist, um reichere Gliederungen zu erzielen. Ein Bauherr, der sich eine Architektur in „echtem Sandstein“ leisten kann, der will, daß die Leute es auch merken — man soll etwas von seinem Reichtum spüren. Er würde sich wahrscheinlich auch sehr freuen, wenn man den Brillantschmuck seiner Frau nicht für echt hielte. „Wenn ich mit dem Speisefaal mit dem kostspieligen Eisenholz tätseln lasse, warum soll ich die Wände und Decken mit Farbe befeuchten? Es ist ja doch kein Eisenholz.“ Das ist der Gedanke, welcher diese Kreise beherrscht, und der leitet auch den Baufürstler beeinflusst. Wenn wir die alten Kirchen betrachten, so müssen wir uns sagen, daß die Farbe ist, die richtige Verteilung der Farbfächer nach architektonischen Gesichtspunkten, durch welche ganz bestimmte monumentale Wirkungen erreicht wird. Nimmt man den Räumen die Farbe, so wirkt alles

nüchtern, und selbst die imposantesten Raumwirkungen und die feinste Durchbildung aller Gliederungen kann über diesen Mangel nicht hinwegtäuschen. Selbst der Dom zu Köln erscheint nüchtern, gegenüber den alten farbenreichen Kirchen, die uns aus dem Mittelalter geblieben sind; und das Bewußtsein, daß die Wände und Gewölbe aus echtem ungefärbtem Steinmaterial hergestellt sind, ist ein recht bescheidener Ersatz für den Mangel, den jeder Besucher dieses gewaltigen Bauwerkes empfinden wird. Die farbenreichen Glasmalereien sitzen völlig unermittelt zwischen diesen nüchternen Steinrippen, und der Kontrast ist fast zu groß, um ihn noch als wünschend zu empfinden.

Es ist ein allgemeiner Irrtum, daß der Kunstwert durch den Wert des Stoffs beeinflusst werden könnte. Aber es muß einleuchten, daß eine verständlich durchgebildete Kunstschöpfung in künstlerischer Hinsicht weit wertvoller sein kann, als eine Fälschung in Sandstein oder Marmor. Nicht auf die Verwendung dieses oder jenes Materials kommt es an, sondern auf die Wirkungen, die der Künstler aus seinem Stoff herauszuholen weiß. Das teure Material wird ja auch nicht gewährt, weil es teuer ist, sondern weil gewisse kontrastive oder ästhetische Wirkungen beabsichtigt sind. Das Eisenholz ist nicht nur haltbarer, sondern es lassen sich auch seine Schnitzereien in diesem Material ausführen, für welche das Zinnenholz nimmer geeignet wäre. Ein Marmorblock gestattet eine viel feinere skulpturelle Durchbildung als der Sandstein. Geht aber daraus schon hervor, daß man den Marmor nicht mit Farben tränken darf? Die Alten haben den Marmor in umfassender Weise in der Architektur und in der Skulptur verwendet, aber sie haben ihn doch gefärbt. Gewisse Sandsteine unterscheiden sich sehr wenig von einem sorgfältig ausgeführten Kalkmörtel, aber der Zug wird gefärbt und gemalt, während man die natürliche Beschaffenheit des Sandsteins auch dann dem Auge darbietet, wenn die Fläche auch noch so ungeschön aussieht. Das war aber früher nicht der Fall — die Ecken vor dem echten Material beherrscht. Früher wurde der Sandstein, wie dies an zahlreichen alten Bauwerken zu sehen ist, ebensogut gefärbt und mit Zug verkleidet, wie gewöhnliches Mauerwerk. Gewiß

Der Korreferent berührte dann noch die Frage der Affordberträge und der Verteilung des Affordüberschusses. Mittels Affordberträge versuchen viele Unternehmer sich die Unannehmlichkeit der Betriebsübernahme und Vollerbreitung vom Golse zu schaffen. Wenn dann ein Kolonnenführer den Affordüberschuß nicht ordnungsmäßig verteilt, sondern womöglich für sich reamliert oder auf ohne weiteres mit dem Gelde verschwindet, dann finden die betroffenen Arbeiter häufig nicht den Schutz bei den Gerichten, daß der wirkliche Unternehmer zur direkten Zahlung des Affordüberschusses an die Arbeiter herangezogen werden kann. Andere Unternehmer operieren mit sogenannten Gesellschaftsverträgen, wonach der einzelne Arbeiter nicht das Recht hat, seine vermeintlichen Ansprüche auf dem Alagenwege geltend zu machen, sondern nur dann, wenn die gesamte Kolonne, einschließlich des Kolonnenführers, Klage erhebt. In allen solchen Fällen dürfte nur ein Unternehmer, der sogenannte „Oberarbeitgeber“, in Betracht kommen, den das Gericht für alle begründeten Ansprüche der Arbeiter haftbar zu machen hätte.

• Willig abzuweisen ist der von Subunternehmern oder Kolonnenführern zwar geltend gemachte Anspruch, der Afkordüberschuß sei ihr „Unternehmergewinn“. Es ist hier unbedingt einem Gutachten des Breslauer Gewerbegerichts zu folgen, das auspricht: Die Verhandlungen zwecks Uebernahme einer Arbeit in Afkord finden regelmäßig zwischen einem der Teilnehmer (dem Kolonnenführer) und dem Unternehmer statt. Dies geschieht lediglich zur Erleichterung des Arbeitsvertrages. Der Kolonnenführer ist Arbeiter wie die übrigen. Der am Ende verbleibende Ueberschuß ist der Neß der Afkordsumme, die an die bei der Arbeit beteiligten Personen im Verhältnis der Zahl der von ihnen geleisteten Arbeitstage zu verteilen ist. Dem Ueberschuß kann nicht der Charakter als Unternehmergewinn zugesprochen werden, da die einzelnen Arbeiter jeder wirtschaftlichen Selbständigkeit ermangeln. Der Afkordüberschuß ist daher als Arbeitslohn im Sinne des Gesetzes vom 21. Juni 1869 (Wundes-G. Bl. S. 242) und des Einführungs-G. zu dem Gesetze betr. Forderungen der Privat-P.-O. vom 17. Mai 1893 (Reichs-G. Bl. von 1898 S. 332) anzusehen.

Was soll nun aber geschehen, wenn die Vergebung den Vorschlägen des Verbandesklages der Gewerbevereichte nicht folgt, wenn überhaupt kein Gesetz zu Stande kommt. Hierauf antwortet Dr. Miller wie folgt: Gegen den Bau schwindel kann man mit einigem Erfolg etwas unter nehmen, wenn die Voraussetzungen des § 323 B. G. B. (Schadenszurechnung) und § 117 (Scheingeschäft) gegeben sind. Besonders mit dem Begriff des Scheingeschäfts wird ein verständiger Richter oft im Stande sein, das kunstvolle Netz von Verträgen, das die Unternehmer zu ihrem Schutz vor sich aufstellen, zu zerreißen. Nur etwas mehr Tatsachen, etwas weniger Vorsichtsprudenzen!

Wir stimmen auch dieser Forderung Dr. Sillers zu. Möchten alle Colverberichter sich dies Sprüchlein einrahmen und in den Beratungszimmern der Gerichte aufhängen lassen.

daß das Baumaterial in seiner echten Farbe und Zeichnung
 ausgesagt werden, ebenjogut wie das Holzwerk im Innern
 der Gebäude, aber doch immer nur, wo es eben die Absichten
 des Künstlers entspricht. Wo er jedoch bessere Wirkungen
 durch Anwendung der Farbe zu erreichen glaubt, da soll
 man ihn nicht selten mit bösen Gedanken und Schlagworten
 im Grunde keine richtige Bedeutung haben. Es ist schon
 öfters bemerkt worden, daß man bei hohen und tiefen Interieus,
 sogar den Maler aus dem Innern verbannt und selbst
 die Stucke nur noch in flarem Weiß dem Auge dar-
 bietet — die farbige Raumwirkung soll allein durch die
 natürliche Färbung der Fäselung, durch die Bezüge der
 Möbel in Grün, Gelb oder Rot, erzeugt werden. Glän-
 zendweise sind die Fanatiker insofern; sonst würden
 sie schließlich verlangen, man solle nur ungarbige Seide
 für die Möbelbezüge verwenden. Warum soll denn nicht
 ebenjogut der Maler mit seinen billigeren Mitteln hier
 mitwirken zur Erzielung der Stimmung, welche der Bau-
 künstler anstrebt? Ja keine: Weber das Schlagwort vom
 echten Baumaterial, noch das von der farbigen Architektur
 soll dem Baukünstler zum Evangelium werden — er soll
 sich nur von dem Gedanken lösen lassen, jedes Material
 zu so behandeln, wie es dessen innerer Natur und seinen
 künstlerischen Absichten entspricht — nicht um den Möbel-
 stoff als Gestein, den Stuck als Marmor erscheinen zu
 lassen, sondern um den von ihm beabzichtigten Effect her-
 vorzubringen, der keineswegs auf eine Täuschung des
 Auges, auf einen leeren Brunt hinzuzielein draugt. In
 diesem Sinne können farbige Architektur und edles
 Material frieblich nebeneinander bestehen.

Transportabler Beton.

(Nachdruck verboten)

Seit langen Jahren wird der Kalkmörtel in den Großstädten nicht mehr auf der Baustelle bereitet, sondern in fertigem, verarbeitungsfähigem Zustande von den Mörtelverlegern bezogen. Dieses System hat sich durchaus bewährt, und so trat bei der Entwicklung des Betonbaulewens

Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1907.

Die Leistungen der Gewerkschaften.

Die günstige Entwicklung der Finanzen der Gewerkschaften hat auch im Berichtsjahre angehalten. Die Gesamteinnahmen stiegen seit 1906 von \mathcal{A} 41 602 989 auf \mathcal{A} 51 396 784 oder von \mathcal{A} 24,82 auf \mathcal{A} 27,55 pro Kopf der Mitglieder, die Gesamtausgaben von \mathcal{M} 30 963 413 auf \mathcal{M} 43 122 519 oder von \mathcal{M} 21,88 auf \mathcal{M} 23,12 pro Kopf und die Vermögensbestände von \mathcal{M} 25 812 694 auf \mathcal{M} 38 242 545 oder von \mathcal{M} 14,98 auf \mathcal{M} 17,82 pro Kopf der Mitglieder. Auch dieses erfreuliche Bild konnte nur das Ergebnis einer langjährigen Entwicklung sein, die auch heute noch ohne Unterbrechung fortgesetzt. Denn die Finanzen der einzelnen Gewerkschaften sind noch immer sehr verschieden; die Einnahmen schwanken zwischen \mathcal{M} 63,13 pro Kopf der Mitglieder (Stitchmacher und Steinbruder) und \mathcal{M} 10,52 pro Kopf (Schinmager), die Ausgaben zwischen \mathcal{M} 82,17 pro Kopf (Notensticker) und \mathcal{M} 1,86 (Handlungsgehilfen). Je mehr die in ihren Leistungen noch zurückstehenden Organisationen ihre Finanzlage kräftigen, desto mehr hebt sich die Gesamtlage der Gewerkschaften. So sind die Einnahmen seit 1891 von \mathcal{M} 6,68 auf \mathcal{M} 27,55, die Ausgaben von \mathcal{M} 9,62 auf \mathcal{M} 23,12 und die Vermögensbestände von \mathcal{M} 2,56 auf \mathcal{M} 17,82 pro Kopf der Mitglieder gestiegen.

Was nun zunächst die Einnahmen der Gewerkschaften anlangt, so hatten 10 Verbände über eine Million (bis 1½ Millionen) Mark Jahreseinnahme, 7 hatten M 500 000 bis eine Million Mark und 12 hatten M 250 000 bis M 500 000 Einnahmen, ferner 12 Verbände M 100 000 bis M 250 000, 7 Verbände M 50 000 bis M 100 000, 8 Verbände M 20 000 bis M 50 000, 5 Verbände M 10 000 bis M 20 000 und 2 Verbände unter M 10 000 Einnahmen. Pro Kopf berechnet, verzeichnen die höchsten Einnahmen die Lithographen (M 63,13), die niedrigsten die Schirmmacher (M 10,52). Es sind dies die Gesamteinnahmen einschließlic^h der mitunter recht hohen Extrabeiträge.

Die Jahresausgaben der Gewerkschaften, die von A 36 903 418 (1906) auf A 48 122 519 angewachsen sind, heißen unter dem Einfluße einer gewaltig gesteigerten Arbeitslosigkeit. Mühen doch die Gewerkschaften allein für Reise- und Arbeitslosenunterstützung mehr als das Doppelte des Vorjahres, 7,4 Millionen statt 3,4 Millionen Mark aufzuwenden, während die Ausgaben für Streikunterstützung sich von 18,7 Millionen auf 18,2 Millionen Mark verminderten. Auf die einzelnen Tätigkeitszweige entfielen im Berichtsjahre folgende Ausgaben:

	Organi- sation	M.
Verbandsorgan	63	1878892
Litigation	61	2371271
Strafs im Verur	56	12994821
Strafs in anderen Verur	54	201542
Strafschub	55	346773
Strafsregelnunterstützung	47	1010045

hauptsächlich auch die Frage in den Vordergrund, ob man denn nicht auch den Beton in gleicher Weise gebrauchsfähig von einer Zentralfabrik aus nach den Bauten liefern könnte. Regierungsbaumeister Wagens in Hamburg beschäftigte sich mit dieser interessanten Frage schon seit mehreren Jahren, und er hat seine Gedanken sogar mit guten Erfolgen und zwar in größerem Maßstabe, bei Bauausführungen in Hamburg und Umgegend verwirklicht.

Man muß sich vergegenwärtigen, daß die Aufgabe, transportablen Beton zu produzieren, das nicht ganz so einfach ist, wie die Beförderung gebrauchsfertigen Mörtels von Mörtelwerken nach der Baustelle. Denn dem Zement ist ein feinkörniges abbindendes Material, das außerdem während des Verfahrens nicht gelöst werden soll, sofern man Maurerwerke von großer Festigkeit und Tragfähigkeit erhalten will. Aber es zeigt sich, daß dies doch eine bedingte Wahrheit ist, denn es ist in der Tat gelungen, Beton von bestimmter Beschaffenheit auf weite Strecken zu transportieren und dann das Material doch mit bestem Erfolge zu verwenden. So haben z. B. bei der Oberpostdirektion in Hamburg (auch Geschäftsbauhaus, die Reichs- „Grundstein“), ferner bei Hafenbauten, umfangreichen Arbeiten der Tiefbauverwaltung in Hamburg, der Eisenbahn-Direktion in Altona usw. schon etwa 40 000 cbm dieses Transportbetons Verwendung gefunden. Wer viel mit Betonarbeiten zu tun hatte, dem wird es rätselhaft erscheinen, daß man für diese Bauten Beton 11 km weit auf Landwege befördern, und per Eisenbahn sogar einen Weg von 177 km ohne Nachteil zurücklegen konnte. Und daß Eintreffen des Betons auf der Baustelle mußte das Material hier sogar häufig noch mehrere Stunden lagern, ehe es zur Verwendung kam.

Selbstverständlich verlangt ein derartiger Beton eine
 eigenartige Behandlung; das Verfahren ist Baumeister
 Ragens durch drei Patente geschützt worden. Es wird
 nicht allein langsam bindender Zement verwendet, sondern
 das vorzeitige Abbinden desselben auch noch durch Ab-
 zählung der Materialien und durch Stülkhalten des Be-
 tons, sowie Mitteln verhindert. Man hat dieselbe Me-
 thode, um das Abbinden des Zementmörtels zu verzögern.

	Organi- sationen	„
Meinenunterstützung	44	869148
Arbeitslosenunterstützung	43	6527577
Krankenunterstützung	46	3482822
Invalidenunterstützung	48	394562
Beihilfe in Sterbefällen	48	642385
Beihilfe in Nothfällen	39	427707
Umzugskosten	18	52827
Einkaufsvermittlung	35	276598
Bibliotheken	32	43195
Unterrichtskurse	19	67915
Erziehungsanstalten	58	3187093
Sonstige Zwecke	57	418737
Konferenzen und Generalversammlungen	55	240164
Beitrag an die Generalkommissionen	21	52192
Beitrag zu internationalen Verbindungen	38	574099
Beitrag an Kartelle und Sekretariate	21	3131
Projektkosten	63	691763
Verwaltungsstellen, persönliche	63	780358
Verwaltungsmaterial		

Wie in früheren Jahren, so steht auch diesmal der Aufwand für Streiks und Ausperrungen an erster Stelle. Das entspricht durchaus dem Wesen unserer Gewerkschaften, deren vornehmste Aufgabe der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen ist. Während indes der Aufwand für Streikunterstützung, wie bereits erwähnt, seit 1906 von 18 748 412 auf 18 196 363 zurückging, steigerte sich der Gesamtaufwand für andere Unterstützungs Zwecke von 18 957 279 auf 15 885 127. Die weitaus größte Zunahme trifft die Arbeitslosenunterstützung, die 1906 nur 12 683 296, 1907 bagegen 16 041 577 Ausgaben erforderte, ein Mehr von 18 374 281. In dieser immensen Steigerung spiegelt sich nicht allein die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes wider, unter der die Gewerkschaften und ihre Verbände zu leiden hatten, sondern zugleich auch die hohe Bedeutung der Gewerkschaften für das öffentliche Wohl. Rängt wäre es Aufgabe des Reiches gewesen, den Gewerkschaften die Last der Arbeitslosenunterstützung an der doch die Arbeiter sicherlich die allergeringsten Schuld tragen, dadurch zu erleichtern, daß es ihnen nach dem Beispiele Frankreichs, Dänemarks und Norwegens beihilfen gewährte. Dadurch würden auch diejenigen Gewerkschaften, die eine Arbeitslosenunterstützung bisher noch nicht einführen konnten, in die Lage versetzt, sich dieser Aufgabe zuzuwenden. Es ist bedauerndwert für das Reich, zuzusehen, wie die organisierte Arbeiterschaft von Jahr zu Jahr einen mühe- und opfervollen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit führt, ohne für diese Arbeiter etwas anderes als behördliche Spitäler übrig zu haben. — Auch für Krankenunterstützung haben die Gewerkschaften gewaltige Summen aufgewendet; 18 432 822 wurden für diesen Zweck verausgabt.

In den 17 Jahren seit Führung der gewerkschaftlichen Statistik, 1891 bis 1907, sind nicht weniger als 117,6 Millionen Mark für Unterstützungszwecke ausgegeben worden, wovon 60 Millionen Mark auf Streikunterstützungen, rund 57,6 Millionen Mark auf andere Unterstützungen sich verteilen.

Für Bildungszwecke bringen die Gewerkschaften ebenfalls bedeutende Opfer. Die Verbandszeitschriften erforderten im Jahre 1907 *M* 1878 92, Bibliotheken *M* 276 588 und Unterrichtsurse *M* 48 195, insgesamt

übri gens auch sonst schon häufig angewendet, ohne jedoch an die Möglichkeit zu denken, auf diese Weise transport-einfache Beton zu erzielen. Die Kühlung wird in gemäßigter Weise bewirkt, einmal durch kühle Lagerung der Materialien, durch reichliches Beprengen der Arbeits-stellen in der Nähe der Wärmemaschine, d. h. also durch Ver-dunstung des Wassers. Beim Transport mußte an warmen Tagen - nicht selten - weniger ein vorzeitiges Abbinden des Zements erfolgen - deshalb muß der Verhältnismäßig hoher Temperatur der Beton noch mit angefeuchteten Segel-schürren bedeckt. — Auch die technische Verfahrungsweise hat mit derartigem bereitetem frischen Betonproben, abgesehen vom Beton der bis zu 6 Stunden in den Straßen befördert wird, Versuche angestellt, mit dem Ergebnis, daß das Material für gewöhnliche Betonierungsarbeiten geeignet ist; und unter Umständen dürfte ein solcher Beton sogar noch zweckmäßiger sein, als derjenige, der von ungebildeten Arbeit-ern und unerfahrenen Bauunternehmern auf der Bau-stelle bereit wird. Aber innerhien wird man berück-sichtigen müssen, daß ja die Ansprüche, die an Beton ge-stellt werden, außerordentlich verschiedene sind, das insolge- dessen auch die Mischungsverhältnisse für die verschiedenen Bauarbeiten wesentlich von einander abweichen, und daß die Güte nicht ohne weiteres mit der Vereinfachung von Ver-fahrnissen nicht ohne weiteres mit der Vereinfachung von Ver-fahrnissen gleich stellen kann. Aber die bisherigen Er-fahrungen sprechen dafür, daß sich aus diesen Anfängen ein-zelne Schritte entwickeln könne, nach welchem man in einer Centralstelle die verschiedensten Arten oder Klassen von Beton herzustellen hätte, dessen Zusammensetzung eben den ver-schiedenen Ansprüchen genügen würde. Dabei hat man zu berücksichtigen, daß heute für die Betonherstellung viel zu viel verschiedene Rezepte, die zum Teil wenig voneinander abweichen, zur Verwendung kommen, während man in einer Centralstelle unter Anwendung von drei oder vier be-stimmten Rezepten schon sehr weitgehenden Anforderungen genügen könnte.

N 2 198 175 Ausgaben. Seit 1891 kostet die Unterhaltung der Verbandsorgane den Gewerkschaften nicht weniger als N 12 800 740. Diese Leistungen stellen das wohlthätige und vorbildliche Wirken der deutschen Gewerkschaften außer jeden Zweifel, und es gehört zu den schönsten Ruhmesstücken der deutschen Arbeiterklasse, daß sie allen politischen, gerichtlichen und großindustriellen Verfolgungen zum Trotz sich in ihren Gewerkschaften ein solches Kulturwerk geschaffen hat.

Die Vermögensbestände der Gewerkschaften haben im Jahre 1907 die Höhe von N 33 242 545 erreicht. Davon entfallen N 6 262 090 auf die Buchdrucker, N 5 606 906 auf die Maurer, N 4 791 098 auf die Metallarbeiter, N 2 712 300 auf die Holzarbeiter, N 2 018 720 auf die Bergarbeiter, N 1 610 232 auf die Zimmerer und N 1 811 648 auf die Fabrikarbeiter. Von den übrigen Verbänden hatten 5 ein Vermögen von N 500 000 bis 1 Million Mark, 5 ein solches von N 250 000 bis N 500 000 und 15 ein solches von N 100 000 bis N 250 000, die anderen blieben hinter N 100 000 zurück. Für die Beurteilung der Widerstandskraft einer Gewerkschaft kommt freilich nicht die absolute Höhe des Verbandesvermögens allein in Betracht, sondern auch die Aufgaben, für deren Erfüllung dieses Vermögen angeammelt ist und der auf das einzelne Mitglied durchschnittlich entfallende Betrag. Immerhin bietet ein hoher Kassenbestand viel eher Gewähr, schwierige Situationen erfolgreich zu überstehen, weshalb die Annahme eines hohen Widerstandsfonds eine der besten Kampfesstrategien der Gewerkschaften ist und bleibt. Pro Kopf berechnet schwanken die Vermögensbestände zwischen N 1,88 (Handlungsgehilfen) und N 185,24 (Notenstecher). Insofern gestaltet der Vermögensstand aus Jahresabschlüssen kein allgemeines Urteil über die Finanzkraft einer Organisation, weil oft Zufälligkeiten, größere Kämpfe usw. die Bestände plötzlich verringern, während wenige Wochen später schon bedeutend höhere Bestände vorhanden sind.

Auf dem Gebiete des Unterhaltungswezens hat besonders die Einführung der Kranken-, bezw. der Erwerbslosenunterstützung Fortschritte gemacht.

Im Berichtsjahre wurden neu eingeführt: die Reiseunterstützung in einem Verbands (Bauer), die Arbeitslosenunterstützung in einem (Gemeindearbeiter), die Krankenunterstützung in sieben (Bauhilfsarbeiter, Gemeindearbeiter, Handschuhmacher, Holzarbeiter, Kupferhämmer, Maschinenisten und Schmiede) und die Erwerbslosenunterstützung in sechs Verbänden (Glasarbeiter, Photographen, Portefeuer, Schmiede, Steinarbeiter und Textilarbeiter).

Die Ausgaben der einzelnen Gewerkschaften für Streikunterstützung schwanken zwischen N 0,08 (Handlungsgehilfen) und N 23,91 (Holzarbeiter), für Arbeitslosenunterstützung zwischen N 0,05 (Bergarbeiter) und N 27,35 (Notenstecher) und für Krankenunterstützung zwischen N 20,76 (Handlungsgehilfen) und N 0,06 (Gärtner).

Die Invalidenunterstützung kostete den Notenstechern N 21,51, dagegen den Handschuhmachern N 0,14 pro Kopf der Mitglieder.

Ein eigenes Verbandsorgan hatten 60 von 61 Verbänden. Von den Gewerkschaftsblättern erscheint 1 wöchentlich dreimal, 33 erscheinen wöchentlich einmal, 13 zweiwöchentlich, 3 monatlich dreimal, 7 monatlich zweimal und 3 monatlich einmal. Die Gesamtauflage aller Blätter betrug im Berichtsjahre 2 077 643 (gegen 1 920 250 im Jahre 1906). Eine gewaltige Fülle von Aufklärung, Erziehung und Bildung ist es, die die Gewerkschaftspresse Jahr für Jahr im Dienste der Arbeiterbewegung leistet. Sie spant die geistigen Fäden zwischen Großstadt, Landsteden und Geringverdienenden, und verbindet die entferntesten Gegenden des Reiches miteinander.

Internationale Beziehungen wurden im Jahre 1907 von 40 Verbänden gepflegt. Zu den früher gepflegten Verbindungen kamen hinzu Bäcker und Konditoren, Fabrikarbeiter, Portefeuer, Schiffszimmerer und Schuhmacher.

Politische Umschau.

Zur Reichsfinanzreform ist trotz fortgesetzter Geheimhaltung der Einzelheiten im Laufe der letzten Woche noch manderlei durchgedrungen. Die Regierung soll beabsichtigen, bei der Erhöhung der Matrizensteuer mit einer Bindung von 0,80 M. pro Kopf der Bevölkerung mit einer Bindung von der Dauer von fünf Jahren vorzugehen. Das würde ein erheblicher Eingriff in das Budgetbewilligungsbereich des Reichstages sein. Erst jetzt nun auch, daß eine Einkommensteuer in Verbindung mit der Matrizensteuer kommen soll. Von Nachfragen, die über 20 000 M. betragen, soll eine Mehrwertsteuer von 15 Proz. begehrt werden, und zwar soll dieser Satz gezahlt werden von allen, die aus irgend einem Grunde der militärischen Dienstpflicht nicht genügen konnten. Offizielle Stimmen behaupten, es sei ein sehr glücklicher Gedanke, auf solche Weise den vom Reichsdienst befreiten Wohlhabenden einen Tribut an den Staat auferlegen. Daß ein demagogischer Humbug. Eine Mehrwertsteuer ist in keiner Hinsicht gerechtfertigt. Uebrigens sind doch gerade die arbeitenden Klassen mit der denkbar härtesten Mehrwertsteuer, die sie permanent in der Form von Zöllen und indirekten Steuern verrichten müssen, belastet.

Nicht minder unbedeutend ist eine Inkonsistenz, die man damit rechtfertigen zu können glaubt, daß man sagt, die meisten Zeitungsverleger machten aus dem Inkonsistenz

ein glänzendes Geschäft. Das entspricht der Wahrheit nicht. Aber abgesehen davon würde eine solche Steuer sehr fähend und erschwerend eingreifen in das ganze Geschäftsleben, das auf das Inkonsistenz mehr oder weniger angewiesen ist. Das Inkonsistenz ist heute tatsächlich ein wichtiger und unentbehrlicher Faktor im wirtschaftlichen Leben. Nun soll auch diese Einrichtung mit dazu dienen, den Reichsfinanzhaushalt zu überwinden.

Die einzige vom Staatssekretär Sybrow ins Auge gefasste Steuer, der wir prinzipiell zustimmen können, ist die Nachlasssteuer, die auch die an Kinder und Ehegatten einbezogenen Erbschaften umfassen soll. Gegen diese Steuer, wie überhaupt gegen jede direkte Steuer, nimmt die agrarische und die konservative Presse eine entschieden feindselige Stellung ein. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt sie als eine „schredliche Ungerechtigkeit“ gegen die landwirtschaftliche Bevölkerung, und droht der Regierung, wenn diese Steuer wirklich kommen sollte, so würde der Bauer völlig verblüht werden, sein Vertrauen zur Regierung und seiner monarchischen Regierung verliert gehen. Diese Drohung haben die Agrarier schon oft ausgesprochen, so auch in den sozialpolitischen Kämpfen, um die Regierung einzuschüchtern und ihren Plänen zu unterwerfen. Uebrigens: was ist „Vertrauen zur Regierung“ und „monarchische Gesinnung“ denn wert, wenn sie erschüttert und vernichtet werden können dadurch, daß die Regierung sich zu einer Verletzung der Erbschaft bekennt. Wir wollen ja freilich, daß dieses Vertrauen und diese Gesinnung nur auf reinen Zweckmäßigkeitsbegründungen beruht. Das trifft auf alle staatsrechtlichen Elemente zu. Sie haben nur insoweit und solange „Vertrauen zur Regierung“ und „monarchische Gesinnung“, als die Regierung ihren Sonderinteressen dient. Im anderen Falle gehen beide schönen Eigenschaften in die Brüche.

Preussische Sozialpolitik. Nach dem bekannten Wort eines allerhöchsten Herrn sollen die Staatsbetriebe „Musteranstalten“ sein. Sie könnten es sein, wenn sie nicht unter dem Regiment reaktionären Geistes ständen, der das ganze preussisch-deutsche Regierungs- und Verwaltungssystem charakterisiert. In Wahrheit fehlt es da vor allen Dingen an sozialpolitischer Einsicht. Dafür liegt ein neuer Beweis vor. Auf dem Staatsbahnhof in Rathenow ist folgendes Arbeiterergelb angeschlagen worden:

„Reflektiert auf die Kräfte, gesunde Arbeiter für den Bahnanhaltungsdiens. Die Bewerber müssen ihrer Willkürpflicht genügt haben und dürfen nicht über 30 Jahre alt sein. Der Anfangslohn beträgt M. 2,30 pro Tag. Bei guter Führung und Leistung kann später Lebensführung in eine Beamtenstellung erfolgen.“

Also kräftig und gesund sollen die Arbeiter sein, die des Glück teilhaftig werden wollen, am preussischen Bahnanhaltungsdiens beschäftigt zu werden, d. h. man stellt an ihre Kraft und Leistungsfähigkeit die weitgehenden Ansprüche, und dafür wird doch ein Arbeiter mit sage und schreibe M. 2,30 Tagelohn abgefunden. Wenn er gesund und kräftig eingestellt wird, so hat er doch ganz gewiß auch einen Anspruch darauf, sich durch entsprechende Lebensweise gesund und kräftig zu erhalten. Aber das mit M. 2,30 Tagelohn und noch dazu in einer Stadt, wo enorme Wohnungs- und Lebensmittelpreise herrschen, fertig bringen soll, — das ist uns ein Geheimnis. Auch die königl. preussische Eisenbahndirektion wird auf diese Frage keine Antwort geben können. Die sozialdemokratischen Vertreter im preussischen Landtag mögen der Regierung übrigens diese Frage einmal vorlegen.

Das Ideal unserer Mittelstandspolitiker ist bekanntlich die Wälder zu mittelalterlicher Zunftorganisation, um, wie sie sagen, das „Handwerk zu retten“. Als eines der vornehmsten Mittel dazu gilt ihnen der „große Fabrikationsnachweis“. Sie jammern, daß es in Deutschland nur erst bis zum „kleinen“ Fabrikationsnachweis gekommen, der am 1. Oktober d. J. in Kraft getreten ist. Derselbe hat das nicht beneidenswerte Glück, auf diesem Wege im Vorwärtung vor den Deutschen Reich zu sein. Dort ist die zunftförmige Handwerks- und Gewerkschaftenorganisation erheblich weiter gediehen, aber ganz gewiss nicht zum Vorteil des gewerblichen Lebens. Streitigkeiten zwischen den Gewerkschaftsverbänden und den Handwerksvereinen bzw. Kleinwerbetreibenden über die Grenzen ihrer Befugnisse sind dort an der Tagesordnung. Die Handels- und Gewerbetreibenden haben ständig zu tun mit der Erhaltung von Gutachten in solchen Streitigkeiten. Eine Auswahl von Fragen, mit denen sich die Wiener Handels- und Gewerbetreibenden laut ihres Geschäftsverzeichnisses für die Zeit vom 16. Juli bis 16. August 1908, also im Laufe eines einzigen Monats, zu befassen hatten, zeigt bräunlich den Umfang, durch zunftförmige Maßnahmen das Handwerk fördern zu wollen.

Die Kammer erstattete Gutachten unter anderem über die Berechtigung der Inskulpturen zu Delikatessarbeiten und zur Reparatur von Gaslaternen, der Sattler zum Anstreichen von Wagen (I), der Papierhändler zum Verkauf der mittels Kundschaft hergestellten Hofkarten, eines Viktualienhändlers zum Handel mit Soba, Seife und Sand (I), der Strohgeschäftler (d. h. Händler mit Klein- und Jungvieh) zum Schlachten von Kleinvieh, eines Getreidehändlers zur Erzeugung von Butter (sahm), eines Schmiedes, der Schläger und Schreiner zum Vornahme von Sattlararbeiten, eines Baumeisters zur Ausführung von Bauarbeiten; ferner darüber, ob ein Kürschner Rechtswegs privatisieren und veräußern, ein Gärtner Gegenstände aus Edelsteinen herstellen, eine herrschaftliche Forstbetriebsleitung einen als Hausgärtner angestellten Tischlergehilfen zur Ausführung sämtlicher Tischlerarbeiten bei Reutenarbeitern verwenden darf, auch darüber, ob die Zusammenfassung des Handels mit Wein, Bier, natürlichen Mineralwässern und Speiseeis in verfallenen Fässern in einem Gewerkschaftsbetrieb zulässig ist, ein Gewerkschaftler, lautend auf „Gabel mit Bundesprodukt aller Art“ auch zum Handel mit Wein berechtigt u. s. f.

Der in Einrichtungen und Zuständen der hier in Rede stehenden Art einen Segen für das Handwerk zu sehen vermag ist ein bemitleidenswerter Narr. Die Masse der österreichischen Handwerker und Gewerbetreibenden ist denn auch durchaus nicht erbaulicher dieser „Färsorge“, sie möchte am liebsten den ganzen Humbug so schnell wie möglich wieder los sein. Im Deutschen Reich aber sind die Zünfte und ihre Vertretung, die Agrarier, Müllermeister und Zentrumsleute, unermüdet am Werke, auf die Regierung und die Gesetzgebung einzuwirken, dem unsinnigen Beispiele Österreichs zu folgen.

Arbeiterberrat mit Unternehmerngehalt. Die die in Breslau erscheinende „Volksmacht“ berichtet, hat der Verein für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens in seiner Sitzung vom 28. August, wie im Vorjahr, N 3000 für den „Bund Vaterländischer Arbeitervereine“ bewilligt. In dem geheimen Protokoll darüber heisst es:

„Zu Punkt 2 der Tagesordnung — Stellungnahme zu einem Schreiben des Ausschusses zur Förderung der Bestrebungen vaterländischer Arbeitervereine, betreffend die Fortgewährung einer Unterstützung für den Bund vaterländischer Arbeitervereine — machte der Vorsitzende die Versammlung mit dem vorliegenden Schreiben des Förderungs Ausschusses bekannt und bestricherte mit Rücksicht auf die guten Absichten, die der Ausschuss schon bisher mit sichtbarem Erfolge verfolgt hat und mit Rücksicht auf die Ausgaben, die er neu in sein Arbeitsprogramm aufgenommen hat, auch für das laufende Jahr die Leistung einer Beihilfe. Es wurde beschlossen, die vorjährige Summe von N 3000 mit der Maßgabe wiederum zur Verfügung zu stellen, daß dafür eine dem Bedarf der Werke entsprechende Anzahl von Exemplaren der Zeitschrift „Deutsche Treue“ geliefert wird. Hierzu ist der Bedarf der einzelnen Werke von neuem zu erfragen.“

Wette Arbeitervertreter, diese Herren, die ihr sauberes Geschäft mit Unternehmerngehaltem betreiben!

Arbeitslosigkeit. Die wirtschaftliche Lage aller Industrieländer ist andauernd eine mißliche. Anzeichen einer wirklichen Besserung machen sich nirgend bemerkbar, wohl aber läßt sich erkennen, daß mit dem herannahenden Winter das wirtschaftliche Leben einem immer schwereren Niedergang erfahren wird. Schon jetzt ist überall, sowohl in Europa wie in Amerika, die mit der wirtschaftlichen Depression notwendig verbundene Arbeitslosigkeit eine außerordentlich große. Besonders stark zeigt sich die rückschlägige Konjunktur auch bei uns in Deutschland. Während in den deutschen Gewerkschaften im zweiten Vierteljahr 1907 im Durchschnitt 13 bis 14 Proz. Arbeitslose gezählt wurden, war es im Zeitraum des Jahres 1908 gerade die doppelte Anzahl. In einzelnen Gewerken, zum Beispiel bei den Kupferhämmer, den Schmiedern, im Bauwesen und in der Metallindustrie ist die Arbeitslosigkeit sogar noch viel höher und steigt sich zum Beispiel auf 15 bis 20 Proz. Eine weitere Verschlechterung der Lage ist zu befürchten.

Angesichts dieser Tatsachen haben Staat und Kommunen die Pflicht, alles, was in ihren Kräften steht, zu tun, um durch Vorbereitung und Inangriffnahme von Hilfsanstalten den Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen. Zutreffend erklärt die „Berliner Volkszeitung“, worauf ja auch wir schon oft hingewiesen haben, daß bei öffentlichen Arbeiten in erster Linie inländische Arbeiter Verwendung finden müssen. Es ist eine Verhöhnung des Begriffs der „nationalen Arbeit“, daß wenn Kaufleute von heimischen Arbeitern keine Beschäftigung in ihrem Berufe finden können, die Agrarier und das industrielle Unternehmertum immer noch Massen ausländischer Arbeiter heranziehen. Durch die preussische Feldarbeiter-Zentrale sind in diesem Jahre bereits 400 000 ausländische Arbeiter ins Land geschafft worden, und ein großer Teil dieser Arbeiter findet auch bei staatlichen Unternehmungen, wie Kanal- und Eisenbahnbauten, Verwendung. Auf eine Eingabe der Tiefbauunternehmer an den Minister der öffentlichen Arbeiten, ausländische Arbeiter in weitestem Maße zu verwenden, hat dieser die Antwort erteilt, daß in der ihm unterstellten Verwaltung diesem Erfuchen bereits in der Möglichkeit der Rechnung getragen worden und die frühere Bestimmung, für die Ausführung von Erdbarbeiten die einheimischen Arbeiter zu bevorzugen, von ihm aufrechterhalten worden sei. Bei den staatlichen Eisenbahnen seien um die Mitte des vorigen Jahres über 23 000 ausländische Arbeiter beschäftigt worden, und bei den nach dem Wasserstraßenegesetz vom 1. April 1905 auszuführenden großen Wasserbauten werde die Veranziehung ausländischer Arbeiter noch besonders erleichtert werden.

So verhalten das Unternehmertum und die Regierung die Wahrung der Interessen der nationalen Arbeit. Angesichts der Tatsache, daß die Zahl der Arbeitslosen im Lande bereits eine ganz enorme ist und stetig anwächst, trägt ein preussischer Minister kein Bedenken, die Veranziehung ausländischer Arbeiter zu befürworten und zu unterstützen. Wir dürfen wohl annehmen, daß die sozialdemokratischen Vertreter im Reichstag und im preussischen Landtag diese Angelegenheit zur Sprache bringen werden.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Wie in anderen Städten, so hat auch in Frankfurt a. M. in diesem Jahre die Arbeitslosigkeit einen außerordentlichen und höchst bedenklichen Umfang angenommen. Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung hat deshalb den Antrag gestellt, den Magistrat zu eruchen:

1. zur Milderung der für den kommenden Winter zur erwartenden großen Arbeitslosigkeit und deren Folgen:

- a) alle öffentlichen Arbeiten beschleunigt in Angriff zu nehmen und Vorarbeiten für außerordentliche Öffnungsarbeiten zu treffen, sowie sich mit den übrigen städtischen und städtischen Gemeindeverwaltungen des Frankfurter Wirtschaftsgebietes zur Inangriffnahme ähnlicher Maßnahmen zu verständigen,
- b) rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen, daß für Schutz und Unterhalt der städtischen Obdachlosen in ausreichender Weise geeignete Maßnahmen getroffen werden und zu diesem Zwecke zu gebührender Zeit städtische Mittel und Räume zur Verfügung zu stellen,
- c) dem Frankfurter „Verein zur Spelung armer Schulfinder“ eine einmalige außerordentliche Unterstützung von M. 10 000 zu überweisen,
- d) den Frankfurter Gewerkschaftsorganisationen als Äquivalent für die Entlastung des städtischen Armenrats Aufschuß zu ihren Arbeitslosen-Unterstützungsanstaltungen zu zahlen;

2. zur beweisenden Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Ursachen:

- in den Etat künftig — und zwar erstmalig in dem nächsten Jahr — eine angemessene Summe für Notstandsarbeiten während der Wintermonate einzusetzen, und in Jahren guter Konjunktur, in denen keine Notstandsarbeiten erforderlich sein sollten, diese Summe zur Bildung eines Fonds für Notstandsarbeiten zu verwenden;
- die Schaffung einer kommunalen Arbeiterversicherung näher zu treten und zur Bekämpfung dieser Frage sowie des ganzen Problems der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit der Einsetzung einer gemischten Deputation — laut § 66 des Gemeindefeststellungsgesetzes — zuzustimmen;
- gemeinsam mit dem Stadtbürgerkollegium an die Reichsregierung und Reichstag eine Eingabe zu richten, bei der die bestehende Reform der Arbeiterversicherungsgebarung die reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung zur Einführung zu bringen.

Der Antrag erfährt seitens seiner Urheber eine ausführliche Begründung und wurde dem sozialpolitischen Ausschuss zur schließlichen Beratung überwiesen.

Was Arbeiter sich bieten lassen müssen. Eine recht sonderbare Art der Zeugnishaftung wird am Vergewerkegericht (Spruchkammer Süd-Osten) bestritten. Der Verleiher, wird darüber aus Essen folgendes berichtet: „Zur letzten Sitzung dieses Gerichts war der Hauer Nach als Zeuge geladen, der, um dieser Ladung Folge zu leisten, eine Schicht veräumen mußte. Als er den Lohnausfall als Zeugnishaftung beantragte, stellte der Vorsitzende, Herrgatz, die Frage, ob er denn wirklich die Schicht veräumen habe. Der Zeuge erklärte darauf, daß seine wohl gelassene, und damit — war die Zeugnishaftung erliegt. Der Arbeiter wurde gar nicht gefragt, ob er mit dieser Art Erlegung seiner rechtlichen Pflichten einverstanden war; aber seine Person befand sich einfach der Verleiher. Da nur die Arbeit eines Vergewerkes recht schwer und aufwendig ist, so daß unter allen Umständen Überzeugungen vermeiden werden sollten, muß die Zustimmung, die veräußerte Schicht nachzuholen, aus dem Munde eines königlichen Verleiher recht eigentlich beruhen, zumal die Einholung der Schicht nicht anders als durch Überzeugungen möglich ist. Dem Angelegen der Nachprüfung dienen solche Vorurteile, die hier gang und gäbe sind, sicherlich nicht. Und vom sozialpolitischen Standpunkt aus sind sie gleichfalls höchst unerwünscht.“

Wir möchten bemerken, daß der Gerichtsvorsitzende zu einem solchen Verfahren nicht berechtigt ist. Der Zeuge hat ganz ohne Zweifel die Zeugnishaftung zu beibringen und sie darf ihm rechtlich nicht verweigert werden. Sichtlich nimmt die Vergewerke-Organisation sich des Geschäftes an. Es erscheint überdies auch nötig, den Fall prinzipiell zur Entscheidung zu bringen, damit er nicht Nachahmung findet.

Streikrecht und Staatspersonal in der Schweiz.

In ihrem Bericht über die Beziehungen des Regierungsrates, betreffend die Dienstverhältnisse und Beförderung der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Kantons Basel-Stadt, beantragt die Grossratskommission beim großen Rat, den Streik von Beamten, Angestellten und Arbeitern der öffentlichen Verwaltung grundsätzlich als unzulässig zu erklären und die disziplinarische Beurteilung derselben vorzuschreiben. Streikende sollen solidarisch für den allfälligen entstehenden Schaden haftbar erklärt werden, und zwar soll die Haftbarkeit sowohl gegenüber dem Staat als gegenüber einem geschädigten Dritten bestehen.

Die Kommission begründet ihren Antrag wie folgt: „Wir der vorliegende Entwurf zum Gesetz erheben, so wird eine Folge davon die sein, daß dann die Anstellungsverhältnisse aller Beamten, Angestellten und Arbeiter, auf welche das Gesetz sich erstreckt, dem öffentlichen Recht zugeordnet sind. Nicht ein Anstellungsvertrag, sondern das Gesetz stellt die beiderseitigen Rechte und Pflichten fest. Differenzen sind nicht vor dem Zivilgericht zu erledigen, sondern entweder auf dem Wege der Mediation oder auf dem Wege der Arbitration zu entscheiden, wenn nicht der große Rat oder der Verwaltungsrat zutrifft. Eine Veränderung der für die Anstellungsbedingungen geltenden Normen kann nicht durch Vereinbarung, sondern nur durch gesetzlichen Beschluß erfolgen, der vom großen Rat ausgeht und dem Referendum unterliegt. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß bei dieser öffentlich-rechtlichen Regelung des Anstellungsverhältnisses ein Streik nicht gebildet werden kann. Aufhebung gegen die Dienstpflicht wäre Aufhebung gegen das Gesetz. Das Mittel wäre überdies unzulässig zur Erledigung aller Differenzen über Anstellungsbedingungen; Gesetzesänderungen können nicht durch Dienstverweigerung erzwingen werden. Den Beamten, Angestellten und Arbeitern stehen andere gesetzliche Mittel zur Verfügung.“

Auf diese Weise wird den Beamten, Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Lebens das Streikrecht entzogen. Diese Ungerechtigkeit ist um so größer, je weiter dieses Personal davon entfernt ist, ausserordentliches und anständig behandelt zu werden. Man konstatiert ein „öffentliches Recht“, wonach den Beamten, Angestellten und Arbeitern das Recht, solidarisch für ihre Interessen zu wirken, nicht zusteht. Damit werden sie der Willkür der Verwaltung völlig unterworfen. Von Interesse ist auch die Stellung, welche die Kommission zu der Nebenbeschäftigung der Beamten und Angestellten einnimmt. Sie ist in Übereinstimmung mit der Regierung der Ansicht, daß es den Beamten und Angestellten nicht erlaubt sein dürfte, einen Nebenberuf zu treiben. Auch soll es ihnen unterlag sein, Arbeiten für Private auszuführen oder sich an Geschäften oder Unternehmungen zu beteiligen, wenn dadurch ihre Dienstpflicht in Anspruch genommen oder ihre Leistungsfähigkeit für ihr Amt geschädigt wird. Dagegen konnte sich die Mehrheit der Kommission nicht dazu entschließen, einer aus gewerblichen Streifen gemachten Anweisung zu entsprechen, die dahin geht, es sei den Beamten und Angestellten jede Tätigkeit, die sie in ein Konkurrenzverhältnis zu Privaten führen würde, zu unterlagen und ihnen vor allem die Mitwirkung an der Stellung

des Allgemeinen Konsumvereins zu verbieten, da bei dem Vereinigungskampf, der von dieser Genossenschaft gegen zahlreiche Privatgeschäfte geführt werde, eine Mitarbeit von Staatsbeamten und Angestellten tatlos wäre und das Vertrauen zu den Organen des Staates untergraben würde.

Ein jungtürkisches Wahlprogramm. Die politische Bewegung in der Türkei entwickelt sich immer mehr. Am lebhaftesten ist an ihr die Partei der Jungtürken beteiligt; sie hat ein Wahlprogramm aufgestellt, dem wir folgendes entnehmen:

„Das Kabinett soll dem Parlamente verantwortlich sein; wenn die Minister keine Mehrheit im Parlamente erhalten, müssen sie zurücktreten. Die Zahl der Senatoren soll höchstens ein Drittel der Zahl der Abgeordneten betragen. Artikel 69 der Verfassung, nach dem der Sultan die Senatoren ernannt, soll dahin abgeändert werden, daß zwei Drittel der Senatoren aus Volkswahlern hervorgehen sollen. Jeder ottomanische Bürger im Alter von 20 Jahren soll ohne Rücksicht auf seine Vermögensverhältnisse — das Stimmrecht erhalten. — Alle Bürger sind gleich berechtigt und haben auch die Pflicht, in der Armee zu dienen (allgemeine Wehrpflicht). — Religionsfreiheit wird anerkannt.“

Dieses Programm hat einen starken demokratischen Grundzug, es geht in wesentlichen Punkten erheblich hinter das Programm der liberalen Parteien Deutschlands und anderer Länder. Seine Verwirklichung würde für die Türkei einen ganz außerordentlichen politischen und sozialen Fortschritt bedeuten.

Maurerbeziehung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:
Hamburg (Sperre über Ofenarbeiten der Stettiner Chamottefabrik an der Gasanstalt Grasbrook);
Lübeck (Sperre über Gärtner & Haidenreich);

Schleswig-Holstein:
Trittau (Sperre über Chr. Meier in Kasseburg, Arbeitsstelle Meierei in Möhnsen), **Rendsburg** (Sperren über das Rader Koks- und das Stahl- und Walzwerk und die Karlsruher);
Geesthacht-Lauenburg (Sperre über Basedow in Krümmel, Grünhof, Tesperhude);

Mecklenburg:
Güstrow (Sperre über Thielke), **Sülze** (Sperre über Holdorf), **Ahrenschoop a. Fischland** (Sperre über Helms);

Brandenburg:
Königs-Wusterhausen (Sperre über den Schulbau in Zernsdorf), **Fürstenwalde** (Sperre über Patel), **Mittenwalde** (Sperre über Spreewitz & Schadow), **Jüterbog** (Sperren über alle Bauten des Unternehmers Lehmann aus Torgau, über Niendorf und über Schäfer, Bau Militisch in Klittenborn), **Strausberg** (Sperre über Staudt, Zossen (Differenzen bei der Firma Britz in Klausdorf);

Ost- und Westpreussen, Posen:
Graudenz (Sperre über Pick), **Hammerstein** (Sperren über Kofahl und Karge), **Ostero** (Sperre über Tessmann aus Mohrungen), **Bromberg** (Differenzen in Labischin);

Schlesien:
Märzdorf (Sperre über Scheundel in Grebelwitz);

König. Sachsen:
Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbauteil, Berndt & Schöne, Berlinerstrasse, in L.-Möckern K. Edlich, Hühnerbierstrasse), **Leutzsch** (Sperre über die Eisengießerei E. Becker & Co.), **Kantkeberg** (Sperren über David Ludley und L. Loos), **Saundersdorf bei Zwickau** (Sperre über Borgers aus Schönheide), **Mülten** (Sperren über Ferd. Dahn in St. Niklas und Emil Meier in Ortmanndorf), **Grimma** (Streik), **Borna** (Sperre über Gebr. Naumann);

Provinz Sachsen und Anhalt:
Köthen (Sperre über Baumann aus Lützen), **Weissenfels** (Sperre über Oskar Paasche, Bahnhof Corbetta);

Thüringen:
Arnstadt (Sperre über Gressler), **Ronneburg** (Sperre über Kretschmar);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Wittingen (Streik), **Stadthagen** (Sperren über Pape in Nordsehl und Pape in Helsen), **Misburg** (Sperre über die Zementfabrik „Germania“), **Munster, Westerstede u. Umgegend** (Differenzen), **Visselhövede** (Differenzen), **Nordenham** (Sperre über die Bauten der Metallwerk-Aktiengesellschaft), **Glesmarode** (Sperre über den Neubau des Schöninger Bahnhofs), **Grüssendorf** (Sperre über Thiele aus Lehre), **Holzhausen** (Sperre über Thiele);

Hessen:
Rinteln (Sperre über Ackemann in Oberkirchen und Ebeling in Vehlen), **Griß** (Sperre über Fröhlich aus Gensungen);

Westfalen und Rheinland:
Elberfeld-Barmen (Sperre über den Unternehmer Wipperfurth aus Gersheim und über die Arbeiten der Firma Dieckhoff & Co. aus Stettin

an der Gasanstalt), **Düsseldorf-Beurath** (Sperre über Zensen), **Kaiserswerth** (Sperre über die Bauten der Diakonissenanstalt), **Castrop** (Sperre über Lamperts und Velleuer), **Minden** (Sperre über den Bau des Unternehmers Fliege in Borkhausen);

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:
Hassloch (Sperre über Steidel), **Mühlhausen** (Sperre über Trapp, Entwässerungskanal), **Straßburg** (Sperre über Schütterle);

Fliesenleger:
Mülheim-Ruhr (Sperre über Möhlenbrück & Mathois), **Cöln** und **Düsseldorf** (Sperre über die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurbaum aus Bonn), **Kiel** (Differenzen);

Isolierer und Steinholzleger:
Mannheim-Ludwigshafen (Sperre über die Mannheimer Isolierwerke und die Korksteinfabrik), **Leipzig** (Sperre über die Firma Friedrich Wilhelm Kraus, Moltkestr. 23).

Schweiz:

Olten (Streik);

Oesterreich:

Karlsbad, Triest, Zyug.

Dänemark:

Aalborg. Feuerungsanlagen auf der Gasanstalt. Ausführende Firma ist die Stettiner Chamottefabrik.

Gau Breslau.

Aus Bitterwitz wird uns geschrieben: Ein „Arbeiter“, wie er nicht sein sollte, ist der Unternehmer Gah. von. Aller Augenbilde ist bei ihm „etwas los“. Bald geht er nicht den richtigen Stundenlohn, bald nicht den Zuschlag für Ueberlandarbeit, und wenn beim Lohn keine Differenzen vorliegen, ist gewiss das Gerücht, die Baubude oder sonst irgend etwas nicht in Ordnung. Wiederholt haben wir mit G. verhandeln müssen, aber erst wenn der Beschäftigte gefaßt wurde, seine Bauten zu sperren, schaffte er Besserung. Nun war es wieder einmal so weit. Keine Baubude, kein Baum für Gah., lebensgefährliches Gerücht und anderes. Als der Kaiser trotz Warnung alles beim alten ließ, wurde Meister Gah. aufgefordert, vorchriftsmäßiges Zeugnis und eine Baubude zu liefern, widrigenfalls die Arbeit eingestellt würde. Gah. antwortete: „Ich bin „freier“, den Maurern und Arbeitern ein Sopha und Billard anzubieten. Gah. meinte er aber, eine in der Nähe stehende Scheune sei gut genug als Baubude. Die Maurer und Bauarbeiter hatten aber an dem „Sopha“ gerade genug, sie ließen die Arbeit liegen. Das half! Nun ist es bis auf weiteres wieder in Ordnung, soweit man überhaupt auf solchen Baustellen von Ordnung reden kann. Die Arbeit wurde am Montag eingestellt und am Mittwoch wieder aufgenommen. Wie lange der Friede dauern wird, ist bei der Unbefähigkeit Gah. aber allerdings unberechenbar.

Aus Löwenberg wird uns geschrieben, daß der Unternehmer Penkert am letzten Sonnabend den Stundenlohn für die neu angefangenen Maurer von 38 auf 36 $\frac{1}{2}$ reduziert hat. P. steht außer dem Vertragsverhältnis. Augenblicklich läßt sich wenig dagegen tun, da wenig Arbeit vorhanden ist; es wird aber wohl die Zeit kommen, mit P. abzurechnen.

Gau Eln.

Christliche Verchristlichung. Die „Baugewerkschaft“, das Organ des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker, enthält in ihrer Nr. 40 folgenden Bericht: „Solingen. Bekanntlich ist hier am Orte wegen einer Sperre über die Firma Fischer zwischen den beteiligten Organisationen (freie Maurer und Bauarbeiter einerseits und unser Verband andererseits) ein Streit entstanden, an welchem die Bezirks- bzw. Gauleitungen ebenfalls beteiligt sind. Pflichtgemäß wurden auch die Zentralverbände von den Vorkommnissen unterrichtet. In den Verichten, in welchen der Sachverhalt und die Begleiterscheinungen geschildert wurden, gingen die Meinungen und Behauptungen in den verschiedensten Punkten weit auseinander. Daß die Zentralverbände in erster Linie den Verichten ihrer Vertrauenspersonen Glauben schenken, ist selbstverständlich. Um eine Klärung resp. Unterbrechung der Streikfäden herbeizuführen, wurde vom Zentralverband des „freien“ Maurerverbandes eine dritte Sitzung beantragt, an welcher je ein Vertreter jenes sowie unseres Verbandsvorstandes teilnehmen sollte. Unser Zentralverband himmelte diesem Vorschlag ohne weiteres zu, da unsere Bewegung ein großes Interesse an der Klärung der Sachlage hat. Die geplante Sitzung sollte am 24. September, morgens 9 Uhr, stattfinden, mußte aber, da Kollege Lange die Einladung zu spät erhalten hatte, auf abends 9 Uhr verlegt werden. (Kollege Lange war auswärts; erhielt erst bei seiner Rückkehr am 24. September, mittags, die Einladung.) Als Vertreter der Zentralverbände nahmen an den Verhandlungen die Kollegen Raeplof vom „freien“ Maurerverbande und Kollege Schmidt von unserem Verbande teil. Wie sich der Vorstand des „freien“ Maurerverbandes, resp. die Person Raeplof, die „Unterbrechung“ des Falles dachte, zeigte die Verhandlung. Der Vorsitzende der Ortsgruppe des „freien“ Bauarbeiterverbandes nahm die Worte, daß ein Zeichen und sagte die Worte: „Ich eröffne hiermit die Sitzung; der Zweck ist Euch ja allen bekannt. Aber das Wort haben wir, kann sich melden.“ Das Wort hat Kollege Raeplof. Jeder unbefangene Mensch wird nun glauben, Raeplof habe das Wort genommen, um an die Parteien, die Orts- und Bezirksverwaltungen beiderseits des Streikes in der Sacheverhalt einmal vorzutragen. Gewiß, der gesunde Menschenverstand sagt, Raeplof kann zu Beginn der Sitzung nicht anders handeln. Doch es kam anders. Raeplof, welcher zur Unterbrechung des Sachverhalts nach Solingen gekommen war, begann und benutzte eine gut vorbereitete Anklage gegen unseren Verband. Unter anderem sagte er: „Es ist Tatsache, Eure Kollegen haben untorrett gehandelt.“ Zu den Verhandlungen mit Fischer

ist Euer Baudelegierte stets ausgezogen worden.“ (?) „Ihr habt, man kann den Vorwurf umsonst nennen, hier tatsächlich Arbeiterverrat getrieben, wie dieses schon an mehreren Stellen geschrieben ist.“ Das steht fest, die Baugewerkschaft hat falsch berichtet. In dieser Lokant ging es etwa eine Viertelstunde weiter. Als Paeplov gendert, erbat sich Kollege Schmidt das Wort. Er führte aus, zur Sache selbst wollte er noch nicht reden; er habe sich die Unterzeichnung eines Streikfalles jedoch anders vorgestellt. Er habe sich gewissermaßen als Unparteiischer gefühlt, der sich erst nach Anhören beider Parteien ein Urteil bilden könne. Wenn für Paeplov resp. für den Vorstand des „freien“ Maurerverbandes die Sache klar wäre — letzteres müsse er nach den Ausführungen Paeplovs annehmen — begreife er nicht, weshalb man von jener Seite die Sitzung beantragt habe. Weiter habe Paeplov dermaßen unerhörte Anschuldigungen gegen unseren Verband erhoben, daß uns ein Verhandeln in der Sache unmöglich sei, es sei denn, daß Paeplov die Anschuldigungen zurücknehme, bis er sich auf Grund der Verhandlungen ein Urteil bilden könne. Da Paeplov erklärte, von dem Gesagten nichts zurücknehmen zu wollen, lehnten unsere Kollegen — jede weitere Verhandlung ab und verließen das Lokal. So verlief die vom Zentralvorstand des „freien“ Maurerverbandes gewünschte Unterzeichnung der Solinger Streikfrage.

Dieser Bericht hat den Fehler, daß er nicht ganz wahr ist. Es ist unklar, daß Paeplov die in der „Baugewerkschaft“ bezüglichen Behauptungen aufstellte. P. hat nur über den Sachverhalt, wie er ihm von seinen Solinger Kollegen vorgebracht worden ist, referiert und daran die Schlussfolgerung geknüpft: wenn sich die Sache so verhalte, dann sei allerdings der Vorwurf des Arbeiterverrats gegen die christlichen Kollegen berechtigt, und die „Baugewerkschaft“ habe dann freilich falsch berichtet. Paeplov hat dabei auf andere Fälle hingewiesen und dann gesagt, daß es doch endlich an der Zeit sei, mit der Hinterlistigkeit zu brechen; zwei Organisationen, die gegeneinander seien, gemeinsam für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen, dürften sich nicht in den Rücken fallen. Auch die christlichen Kollegen müßten doch endlich einsehen, daß man das als Arbeiterverband ansehen müsse, wenn sie wie in Königsberg und anderen Orten handeln.

Nun sprach Anton Schmidt auf und erklärte, was Paeplov gesagt habe, sei eine unerhörte Beleidigung seines Verbandes. Paeplov habe Tatsachen behauptet, die nicht erwiesen wären, und wenn Paeplov seine Behauptungen nicht zurücknehme, verhandele er, Schmidt, nicht weiter. Seine Begleiter nahmen die Erklärung, mit freudigem Hallo auf, was ihre „gute Sache“ zweifellos in ein schlechtes stellt. Wir haben diese Zwischenfall aufgefaßt, wie er nach Lage der Dinge aufgefaßt werden mußte: Um unangenehme Feststellungen aus dem Wege zu gehen, angelte man nach einem Wort, um sich künstlich entziehen zu können und den Beleidigten zu marrieren. — War es nicht kurz vor der Verhandlung wegen Königsberg auch To? Spiegelberg, wir kennen dich!

Gau Danzig.

Aus Graudenz wird uns berichtet, daß die Maurer und Bauarbeiter über die Bauten des Unternehmers P. d. die Sperre verhängt haben. Die Ursachen dazu sind übermäßige Kreiberei, Verschöpfung der Arbeiter und Missachtung der Vorschriften betreffs Arbeiterzuzug. Bei der Verlangung, jeder Maurer solle bei ihm mindestens 1800 Ziegel pro Tag vermauern. Wer das nicht kann — dem unnötigen Verlangen sollte niemand nachkommen — erhält nicht den tarifmäßigen Lohn, oder er wird entlassen. Jeden Tag mahnten einige Maurer und Arbeiter aufzuführen, und den neu Eingestellten erging es nach kurzer Zeit nicht besser. Wer sich darüber beschwerte, wurde mit Schimpfwörtern oder gar mit tätlichen Angriffen bedacht. Um den elenden Zuständen ein Ende zu machen, haben die Kollegen einmütig die Arbeit eingestellt.

Wer nicht mag, der nicht gewinnt, so wird auch Herr Paupfen aus Goldap gedacht haben, als er sich entschloß, den von ihm unterschriebenen Tarif zu brechen und den Maurern den Stundenlohn von 45 J. zu kürzen. Mit wenigen Feinigkeiten gab sich der Herr Maurermeister, der viel auf seinen Titel achtet, nun einmal nicht zufrieden. Wenn schon, denn schon, so sollte er Löhne von 32 bis 42 J. pro Stunde fest. Wie groß war aber sein Ersauern, als ihm die Kollegen erklärten, seinen Bau zu sperren, wenn er nicht sofort den tarifmäßigen Lohn weiter zahle. Da Herr Paupfen wusste, daß die Goldapler Kollegen nicht lange spaßen, so hat er sich schnell bereit erklärt, von seinem Vorhaben, die Löhne zu kürzen, zurückzutreten. Spierdurch haben die Goldapler Kollegen wieder einen guten Beweis der Schlagfertigkeit ihres Zweigvereins erbracht.

Der Arbeitgeberverband in Thorn hat am 23. September den dort geltenden Tarif gekündigt, der am 31. Dezember 1908 sein Ende erreicht und am 1. Oktober gekündigt sein mußte, wenn er nicht ein Jahr unverändert weiterlaufen sollte.

Herr Maurermeister Koefer in Stolp sendet uns folgendes Schreiben mit dem Ersuchen um Abdruck im „Grundstein“:

In Nr. 38 des „Grundstein“ wird berichtet, daß ich in meinem Geschäft, insbesondere auf den Kalksteinbau, keine Verbandsgesellen beschäftigen will, obgleich ein festes Tarifverhältnis besteht. Um meinen eigenen Leuten meine Meinung kundzutun, fügte ich mich veranlaßt, hierauf folgendes zu erwidern:

Ein jeder Mensch, sei er Maurer oder sonst etwas, hat das Bestreben, die Pflicht und das Recht, seine Lage zu verbessern zu suchen. Dem einzelnen fällt dies schwer, aus diesem Grunde bilden sich Organisationen.

Ich verzage es keinem, sich einer Verbindung anzuschließen, von der er Besserung seiner Lage erhofft, und mit Mühsal hierauf betone ich ausdrücklich, daß es mir bisher ferngelegen hat und daß mir auch ferner der Gedanke nicht aufkommen wird, Verbandsgesellen auszuschießen.

In dem oben erwähnten Artikel ist fernerhin gesagt, daß ich für mein Vorgehen keinen Grund hätte. Ich wiederhole, daß mir diese von mir nicht beabsichtigte Ausgrenzung unbekannt ist, obwohl Grund hinreichend vorläge. Anlässlich einer Sitzung der Maurer-Lohn-

Kommission mit den Arbeitgebern während des Streiks 1907 wurde von einem hiesigen Vertreter des Verbandes des öfteren ausgesprochen: „Wir sind eben eine Kampforganisation, wir wollen keine Ruhe und Aufrechterhaltung in unserer Mitte, sondern wollen auch fortwähren streiten.“ Angesichts dieser Worte hätte wohl ein jeder Arbeitgeber Grund genug, Leute, welche einem Verbande angehören, der solche Tendenzen verfocht, aus seinem Betriebe auszumerzen. Als Geschäftsinhaber hat man doch wohl noch andere Beschäftigung, andere Pflichten und Bedürfnisse, als sich fortwährend mit seinen Leuten zu streiten, wie es eben jenes Verbandsmitglied wünschte. Nun habe ich aber in der Praxis die Beobachtung gemacht, daß die Verbandsmitglieder selbst nicht so streitsüchtig sind wie ihre Führer, vielmehr friedfertige, ruhige Leute, mit denen bei der ihnen zukommenden, angemessenen Behandlung gut auszukommen ist, und es wäre geradezu unnötig, solche Leute auszumerzen.

Die friedliche Tendenz, die scheinbar äußerlich in dem meine Person betreffenden Artikel liegt, ist offensichtlich nicht vorhanden. Meines Erachtens bezweckt der Artikel, meine Leute gegen mich aufzureizen und das gute Einvernehmen zwischen mir und meinen Leuten zu zerstören.

Offenlich lassen sich einseitige Männer durch aufreizende Artikel nicht abhalten, nach wie vor, eingebend ihrer Familienpflichten, mit Vertrauen zu ihrem Arbeitgeber friedlich ihrer Arbeit nachzugehen und zu schaffen; denn Friede ernährt, Unfriede verzehrt. Endlich sollte doch die Einsicht siegen, daß bei den Streiks nichts herauskommt und daß alle Differenzen, mögen sie ihren Ursprung haben, worin sie wollen, auf friedlichem Wege für beide Teile vorteilhafter sich erledigen lassen. Ich bin auch ferner der festen Ansicht, daß sich hierdurch nach und nach ein gutes Verhältnis zwischen Meister und Gesellen inniger gestalten wird. Es wird auch einmal die Zeit wiederkommen, wo der Arbeitnehmer in seinem Arbeitgeber nicht seinen Feind, seinen Bruder erblickt, sondern diese hauptsächlich durch die Organisationen ausgeübte Frucht sich vermindern wird in vertrauensvolle Hingebung seitens der Gesellen zu ihrem Meister; ist es doch auch meist letzterer, der wie es die Erfahrung täglich aufs neue zeigt, in jeder Notlage des Lebens seinen Gesellen als Mitmenschen hilft, wenn die verbandseitige Hilfe längt versagt hat.

G. Koefer, Architekt und Maurermeister.

Was Herr Koefer hier erwidert, lieft sich ja ganz schön. Trotzdem müssen wir aber dabei bleiben, daß Herr Koefer die Absicht hatte, Verbandsgefeilen von seinem Bau auszumerzen bzw. fernzuhalten. Wenigstens ist das in der Schlichtungskommission zur Sprache gebracht worden. Dort ist auch gesagt worden, zu wem sich Herr Koefer in dieser Weise geäußert hat. Willst du erkundigt sich Herr Koefer einmal in dieser Sache bei seinem Kollegen Gärtner. Wenn Herr Koefer meint, unserem Artikel läge nur äußerlich die friedliche Tendenz inne, in Wirklichkeit bezwecke er, seine Leute gegen ihn aufzureizen und das gute Einvernehmen zwischen ihm und seinen Leuten zu zerstören, so ist das eine Unterstellung, die wir zwar höflich, aber entschieden ablehnen müssen. Unsere Aufgabe ist es, die Interessen unserer Mitglieder nach allen Seiten hin zu wahren. Das haben wir auch Herrn Koefer gegenüber pflichtgemäß in einwandfreier und sachlicher Weise getan. Wenn wir durch die Feststellung solcher Tatsachen aufreizen gewirkt haben sollten, so kann Herr Koefer das ja künftig sehr leicht verhindern, und zwar dadurch, daß er uns nicht wieder Anlaß zu öffentlichen Beschwerden gibt.

Gau Hamburg.

In Kiel haben die beiden Unternehmerorganisationen (Zinnung Bauhütte und Freie Vereinigung der Bauunternehmer Kiels) den bestehenden Vertrag durch Schreiben an die Verbandsvorstände gekündigt. Der jetzt bestehende Vertrag wurde am 7. November 1905 nach einem langwierigen Streit abgeschlossen. Er trat an die Stelle eines anderen Vertrages, den die Unternehmer einmal mit den Gesellen aus schlossen verabschiedet hatten. In dem jetzt bestehenden Vertrage betrug der Lohn bis zum 31. Dezember 1906 60 J., von da an bis zum 31. Dezember 1908 65 J.; die Arbeitszeit betrug vorher 9½ Stunden, dem Frühjahr 1907 an 9 Stunden. Der Vertrag läuft noch bis zum 31. Dezember dieses Jahres; wäre er bis zum 1. Oktober nicht gekündigt worden, so hätte er ein Jahr weiter gegolten. Man wird ja bald hören, was die Unternehmer mit der Vertragskündigung beabsichtigen wollen.

Gau Hannover.

In Einbeck hatten unsere Kollegen am 1. Oktober im Endgültigen die Arbeit eingestellt, weil S. einerseits den tariflichen Stundenlohn von 38 bis 40 J. nicht zahlte und weil ferner sich die Kollegen die Antreiber- und Schinderei nicht länger gefallen lassen wollten. Auch waren die Bauarbeiten und Aborte längst nicht den polizeilichen Bestimmungen entsprechend. Ein Versuch, Subhof im guten zu veranlassen, seinen tariflichen und polizeilichen Verpflichtungen nachzukommen, hat S. mit Entlassung und dem ihm so gut anstehenden Krafstich beantwortet. Die Folge war, daß die Arbeit ganz eingestellt wurde. Am selben Abend fand dann seitens der Organisationsvertreter mit Subhof eine Aussprache statt, die dahin führte, daß alle genannten Mängel beseitigt wurden. Am 2. Oktober wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Subhof ist um die Erfahrung klüger, daß auch Tyrannenmacht Grenzen hat, und Mangelhaftigkeit und Brutalität die besten Tugenden nicht sind. Hoffentlich läßt ihn sein Gedächtnis nicht sobald im Stich.

Gau Leipzig.

In Borna ist über die Bauten der Unternehmer Gebrüder R. a. m. a. n. die Sperre verhängt worden, weil sie den Stundenlohn um 5 J. reduzierten wollen. Die Gebr. R. a. m. a. n. machen öffentlich bekannt, daß sie die Reduktion des Lohnes nur „im Interesse des baulichen Publikums“ vorgenommen hätten. Nach ihrer vorliegenden Meinung ist das Erhöhen der Bautätigkeit nur eine Folge der, von den organisierten Maurern gewollten in die Höhe getriebenen Löhne. Das ist natürlich eine etwas sehr kindliche Auffassung der Herren „geprüften Baumeister“. Sollte den Gebr. R. a. m. a. n. noch gar nicht bekannt geworden sein, daß die gesamte Weltwirtschaft,

einschließlich des Baugewerbes und auch dort, wo noch viel niedrige Löhne als in Borna gezahlt werden, seit einem Jahre eine schwere Krise durchgemacht hat? Das und auch die Erkenntnis, daß man solche Krankheit nicht durch Lohnreduktionen heilen kann, sollte selbst nach Borna gedrungen sein; obwohl es keine Weltkalt ist.

Die Baumanns geben aber weiter auch bekannt, daß ihnen ohne die organisierten Maurer genug Arbeitskräfte zur Verfügung ständen. — Hoffentlich ist diese ihre Annahme ebenso wenig richtig, wie ihre Maßnahmen zur Hebung der Bautätigkeit. Wir dürfen wohl erwarten, daß kein Kollege den Streikenden in den Rücken fällt.

Gau München.

Vom Zweigverein Rosenheim schreibt man uns: Am Neubau der Spinnerei in Kolbermoor wurden die Kollegen unter Androhung der Entlassung gezwungen, den Innen- und Außenputz in Afford zu übernehmen. Sie taten das, erhielten aber keinen Vertrag. Der Ingenieur Schneider der Firma Disch & Co. sagte, er schide ihn in den nächsten Tagen. Aus diesen nächsten Tagen wurden aber 14. Als es nun so weit war, daß mit der Arbeit angefangen werden mußte, verlangten die Kollegen Klarheit und dann kam Herr Schneider mit der Antwort heraus, Quadratmeter billiger auszuführen. Wenn wir mit diesem Preise zufrieden wären, dann könnten wir den Vertrag unterschreiben. Herr Schneider mußte selbst zugeben, daß man bei den Preisen nicht auf den Tagelohn käme, aber gleichwohl mutete er es den Kollegen an. Da wir aber jedenfalls nicht darauf eingehen werden, so ist es möglich, daß sich, wenn die Drohung mit der Entlassung ausgeführt wird, aus diesem Falle Streitigkeiten ergeben, weshalb wir die Kollegen schon jetzt darauf aufmerksam machen, damit sie Arbeitsangebote nach Rosenheim bzw. nach Kolbermoor zurückweisen.

Zieglener.

Die Inhaber der Ziegelfabrik in Crefeld haben den für das Pflattengewerbe in Rheinland und Westfalen abgeschlossenen Tarifvertrag anerkannt und ist somit der Streit der Crefelder Zieglerei beendet.

In diesem Kampfe hat es sich gezeigt, was die Arbeiterkraft erreichen kann, wenn sie sich in großen starken Organisationen zusammenschließt; hoffentlich werden die übrigen Arbeiter des Baugewerbes ihre Lehren daraus ziehen und sich Mann für Mann der Organisation anschließen.

Stollener und Steinhölzler.

Der Streit der Stollener, bei der Firma Haake & Co. in Celle ist nach circa 14wöchiger Dauer durch Vereinbarung mit der Geschäftsführung beendet worden. Die über sämtliche Forderungen dieser Firma verhängten Sperren sind aufgehoben.

Bekanntmachung des Verbandsausschusses.

Wenn dem auf dem Verbandskongreß als Vorsitzenden des Verbandsausschusses gewählten Kollegen Daehne sind in der Generalversammlung des Zweigvereins Berlin folgende Kollegen als Mitglieder des Ausschusses gewählt worden: August Ellinger, Julius Heller, Wilhelm Schulz, Otto Junhöf, Paul Hensel, Paul Hähne, Heinrich Weier, Fritz Mulat, Markus Kracht, Gustav Dahlenburg.

Die Konstituierung des Ausschusses hat stattgefunden; der Kollege Schulz ist als Stellvertreter des Vorsitzenden und Kollege Ellinger als Schriftführer gewählt.

Alle Beschlüsse, Anfragen und sonstige Sendungen, welche für den Verbandsausschuß bestimmt, sind an den Vorsitzenden August Daehne, Berlin N 58, Dyckerhoffstraße 13, v. 2. Et., zu richten.

Der Verbandsausschuß. J. A. A. Daehne.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Verbandskalender. Immer noch sind einige Zweigvereine mit den Kalenderbestellungen im Rückstand. Soweit sie überhaupt noch auf Kalender reflektieren, müssen die Bestellungen jetzt sofort aufgegeben werden.

Sterbebeleg darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überlegen: a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungsanweisungen wurden in der Zeit vom 28. September bis 3. Oktober für folgende Mitglieder erteilt:

R. Strömer-Zitt (Frank), 293316; L. Meier-Wasserburg (Frank), 364914; Ad. Seize-Berlin, 7882; G. Neger-Berlin, 166724; G. Helweg-Herford, 328895; A. Runge-Breslau, 16003; J. Bismuth-Breslau (Frank), 150951; J. Grelwein-Freiburg i. Br., 236988; J. Frey-Strassburg, 503754; Gebr. Stammerjohann-Samburg (Frank), 27852; B. Schliephake-Braunschweig, 12230; R. Oppermann-Halle, 24645; J. B. Bach-Zindig (Frank), 36681; G. Wietel-Münster, 267708; B. Zenz-Berlin (Frank), 337400; B. Schmidt-Großwig, 222767; G. B. Hilbert-Göhringen (Frank), 147014; G. K. Jodt-Berlin, 3675; Andr. Hansen-Freiburg (Frank), 244629; Aug. Schär-Desden (Frank), 18619; B. Müller-Halberstadt, 76287; Th. Schröder-Halberstadt, 76348; B. Muppel-Frankfurt a. M., 278148; G. M. Seiden-Pennig, 216324; J. Geis-München, 474500; K. Ruffner-München, 240837.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Ruffner, Hamburg 1, Befensbinderhof 56, zu

einigten sich beide Parteien, den alten Tarifvertrag bis zum 16. Oktober zu verlängern. Diesem Beschluß sind auch die Unternehmer der Gipsbaubetriebe beigetreten, so daß für das ganze Gewerbe der alte Vertrag bis zum 16. Oktober Gültigkeit hat; gleichzeitig haben sie sich auch bereit erklärt, in Verhandlungen einzutreten. Ferner machte der Referent darauf aufmerksam, daß sich kein Kollege nach dem 1. Oktober irgendwelche Verschlechterungen der Löhne gefallen lassen solle. Die Firma J. Müller, Marx & Co. habe bereits den Zementierern und Gipsarbeitern einen Revers zur Unterschrift vorgelegt, worin sich die Kollegen verpflichten sollen, 6 bzw. 10 3 pro Stunde unter den bisherigen Lohnsätzen zu arbeiten. Durch den Unternehmerverband ist die Firma daraufhin aufmerksam gemacht worden, daß ihr Verhalten nicht zulässig ist. Hierauf hat die Firma erklärt, sie wolle keine weiteren Unterschriften verlangen und bis zum 2. Oktober eine Erklärung abgeben, ob sie sich dem Beschluß der Tarifkommission füge oder nicht. Ausgeschlossen ist es auch nicht, daß andere Firmen ebenfalls versuchen werden, den Lohn zu reduzieren. Neben derartigen Versuch zurückzuweisen und sofort dem Vorstand hiervon Mitteilung zu machen, muß Pflicht eines jeden Kollegen sein. Das Verhalten der Kollegen, die bei der Firma Müller, Marx & Co. den Revers unterzeichneten, in dem sie sich verpflichteten, 10 3 pro Stunde billiger zu arbeiten, ohne dagegen zu protestieren, ist gar nicht scharf genug zu beurteilen. In der Diskussion übten die Kollegen Kritik an den bisherigen Tarifverhandlungen; insbesondere wurde bemerkt, daß von den Unternehmern die Lohnsenkung von 2 3 für Einsteiger abgelehnt wurde, da doch gerade die Einsteiger beim Eigenbau die Hauptarbeit zu verrichten haben. Ebenfalls ist in der Festsetzung der Löhne für die Gipsarbeiter eine Verschlechterung der bestehenden Lohnsätze vorhanden, abgesehen von den sonstigen Positionen, die die Unternehmer noch beantragen; und die ebenfalls eine Verschlechterung bedeuten. Einzelne Kollegen wünschten eine Lohnsenkung für Einsteiger und Gipsarbeiter vom 1. April 1909 ab. Eine Resolution wurde angenommen, die im Sinne der Ausführungen des Referenten gehalten ist und die der Kommission das Vertrauen der Versammlung ausdrückt, aber das Verhalten der Kollegen bei der Firma Müller, Marx & Co. scharf beurteilt. Beschlossen wurde, noch, daß die Kommission ermächtigt wird, auch mit den Unternehmern der Gipsfabrik über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages zu verhandeln.

Breslau. Am 23. September tagte im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung, in der zunächst die Kollegen Malinla und John den Bericht vom außerordentlichen Verbandstage in Hannover erstatteten. In der Diskussion forderte Kollege Köster die Kollegen auf, fest zum Verband zu halten; denn gerade in schlechten Zeiten sei eine starke Organisation notwendig. Auf Vorschlag des Kollegen Bachmann erklärte sich die Versammlung mit den Beschlüssen des Verbandstages und mit der Stellungnahme der Delegierten einverstanden. Hierauf wurde die Bezahlung des Vorstandes geregelt. Ein weiterer Antrag des Vorstandes, daß die Kollegen, die im Wintervierteljahr eintreten, 1,50 in die Kassa einzahlen, wurde angenommen. Außerdem wurde von der Versammlung beschlossen, am 14. November im Gewerkschaftshaus unter Festsetzung zu feiern. Für die im November stattfindenden Stadtbewohnereinfahrten wurden 100 bewilligt. Hierauf wurde diese wichtige Versammlung, die sehr schwach besucht war, geschlossen. (Die Breslauer Kollegen sollten nun endlich aufhören, auf die Verbandsleitungen zu schimpfen und sollten lieber Versammlungen besuchen und sich an der ersten Arbeit für den Verband beteiligen. Der Berichtshatter.)

Frankenberg i. S. Sonnabend, den 26. September, tagte im „Bürgergarten“ unsere Mitgliederversammlung. Zunächst erstattete Kollege Hermann Rüttloff aus Giedelsberg Bericht vom Verbandstage; reichlicher Beifall lohnte den Redner. In der darauf folgenden Diskussion sprachen mehrere Kollegen. Ueber die Erhöhung der „Grundstein“-Kolportage entwickelte sich eine rege Debatte. Der Kollege Eberlein beantragte, die Vergütung von 2 auf 3 3 pro Exemplar zu erhöhen und dies vom 1. Oktober an in Kraft treten zu lassen; mehrere Kollegen wünschten, daß die Erhöhung erst vom 1. Januar eingeführt werde. Nach reger Aussprache wurde der Antrag angenommen. Es kamen dann noch persönliche Sachen zur Sprache. Es wäre nur zu wünschen, daß sich die Kollegen nicht mehr so belächeln, wie dies bisher geschehen ist. Man sollte doch meinen, es wären wichtigere Dinge zu besprechen, als fortwährend der Bemerkung das Arbeiten schwer zu machen. Wenn es nicht anders wird, so wird der Zweigverein sich wohl einen anderen Vorstand suchen müssen; denn auch dem Sanftmütigsten reizt da der Geduldsfaden. Es sind ja nur einige Mögler; wenn diesen aber ein Koffer übertragen werden soll, haben sie alle möglichen Ausreden, um nur nicht mitarbeiten zu müssen; aber kritisieren und heben, dazu sind sie fähig. Wir wollen hoffen, daß unter den Kollegen Frieden und Einigkeit wieder eingekehren möge, damit es wieder werde wie vor Jahren.

Gesentischen. Am 19. September tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Als Referent war Genosse Weiser aus Bochum erschienen. Er schilderte in einem anerkennend-kritischen Vortrag die Tarifverträge und deren Nutzen und wies statisch nach, welche Vorteile der Arbeiter durch die Abhängigkeit von Tarifverträgen empfinden. In der darauffolgenden Diskussion richteten mehrere Kollegen den schwachen Besuch der Versammlungen. Weiter stand die Wahl einer Schlichtungskommission auf der Tagesordnung. Von unserer Seite wurde Kollege Junod als Obmann und Kollege Weder als Erbamann gewählt. Als Schlichter für den Bezirk Schalle wurde Kollege Schmal gewählt. Auf Antrag wurden dem erwachsenen Kollegen Wötter aus der Kassa 20 bewilligt.

Seide. In unserer am 29. September abgehaltenen Mitgliederversammlung, die gut besucht war, erstattete Kollege Rönnau den Bericht, woraus hervorzugehen ist, daß der Genosse Kaufhäuser für drei Vortragabend genommen ist. Hierauf wurde über die bevorstehende Jahreshauptversammlung gesprochen. In einer vorübergehenden Ver-

sammlung wurde nämlich die Anschaffung einer Verbandsfahne für den hiesigen Zweigverein beschlossen. Die Fahne wird zum 16. Oktober fertiggestellt und ist die Einweihung am 18. Oktober gedacht. Die Feier soll beim Gastwirt Off durch eine Rede und den Gesang eines Liedes vom Gesangsverein „Vorwärts“ eingeleitet werden. Hierauf wird ein Umzug durch die Hauptstraßen der Stadt und der Ausmarsch nach dem Festzelt „Riegelhof“ stattfinden, wo die Nachmittagsfeier durch eine Festrede und Gesangsbeiträge des Sängerkorps fortgesetzt wird. Abends Festball. Es wurde beschlossen, zu dieser Feier die Zweigvereine der Nachbarorte, sowie die hiesigen Gewerkschaften einzuladen. Die Bestellung eines Festredners wurde dem Vorstand überlassen. Nachdem der Vorrede noch aufgeführt hatte, die am 11. Oktober stattfindende Generalversammlung, wozu der Kollege Bröhm-Hel als Redner erschienen wird, wann für Wann zu besuchen, wurde die Versammlung geschlossen.

Leipzig. Am 29. September fand im Volkshaus eine Mitgliederversammlung statt. Kollege Jacob gedachte der Arbeiterbewegung Leipzigs. Es sind jetzt 25 Jahre verstrichen, als hier eine Organisation gegründet wurde. 1883 wurden die ersten Forderungen gestellt, sie kamen aber erst 1884 zur Durchföhrung. Der Forderungstag sollte erreicht werden. 18 Wochen wurde gestreikt, aber nicht mit vollem Erfolg. Im Jahre 1887 wurde der Streikfestgesetzt. Der Lohn stand damals auf 42 3 und später auf 45 3 pro Stunde. In diesem Jahre wurde der Streikverein aufgelöst. 1889 wurden 48 3 gefordert, die auch gleich bewilligt wurden. 1890 wurde dann wieder ein Streikverein gegründet, er wurde aber bald wieder aufgelöst. Das waren die Folgen des Ausnahmegesetzes. 1890 betrug der Lohn noch 48 und 46 3, wurde aber in den Jahren 1891 und 1892 auf 88 3 geführt. 1892 schlossen sich auch die Leipziger Kollegen dem Zentralverband an. 1895 wurde kurze Zeit gestreikt und der Lohn durch Abmachungen auf 42 3 und dann auf 45 3 gebracht. 1897 sollte der Reinstundentag errungen werden, es kam abermals zum Streik, der 17 Wochen dauerte. Auch hier kam der Erfolg erst im Jahre 1898, wo 94 Stunden und 52 3 und dann 9 Stunden und 55 3 anerkannt wurden. Von da an haben wir durch die Eingliederung der Kollegen unsere Position erhalten und sind immer weiter vorgegangen. Es darf in Zukunft keine Zersplitterung eintreten. Redner kam noch auf den Tarif zu sprechen, er empfahl, daß nun endlich auch hier unterschrieben wird. Die Versammlung ist mit dem auch mit Mehrheit zu. Der Kollege Verthol legte der Versammlung die Vorlage über die Arbeitslosenmarke vor. Sie lautet: Wer 80 Wochenbeiträge bezahlt hat und Zungefellen, die sich vier Wochen nach beendeter Lehrgang dem Verbande angeschlossen haben, erhalten, wenn länger als drei Tage arbeitslos, die Marken aus der Kassa bezahlt. Dieses ist richtend bis zur 28. Beitragswoche. Ferner müssen sich die Kollegen Dienstag und Donnerstag melden. Dann wurden folgende Kollegen ausgeschlossen: Reichelt und Schwarze wegen Organisationszersplitterungsversuchen und Lorenz, G. Gänje, G. Kaufsch, G. Wad und O. Schulze, weil sie auf gestrichelten Wegen arbeiten. Der Kollege Junod ging auf die Sache der Kollegen Jacob contra Maier ein und erklärte, daß dies im Zweigverein behandelt wird. Ein hierzu gestellter Antrag fand Annahme.

Wilmsh. Sonnabend, den 3. Oktober, fand hier eine Generalversammlung statt. Die Teilnahme daran war eine mäßige. Das größte Interesse erregte die Neuwahl des Vorstandes. Es wurde gewählt als erster Vorsitzender Kollege Wöhlte und als erster Kassierer Kollege Metzburg. Den gewählten Kollegen wurde anheimgegeben, recht gewissenhaft ihr Amt zu verwahren, um so mehr, als gerade jetzt die volle Energie entfaltet werden muß, um den Forderungen der Unternehmer entgegenzutreten. Es wurden sodann von zahlreichen Kollegen lebhaft Klagen über das Gebahren der Firma Hinrichs & Bechhoff geführt. Die Firma zahlte im Sommer einen Lohn von 47 3. Den Kollegen schien damals der Himmel voller Segen zu hängen. Dies bewies sich, daß sie zum Teil dem Verband den Rücken kehrten. Auf die Willkür der Kollegen bauend, nahmen die Unternehmer eine Lohnsenkung von 3 3 vor. Da kein Widerspruch erfolgte, wurde weiter geföhrt. Wie in der Versammlung festgestellt wurde, wird ein Lohn von 45 3 bis 38 3 angesetzt. Ob mit den abgezogenen Gehältern der geföhrteten Löhne der Firma bestanden wird, oder ob damit andere Ausgaben gedeckt werden sollen, ließ sich leider nicht feststellen. Aber das mag sich die Firma merken: einen großen Dienst hat sie uns geleistet; sie hat uns die fernstehenden Kollegen zugeführt. Wir werden nun alle Kräfte anspannen, um den Herren ihren Dank mit Zinsen heimzusuchen. Die Kollegen wurden aufgefordert, recht zahlreich an der Agitation teilzunehmen. In einer Umfrage des gerade hier anwesenden Kollegen Wagner aus Salzweide forderte er die Kollegen auf, fest zum Verband zu halten und mit aller ihnen zu Gebote stehenden Macht für eine bessere Existenz einzutreten.

Marne. In der Mitgliederversammlung am 4. Oktober wurden zunächst die Beiträge entrichtet und die Kollegen vom Kassierer aufgefordert, eine ständige Kontrolle auszuüben, damit auch sämtliche Kollegen den statutarischen Bestimmungen nachkommen; außerdem wurde auch der Verbandsbescheid vom vorigen Jahre in Erinnerung gebracht, daß alle Kollegen der politischen Organisation angehören sollen. Trotz dieses Beschlusses sind doch noch einige Kollegen da, die sich davor drücken wollen. Ferner wurde Klage geführt, daß wenig Berichte im „Grundstein“ gebracht würden; dies sei in der kommenden Zeit nachzuholen; denn es sei doch auch ein heimisches Gefühl für Kollegen in der Fremde, wenn mal etwas aus ihrem Geburtsort im „Grundstein“ stünde. Ferner sei noch den Kollegen zur Kenntnis gebracht, daß von jetzt an die Gewerkschaftsmitglieder, deren Organisationen dem Kartell angegliedert sind, beim Robesalle freie Träger, Leichenwagen und das hiesige Volkspolks zu beanspruchen haben; dafür haben die Mitglieder der Gewerkschaften von Ball zu Ball eine Sterbemärke zu entnehmen. Den Kollegen sei hiermit noch angezeigt, daß am 18. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal eine außerordentliche Mitgliederversammlung stattfinden, wozu der Kollege Bröhm

referieren wird. Auch findet für die Mitglieder eine wichtige Entscheidung und Beschlußfassung über Verhandlungsangelegenheiten statt.

Thronitz. Nach vier Jahren harten Kampfes mit der Behörde und den Saal-Inhabern, die stillschweigend die Forderungen der Arbeiter einpreißen, und aber ihre Säle zu Versammlungen verweigern, ist es uns gelungen, hier eine Versammlung abhalten zu können. Da uns aber auch jetzt noch kein Lokal zur Verfügung steht, so hatten wir uns, da wir nun einmal bescheidene, preußische Bürger sind, im Garten des Kollegen J. Druwet zusammengefunden, um ein Defektes des Kollegen Baude über das Thema: „Der Kampf ums Dasein“ entgegenzunehmen. Da aber Kollege Baude am Erscheinen verhindert war, so hatte an seiner Stelle unser Vorsitzender, Kollege Koch, das Defekal übernommen. In fesselnder Weise verhandelte er der Redner, den Anwesenden die höchst bedauernde Lage des arbeitenden Volkes vor Augen zu führen. In seinen Ausführungen kam Redner auch auf den Streik im vorigen Jahre zu sprechen, der ihn Anlaß zu einer scharfen Würdigung mit der Kollege Baude gab. Am den Vortrag schloß sich eine kleine Diskussion an, die aber wegen des anhaltenden Regens abgebrochen werden mußte. Mit einer Aufforderung für zahlreichsten Besuch der nächsten Versammlung, die Sonntag, den 11. Oktober, stattfinden wird, in der Kollege Winnig referieren wird, zu agitieren, wurde die impulsive Versammlung geschlossen. Befriedigt zogen die Teilnehmer nach Hause.

Barthm. Sonnabend, den 20. September, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Sie war aber, wie gewöhnlich, schwach besucht, was der Vorsitzende scharf rügte. Die Beschädigung der Gausenfernung wurde abgelehnt. Der Vorsitzende berichtete, daß sich jetzt auch die kleinen Unternehmern dem Arbeitgeberverband angeschlossen hätten.

Potsdam. Die letzte Monatsversammlung nahm den Bericht vom letzten Verbandstag entgegen. Derselbe wurde vom Kollegen H. K. n. r. erstattet. Da die Tagesordnung ziemlich reichhaltig war, konnte der Bericht nur teilweise gegeben werden, er wird in der kommenden Versammlung seine Fortsetzung finden. Einen großen Teil des Abends nahm ein „Ausflugstagen“ gegen einige Kollegen ein, die sich beim Bau am Wilhelmplatz, Ecke Mauenerstraße, eines Disziplinbundes schuldig gemacht hatten. Obgleich man allseitig in scharfen Worten das unkollegialste Verhalten dieser Kollegen rügte und man darauf hinwies, wie verwerflich es sei, gerade in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges den Unternehmern sich auszuliefern und unheimlich um tarifliche Abmachungen nach deren Pfeife zu tanzen, um sich hierdurch deren Wohlwollen zu erhalten, sah man, nachdem von einem Ausschuss ab, zumal, ein großer Teil dieser Kollegen von auswärts war. Doch wurde beschlossen, ihre Namen im „Grundstein“ zu veröffentlichen, um Wiederholungen vorzubeugen. Es sind dies die Kollegen: Otto Ruhnau aus Potsdam; Friedrich Düring und Grote aus Berlin; Paul Gost, Paul Sanis, Ernst North, Wilhelm Meißel, Gustav Werent, Paul Benke, Franz Schmeißel und Robert Schöff aus Werder. Weiter wurde noch beschlossen, für einige Kollegen, die bis heute wegen ihres hohen Alters keine Arbeit finden konnten, die Ergänzungsbeiträge aus der Kassa zu zahlen.

Burgin. Am 25. September tagte hier eine Versammlung, in der Genosse Karl Schörs aus Leipzig über: „Das feudale Junkertum früher und jetzt“ referierte. Mit der größten Aufmerksamkeit folgte die Versammlung dem Referenten, der mit markigen Worten das räuberische Treiben des Junkerabels fennzeichnete. Die Versammlung sollte dem Redner für seinen sehr interessanten Vortrag großen Beifall. Hierauf erläuterte Kollege Abicht den § 32 des Statuts und bat die Kollegen, sich bei Krankheitsfällen demnach zu richten. Eine Debatte entspann sich in Sachen Genossenschaft und Meinde. Eine Unterredung in dieser Sache soll vom Vorstand vorgenommen werden. Weiter wurde beschlossen, am 24. Oktober ein Herbstbegräbnis zu veranstalten und am 1. und 2. Oktober eine Waidkontrolle vorzunehmen. Kollege Abicht forderte die Kollegen noch auf, sich an der demnächst stattfindenden Flugblattverbreitung zu beteiligen.

Lehrlingswesen.

Breslau. Am 29. September fand im Gewerkschaftshaus die zweite Lehrlingsversammlung statt. Die Zahl der Erschienenen hatte sich gegenüber der ersten Versammlung verdoppelt. Kollege Jünigke referierte über: „Unsere heutige Gesehgebung“. Er erklärte den jungen Leuten, daß sie davon schon in der Schule hätten unterrichtet werden müssen. Leider sei das nicht der Fall; nur den Kindern der bessergestellten Leute würde solcher Unterricht zu teil. Durch Beispiele zeigte Jünigke den jungen Proletariern, wie die heutige Gesehgebung gebandelt wird und wie die Arbeiter nach Maßregeln verurteilt werden. In den Lehrjahren würden sie ja nichts davon gewahr; erst später, wenn sie in das öffentliche Leben und in die moderne Arbeiterbewegung eintreten, lernten sie das kennen; darum sei es notwendig, sie hierüber aufzuklären. Von den Lehrlingen wurde Beschwerde geführt, daß sie von den Unternehmern (genau wie die Beisellen) mit der Rohgnahme geblödet werden. Hauptfächlich klagten sie darüber, daß ihnen der Lohn für die Zeit, wo sie sich auf der Fortbildungsschule befinden, abgezogen wird. Es wurde ihnen versprochen, bei den nächsten Verhandlungen mit den Unternehmern darüber zu reden. Mit der Aufforderung, zur nächsten Versammlung mehr Teilnehmer mitzubringen, machte man Schluß.

Ein Krebschaden in unserem Organisationsleben.

Die Unwissenheit und Unklarheit über verschiedene Organisationsfragen zeitigten mitunter recht bedauerliche Erscheinungen. So hat z. B. die Erhebung der Ergänzungsbeiträge im vorigen Jahre und der Verlauf resp. der Abrechnung der diesjährigen Tarifbewegung bei manchen Kollegen den seit langem aufgespeicherten Groll ausgelöst. Dinge, die in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet sind oder im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise liegen, werden von diesen Kollegen ganz falsch be-

urteilt. Das schlimmste aber an der ganzen Sache ist, daß solche Kritiker nicht im Stande sind, das Persönliche vom Sächlichen zu unterscheiden. In allen Dingen, die für nicht so erbedlich lassen, wie es gerade die von falscher Voraussetzung ausgehenden Kollegen wünschen, sind bekanntlich stets die freigestellten Kollegen, die „Serren Gewerkschaftsbeamten“ schuld. Mander unliebbamer Auftritt in den Versammlungen, im Bureau und auf den Arbeitsplätzen hat sich schon aus diesem Grunde abgespielt. Die liebendsüchtigen Kollegen wie: Verräter, Lügengieb, Dummkopf usw. werden den betreffenden Kollegen an den Hals gehangen. Daß man sich auch bemüht, den im Bureau tätigen Kollegen hinterirrids die Ehre abzugeben, ihnen die häßlichen Dinge nachredet, hat der Schreibere dieser Zeilen erfahren müssen. Folgende zwei Beispiele mögen für die angeführten Behauptungen als Bezeugend dienen:

Im Herbst 1904 wurde im Verbandsbureau zu Leipzig gemeldet, daß auf einer Reparatur von einigen Kollegen überlebenden gearbeitet würden. Der Unterzeichnete erhielt den Auftrag, diese Angelegenheit zu untersuchen. Hierbei wurde festgestellt, daß tatsächlich überlebendenarbeit geleistet wurde, daß die betreffenden Kollegen also die bestehenden Veranlassungsbefehle verletzten. Obwohl die Kollegen auf die Folgen ihrer Handlungsmasse aufmerksam gemacht worden waren, ließen sie von ihrem verwerflichen Treiben nicht ab. In einer späteren Versammlung wurden sie deshalb ausgeschlossen. Während sich zwei der Ausgeschlossenen dabei beruhigten, fann der Mauer Knechtel im Jahre 1901 in Köhlmsühl ein Schandab Treibverbreitung gewiesen. Den Beweis für diese betrübträchtige Handlung gewaltigen Schritte natürlich nicht.

Nach ein-anderer Fall, der mit dem geschilderten in Zusammenhang steht und noch deutlicher den Charakter gewisser Leute beleuchtet, sei angeführt:

Im Juli 1907 war der Unterzeichnete beauftragt, in einer Verammlung der Leipziger Kollegen über die Erhebung des Ertragebeitrages zu referieren. Bei dieser Gelegenheit erlaubte sich einer von den oben genannten Kollegen den Widerspruch: „Bist Du nur stille, Du hast ja auch den Streibredner gemacht!“ Die an den Außerergangene Aufforderung, diesen Widerspruch vom Rednerpulte aus zu wiederholen oder sich zu melden, blieb ohne Erfolg. Im 1. Mai d. J. äußerte in einer gewissen Parteierstimmung ein Verbandsmitglied dem Unterzeichneten gegenüber: „Auf unserem Bau wird erzählt, Du sollst den Streibredner gemacht haben.“ Natürlich hielt es der Unterzeichnete für angebracht, die nötigen Richtigstellungen anzustellen. Es stellte sich heraus, daß der langjährige Parteigenosse und Verbandsmitglied Franz Gröde aus Aufseßburg der Verbreiter dieser verleumdenden Äußerung war. Im Auftrage des Zweigvereinsvorstandes wurde Gröde zu einer Sitzung am 6. Juni bestellt, um den Vorbesitz für seine Behauptungen zu erbringen. In dieser Vorstandssitzung erklärte Gröde: „Ich habe nicht gesagt, der Unterzeichnete hat den Streibredner gemacht, sondern er soll den Streibredner gemacht haben.“ (1) Zum Vorbesitz dafür berufe er (Gröde) sich auf die Behauptungen der Kollegen Ruchschke und Zeigig, mit denen er im Jahre 1904 gemeinsam gearbeitet habe. Trotzdem Gröde darauf aufmerksam gemacht wurde, daß diese Anschuldigung jeder tatsächlichen Unterlage entbehrt, hielt er seine Äußerungen aufrecht. In dieser Sitzung erzählte Gröde weiter, er habe sich damals — also 1904 — die Äußerungen von Ruchschke und Zeigig sofort aufgeschrieben. Er las auch aus dem Notizbuch diese angebliche Mitteilung von Ruchschke und Zeigig vor. Statt daß Gröde, wie es als Parteigenosse und Verbandsmitglied seine Pflicht gewesen wäre, an der richtigen Stelle auf die Sache hätte untersucht lassen, hat er seine Wissenschaf vier Jahre lang in dem stillen kalten seines Herzens resp. in seinem Notizbuch mit sich herumgetragen. Diese Handlung wirkt ja auch das richtige Licht auf den Charakter des Gröde. Dieser sowohl wie Ruchschke, der zu einer am 18. Juni stattgefundenen Sitzung geladen war, hielten ihre Behauptungen aufrecht, so daß der Unterzeichnete durch Anfröngung einer Privatklage versucht, diesen Verleumdungen Einhalt zu tun.

In einer am 19. September angestellten Verhandlung schritt natürlich Kufsche die erwähnte Beleidigung und erklärte: „Ich kann und will nicht behaupten, daß der Verurtheilte in Strohblöße den Streifbrecher gemacht hat.“ Da dem Unterzeichneten an einer Bestrafung nach § 186 des Strafgesetzbuches nichts lag, hatte sich die Ungelegenheit gegen Kufsche erledigt. In dieser Verhandlung war der betreffende Görde als Zeuge erschienen. Gegen ihn soll am 10. Oktober verhandelt werden. Um die Sache schneller zu erledigen und um unnötige Gerichtskosten zu sparen, schied der Unterzeichnete, auch die Ungelegenheit mit Görde zu erledigen, aber vergebens. Als Zeuge — in der Sache gegen Kufsche — erklärte Görde auf Befragen des Richters, Kufsche habe ihm niemals etwas davon gesagt, daß der Unterzeichnete den Streifbrecher gemacht habe. Man vergleiche nun die am 6. Juli aus dem Notizbuche vorgelesenen, in der Sitzung des Zweigvereins von diesem laut Protokoll gemachten Angaben Gördes mit seiner Aussage.

Den Gipfel der Niederträchtigkeit und Verlogenheit erreichen aber Görde damit, daß er sogar die Aussage, er habe sich niemals etwas von der Sache erzählt, schwören wollte; zu diesem Zweck hatten sich auch bereits die Richter sowie alle im Verhandlungsraum anwesenden Personen von den Plätzen erhoben. Nur meiner Rückständigkeit für seine Familie sowie auch dem Umstande, daß er „Parteigenosse“ und Verbandsmitglied ist, hat Görde es bedacht, daß ich auf Ablegung des Zeugeneides verzichten und daß Görde so vor einer Festsetzung wegen Meineides bewahrt bleibe. Bemerkte ich, daß der Untersuchende vorher noch nie etwas mit Görde zu tun gehabt habe, bemesseln also in keiner Weise zu tun gehabt zu sein, demnach durchaus nicht zu dieser schürfsichigen Handlungsweise veranlaßt hatte. Folglich ist die Handlungsweise „Massenbewußten“ Görde den anfangs angeführten Gründen aber der leider von manden Kollegen und Gewissen beliebigen Deutungen entgegen.

Wenn es nun mit Recht in den Kreisen der auf-
geklärten Arbeiter für eine Schande angesehen wird, von
Gegnern gelobt zu werden, so muß es mindestens für

eine Ehre gelten, von solchen tiefstehenden Leuten beleidigt zu werden. Von diesem Grundsatz ausgehend hat auch der Unterzeichnete die gegen Görke angestrebte Privatklage zurückgezogen.

Da der Kaiser Kuffschke seine Behauptung in der Gerichtsverhandlung zurückgenommen und der Verbandskollege Zeisig in einem Schreiben an den Zweigvereinsvorstand bestritten hat, so würde Äußerungen gethan zu haben, in denen eine Beleidigung des Unterzeichneten enthalten wäre, so gilt die Angelegenheit für mich für erledigt. Diese beiden Fälle beweisen aber, daß der Besse nicht in Frieden leben kann, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt.

Aber auch von einem anderen Gesichtspunkte aus muß diese Sache betrachtet werden, weil diese Einrichtungen für die weitere Entwicklung der Organisation geradezu gefährlich werden können. Wenn sich auch jeder in der Arbeiterbewegung stehende Kollege oder Genosse darüber klar sein muß, daß wenn er in die Öffentlichkeit tritt, in der Regel die Zahl seiner Gegner, Widersacher und persönlichen Feinde zunimmt, so hat er doch die Pflicht, sich zu wehren, wenn er in gewissen Fällen als Krellbohrer oder als Prügelknabe für die Dummheiten anderer benutzt werden soll. Es soll nun keineswegs gesagt sein, daß die Führer oder Angehörten nicht auch Fehler machen können — dagegen sind sie nicht gefeit. Aber für ihre Tätigkeit sowie für jede ihrer Handlungen haben sie auch die Verantwortung zu tragen, sie können den Kopf nicht so leicht aus der Schlinge ziehen, wie es den Selbststern und Neumalglungen möglich ist. Der Verband beisteigt Einrichtungen genug, wie Generalversammlungen der Zweigvereine, Konferenzen und Verbandstage, wo sich die in Amt und Würden stehenden Kollegen zu verantworten haben. Mit Eifer und Gemeinnützigkeit wird gerade bei so einer Gelegenheit das „Material“, das sich durch strenge — die Polsteigenschaft noch übertreffende — Beobachtung ergeben hat, vorgetragen. Die Organisation hat also genügend ausreichende Mittel, um sich die abzuschütteln, die gegen die Zutreffen der Kollegenhaft oder der Organisation verstoßen oder sich sonst so aufzuführen, wie sich nicht gehört. Es bedarf keineswegs dieser Kampfweise der Herren Kritiker, deren Vorgehen in 99 von 100 Fällen aus einem edlen Motiven entstanden ist.

Jeber ehrliche, aufrichtige Politiker und Gewerkschaftler
 merkt sofort die persönliche Verunglimpfung des Gegners.
 Nur den Herren Kritikalisten sowie auch den nach Art des
 Reichstagsvereins kämpfenden Organisationsgesellschaften
 bleibt es vorbehalten, diese schäbige Methode anzu-
 wenden. Hiergegen muß ganz energig Front gemacht
 werden; und muß diesen Schädlingen ganz gehörig
 auf den Kopf gelöst werden. Wo soll es hin-
 führen, wenn ein Vertrauensmann oder der Un-
 ternehmer des Verbandes in der Veranlassung und
 der Raubde, schließliche in der Gegenwart vom
 Arbeiter und Unternehmer nach allen Regeln der Kunst durch
 die Gasse gezogen wird und am anderen Tag vielleicht gar
 von denselben Leuten auf den Bau geholt wird, um Dis-
 ziplin zu schlichten oder die Arbeitskollegen gegen die
 schlechte, unmensliche Behandlung seitens der Unternehmer
 der Polizei zu schützen? Der Einfluß der Organisations-
 erterter muß ja unter solchen Umständen ganz und gar
 verschwinden! Daß dies aber nicht im Interesse der
 Arbeiter gelegen ist, dürfte jedem einsichtsvollen Menschen
 einleuchten. Gerade in der gegenwärtigen Situation mit
 ihren fortgesetzten Verleumdungen, die Arbeiterverbände zu
 schädigen, ist die größte Einheit in der Organisation von
 Nutzen.

Wenn alle vernünftig denkenden, Klassenbewußten Kollegen dies einsehen und den Organisationsfeinden nahelegen, doch die Konsequenzen ihres Verhaltens zu ziehen, so dürften bald die häufigsten Erscheinungen innerhalb der modernen Arbeiterbewegung beseitigt werden.

Richard Koch, Leipzig.

Zentralkrankenkasse.
(Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 27. September bis 3. Oktober sind folgende Beträge eingegangen: Von der dritten Verwallung Charlottenburg M. 1000, Breslau 500, Frankfurt a. d. Ober 400, Littenberg 200, Rienecken 400, Friedenau 300, Niederminde 200, Driem 250, Belsch 200, Halbe 200, Schweinitz a. d. Elster 200, Herzberg a. d. Elster 200, Jüterbog 200, Wandlitz 200, Ziebfeld 180, Groß-Lichterfelde 150, Geseke 150, Zehlig a. d. Elbe 150, Dresden 200, Rauen 130, Eilenburg 120, Jünker (Oberlathenreiß) 100, Jäma 100, Görlitz 100, Königin L. Thamus 100, Wäna 100, Launburg 100, Passenecke 100, Köbbel 100, Tetertow 100, Reipzig 100, Wittenberg 100, Gärstrow 100, Gerdorf 100, Jordan-Paradies 100, Wilsdorf 100, Münsburg 100, Alt-Damm 50, Schierlein 90, Summa M. 7330.

Zusätzlich erhielten: Berlin M. 3000, Steintin 500, Pantow 300, Lutzgart 300, Halle a. d. Saale 300, Roches 250, Jägnitz 200, Kirchpöbel 150, Neu-Langliew 100, Ruesche 100, Wefensleben 100, Kegin a. d. Havel 50, Randstift 50, Ober-Schönheide 50. Summa M. 5450.

Witona, den 4. Oktober 1908.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57

Dom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Wremen. In dem benachbarten Hemeilingen stürzte Freitag, den 2. Oktober, bei dem Bau der neuen Eisenbahnbrücke ein Arbeiter auf das Gerüst nieder, welches tragend in die Tiefe des Rheins und vier Maure, Gesangs, Schmers und Droy auf dem Gerüst und Gloy auf Aberggen, mit Hinarbeit. Die Verunglückten haben sich auf einen schweren Verletzungen erlitten. Angeblich hat er berichtet, daß die Verletzten gar keine Verletzungen auf der Anglistelle liegen blieben. Die Schule war am Freitag geschlossen worden. In Arbeiterreisen nicht man Schul. Vom Anglisten übermäßig Antrieben. durch

* Bauarbeiterschut in Alsfeld. Ein Mustereemplar
Baugerüst für Fassadenputz steht oder stand (wenn

es inwischen abgebrochen wurde) an einem Gebäude des „Gemeinnützigen Bauvereins“ zu Alsfeld in der Thiemannstraße. Die Konstruktion desselben zeigt große Mängel. Rüdellagen sind keine angebracht. Die Deckel sind meistens mit Drahtstiften angenagelt. Die Beieigungsleiter führt nicht zur Spitze, sondern nur zum dritten Gerüst, danach folgt zum nächsten eine innen aufgestellte freistehende Treppenleiter, das letzte Gerüst kann nur durch eine Unterzugsleine mittel-grobes Gewicht auf die turnerischen Stützen, ginnastische Übung erreicht werden. Der Talente ist ein Arbeiter zu legen und sie darin auszubilden zu wollen. Neben dieser Primittivität fehlt auch ein Schutz vor Fangerüst. Arbeitssicherheits- und Unfallverhütungsvorschriften sowie Baupolizeibestimmungen scheinen hier nicht erklären. Die Auftragsleitung ist nach demnässigen Regeln und große Reichhaltigkeit hat auch bereits zu einem Unfall geführt, der glücklicherweise, außer zwei gebrochenen Fingergliedern, keine weiteren Opfer forderte. Abgesehen von der Polier Still. Spottböck behaupten, daß das Verputzgerüst, jedenfalls eine Vorrichtung darstelle, die der nun einmal aktuell gewordenen Frage der Luftschiffahrt näher treten soll. Der Unterschied bestehe darin, daß die meisten Luftschiffer nach oben zu fliegen beabsichtigen, währenddem man hier offenbar nach unten strebe. Streiber dieser Zeiten hält dieses Vorkommen für viel zu ernst, werden werden hier die Gesundheit und die großen Glieder der Arbeiterschaft sehr gering eingeschätzt. Die auf dem Gerüst be-schäftigten Arbeiter sind verheiratet und haben Familie. In ihren Interessen sind sie interessiert und haben nur starke Arbeiter-Organisationen können die Interessen nur durch Einbindung der Baupolizeibestimmungen und die betreffenden Behörden zur Beförderung und gewissenhaften Kontrolle veranlassen. Bau-arbeiter Alsfelds und Umgebungs! Wehezeit! Diese Zeiten und erwarb endlich aus jahrelanger Leihgarnie. Siehen in

* **Submissionen.** Bei der Submission von Arbeiten zum **Steuernbau in Odaa (Aller-Raafelsburg)** hat man sich wieder eine gute Nummer zusammenfassiert. Es wurden folgende Ergebnisse festgestellt: **Kos 1. Manns- und Zimmermann = 49 404, St. Hammer-Dortmund = 54 811, Röhne & Co., Dortmund = 56 534, Flug- & Sohn = Hamburg = 57 886, Ludwig Lange-Hannover = 54 661, Otto Scheffer-Hamburg = 48 406, Ernst Meyer-Glin = 51 265, Dytchoff & Wittmann = Bremen = 53 689, Baumann & Co. = Hannover = 27 831, Theodor Möbus = Havelteuburg = 50 280, Hans Behn-Gamburg = 33 220, Friedrich-Jameln = 49 171, Jemkauas = A. G. = Hannover = 55 616, H. Beef = Hufum = 40 412, Schmeers = Hamburg = 25 512,50, Hugo Schmidt-Bromberg = 41 577, N. Hügan-Hannover = 27 946,80, Wiegels = Soltan = 38 876, Herm. Möllring = Hannover = 57 666,80, M. Laue & Widemeyer = Celle = 59 776, F. Sellmann = Celle = **70 279,95.** Die Befreiung der zu den Manns- und Zimmerarbeiten erforderlichen Aufwasse für in den Anseelen nicht mit zuzuhören.**

Los 2: Beton- und Mauerarbeiten (eingegangen sind 33 Angebote): Rudolf Wolff, Leipzig M. 36 695,50, Allg. Beton-Gesellschaft, Berlin M. 34 241, Ernst Meyer, Berlin M. 39 105, Beton- und Eisengießgesellschaft, Bielefeld M. 33 907, Alt.-Gef. von Beton- und Montierbau-Gesellschaft M. 34 470, Otto Stöffler, Hamburg M. 28 041, Breuninger und Endop, Braunschweig M. 25 742, Rudw. Gange, Hannover M. 30 885, Karl Brandt, Bielefeld M. 34 281, Dr. Walter, Celle M. 28 900,50, Hof, Braunschweig M. 34 182, Bentele, Celle M. 28 900,50, Nordmann, Bremen M. 23 362,25, Bieleger-Sollau M. 19 118, F. Heyer, Bad-Gelle M. 21 138, Paul Jähner, Bremen M. 21 998, Adolf Freiling, Celle M. 32 677,50, Hof, Schumann, Celle M. 21 566, Herrn. Wöhring, Hannover M. 23 470, Bauman-ger & Co., Berlin M. 27 906,50, Dähne, Hannover M. 15 782,50, Hinrichs-Gameln M. 21 725, Heintze und Lundscheide-Hannover M. 47 240, Hannesberg-Dorrmann M. 28 905, Hugo Schmidt, Bramberg M. 25 895, Köhne & Co., Bremen M. 24 914, Peter-Gutjahn M. 21 800, Jentsch-Bau-Ges., Hannover M. 23 136, Theodor Möbus-Charlottenburg M. 21 965, Bauman-geb & Co.-Hannover M. 19 812, Pöckerhoff, Wittmann-Hamburg M. 34 260, Hans Behn, Hamburg M. 30 467,50, Los 3: Holzarbeiten (eingegangen sind 13 Angebote): Los 3 mit diesem Los war die Lieferung der Baumaterialien

Bei der Vergebung der Arbeiten und Lieferungen der Materialien zum Neubau eines Kur- und Theatersaales in Bad Nenndorf kalkulierten bei Post 1 B. de Neuf-Hannover auf 13 265,81 und N. Fehling-Nenndorf auf M. 8494,05; bei Post 2 S. J. Ise jun. - Hannover auf M. 16 162,01 und N. Börsinghausen auf M. 11 411,56.

* *Schiefe Time* find nicht so selten, wie man annimmt. Westfalen haben Baumeister früherer Zeiten in manchen Städten schiefe Kirchthürme aufgeführt, die auf den Fremden das Eindrud machen, als ob sie den nächsten Sturm nicht überdauern könnten. So haben die reichsten Lanten (Landreißer Hamm) und Seelz eben anders schönen Helsen aus dem Mittelalter sich auch noch ihren schiefen Thurm wahren. Allerdings ist bei beiden nicht der ganze Bau tief, sondern nur der Helm. Der schiefe Thurm zu Kamen das eigentliche Wahrzeichen des Ortes, den eine alte historische Geographie mit folgendem schönen Vers in unser Weisheit kennzeichnet:

Nicht weit von Innra liegt das nahe Raman,
Es hat wie Pifa einen tiefen Turm;
Der Landmann streut in Frieden seinen Samen,
Die Seefee fliehet ruhig, selbst im Sturm.

Nach das dicht bei Ems gelegene Dorf Dausenau besitzt
einen tiefen Turm. Dieser Turm, ein stattlicher Rund-
bau von ansehnlicher Höhe, ist einer der Reste alter De-
fensionswerke, liegt auf der Ostseite des Dorfes, links
von nach Ems führenden Landstraße und beherrscht den
Umgegend. Er zeigt eine bedeutende Ausrichtung von

Aus anderen Berufen.

* Neue Konflikte im Ruhrkohlenbergbau? Die „Ergarbeiter-Zeitung“ schreibt in ihrer Nr. 40: „Wenn nicht alle Anzeichen trügen, drängen die Ruhr-Abenbesitzer nach einem Streik hin. Ihr Uebermut

lennt schon keine Grenzen mehr. Beamte und Arbeiter werden mit den schwarzen Listen beglückt, fortgesetzt werden Lohnreduktionen vorgenommen. Von den einzelnen Gruben berichtet man uns von prügeln den Beamten, hohen Strafen, schlechter Behandlung u. s. w. Es ist selbstverständlich, daß hierbei die Erregung der Bergarbeiter wächst. Kürzlich ging eine Notiz durch die Presse, in der behauptet wurde, daß die Werksbesitzer die schwarze Liste auch auf die Bureauangestellten ausgedehnt haben und daß ferner von einer Zentralstelle für die verschiedenen Arbeiterkategorien Maximallöhne festgesetzt werden. Wir können diese Notiz auf ihre Wahrheit hin nicht nachprüfen. Dagegen verfallen die Werksbesitzer auf Neuerungen, die bei den Ruhrbergleuten die vollste Enttäuschung hervorgerufen werden. Auf Bege, „Ruto“ wurden Wagen eingeführt, die die alten an Größe und Rauminhalt bedeutend überragen. Wie uns berichtet wird, sollen die neuen Wagen 15 Zentner Kohlen fassen, in die alten gehen 12½ Zentner. Erst sind die neuen Wagen vereinigt eingeführt worden, jetzt sind sie schon in beträchtlicher Zahl vorhanden. Mitgeteilt wurde, daß für die großen Wagen das Wagengedinge um 10 % erhöht werden soll, was nichts weniger bedeutet, als eine direkte Lohnkürzung. Wollen die Kameraden den Lohnausfall beden, dann heißt es schwerer schuften und die Sicherheitsvorschriften noch mehr vernachlässigen. Für die 75 Zentner Kohlen genügen jetzt fünf Wagen, während hierzu sechs alte gebraucht wurden. Das ist ein Nachteil von 70 % für das genannte Quantum, was für den Wagen bisher 1,20 gezahlt wurden. Diese Vernachlässigung wächst daher hinaus, je höher für den einzelnen Wagen das Gedinge steht. Und das trotz der Erhöhung des Gedinges um 10 % pro neuen Wagen! Nicht nur finanziellen Schäden haben die Bergarbeiter, nein, die Menschenwürde wird auf die höchste Spitze getrieben. In der Menschheit wird jähmählich Kaufhaus vollführt. Noch kürzlich hat der Reichstagsabgeordnete Bergart Gothein in der „Frankfurter Zeitung“ seine Bedenken gegen die schweren Wagen ausgedrückt. Er hat darauf hingewiesen, wie sich die Werte durch die Einführung schwerer Wagen auf Kosten der Kräfte und Gesundheit von Menschen und Pferden verschleppen und wie die Lebenserwartung sehr häufig zu dauernden Schädigungen der Arbeiter führt. Dazu kommen zahlreiche schlimme Finger- und Handverletzungen. Wir fragen: Sind die schweren Wagen nicht schon groß genug? Wer hat in früheren Jahren Wagen von solchen Dimensionen gekannt, wie sie jetzt zur Einführung gelangen und schon eingeführt sind? Beim Umsteigen der Steinwagen in die Freilege, bei Entleerungen von mit Kohlen und Steinen beladenen Wagen müssen sich die Lehrlinge und Schleiher nicht schon jetzt genug den „Stag“ fürs ganze Leben wegholen? Reichen sich die Bergarbeiter nicht schon zu genug Brüche zu, für die in den meisten Fällen von den Berufsgenossenschaften keine Entschädigung gezahlt wird? Wir können nicht begreifen, daß die Bergbehörde zuläßt, daß in solcher Weise die Bergarbeiterkraft und Gesundheit aufs Spiel gesetzt wird! Kann die Bergbehörde nicht die Einführung dieser großen Wagen verhindern? Schon einmal war die Einführung großer Wagen die Ursache zu einem Bergarbeiterstreik auf „Germania“. Die weiteren Folgen, wie die Ausbelebungen und Katastrophen, sind noch in trauriger Erinnerung, wie auch der berühmte Germania-Prozess. Können die Grubenbesitzer, ohne auch nur die geringsten Kosten zu zahlen, schalten und walten wie sie wollen? Ein solches Vorgehen muß als unerhörte Begehrtheit werden! Die Herzen sollten auch nicht vergessen, was vor dem großen Streik 1905 vor sich ging und was kam. Sie treiben es jetzt aber noch schlimmer als je vorher. Das wird sich noch bitter rächen! Mehr noch. Auf derselben Grube sollen für die Kohlenförderung nicht mehr wie bisher 10 Stunden, sondern nur 12 Stunden vermerkt werden. Den Tagearbeitern, die bisher 8 Stunden arbeiteten, ist das Anerbieten gemacht worden, von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends zu arbeiten. Sie sollen mit einer Lohnreduktion — wie gesagt wird, mit 50 % — dafür entschädigt werden. Es soll eine sogenannte Galoppförderung eingeführt werden, da von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens der Grube gefüllt werden. Mit riesiger Schnelligkeit kann dann die Förderung am anderen Morgen beginnen. Auch dieses System, das zwar der Bege Kosten erspart, aber die Sicherheit nicht erhöht, muß zur Vernichtung der Arbeiter führen. Wir warnen dringend, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben. Die Geduld muß sich nicht erschöpfen.

Es scheint sich also das alte Spiel der Kohlenmagnaten zu wiederholen, daß man die Bergarbeiter mit kalter Berechnung zur Verzweiflung treibt, um auf dem folgenden Abend die Willkürherrschaft der Rechenwerkaltungen noch zu befestigen und die Profite zu steigern.

F. G. K. Der französische Gewerkschaftskongress. Paris, 24. September. Vom 5. bis 10. Oktober wird in Marseille der 16. französische Gewerkschaftskongress stattfinden. Die Tagesordnung enthält außer den üblichen Reden folgende Punkte: 1. Antimilitarismus (Stellung der Arbeiterklasse im Kriegsfalle); 2. Vertiefung der Arbeitszeit; 3. Staatliche Unfallversicherung; 4. Die Ausbelebungen und die dagegen anzuwendenden Mittel. Weniger sei, daß diese Tagesordnung das Resultat einer Abstimmung der Gewerkschaftszentralen und der Arbeitsböden (Gewerkschaftskartelle) ist. Es ist interessant, festzustellen, daß von den verschiedenen Anträgen, unter welchen vier auszuwählen waren, die „Sabotage“ nur eine Stimme und der „entscheidende Generalstreik“ nur 15 Stimmen erhielt.

Der Kongress wird unter ganz außerordentlichen, ja unerhörten Umständen stattfinden, da die Leiter der Konföderation der Gewerkschaften, Griffuelhes, Generalsekretär, Bouget, Nebastien des Zentralorgans, mit einer Reihe anderer Gewerkschaftsführer in Untersuchungshaft sitzen und ein Teil der Gewerkschaftsleitung ist, so daß der Kongress durch vorliegende Redaktionsberichte nur unvollkommen und verläßt erscheinen konnte. Die Regierung, die mit dem Kleinprolet, den sie gegen die Gewerkschaftsführer aus Anlaß des Demonstrationstreiks vom 30. Juli, bei dem es zu einer blutigen Schießerei kam, einen Schlag gegen den revolutionären Syndikalismus zu führen meint, leiht ihm in Wahrheit einen großen Dienst. Durch die gerichtliche Verfolgung der Gewerk-

schaftsführer ist der Streik im gewerkschaftlichen Lager eine große Fehle ausgelegt, während die Vorführung des revolutionären Kampfes sich auf die Spitze des Gloriosen gestärkt. Unter diesen Umständen dürfte es durchaus nicht in Marseille kaum zu heftigen Kämpfen zwischen den verschiedenen Richtungen kommen, die seit 15 Jahren um die Vorherrschaft kämpfen. Das hat das Gute, daß die Diskussionen häufiger mehr verfließen, anstatt in gegenseitige Beschuldigungen und Vermutungen auszuarten. Die revolutionäre, anarchische Richtung wird jedoch unbestritten den Vorrang behaupten. Das hindert nicht, daß sie, wenn auch noch uneingestanden, ihre Taktik wesentlich geändert hat und noch ändern wird. Die Sabotage als Kampfmittel ist heute so gut wie abgetan. Verschwunden ist auch die Illusion, daß man ohne starke Organisation mit einem aus dem Kernel geschalteten Generalkrieg die Gesellschaft umformen könne. Wenn auf der einen Seite der Übergrabe der Reformisten in die Wanderschaft des Parlamentarismus starke Einbuße erlitten hat, so ist auch die abgegränzte antiparlamentarische Richtung im Schwund begriffen. Die Zukunft der französischen Gewerkschaften liegt nicht in der Bildung der gegenwärtig herrschenden Syndikalistischen Richtung durch eine andere, sondern in der Verwirklichung der verschiedenen Richtungen zu einer klaren und zielbewußten Methode. Diese Verwirklichung, die schon sichtbare Ansätze gezeigt hat, wird freilich nur langsam und nicht ohne heftige Kämpfe vor sich gehen.

Der vorliegende Redaktionsbericht gibt zunächst einen zwar langen, aber immer noch unvollständigen Überblick über die Kämpfe, die die Einzelgewerkschaften während der verflochtenen zwei Jahre gegen die Gewerkschaften geführt hat und die u. a. die Verwirklichung einer Reihe von Gewerkschaftsführern zu längeren Freiheitsstrafen zur Folge hatten. Der erste große Prozeß gegen das Komitee der Konföderation endete allerdings mit der Freisprechung sämtlicher Angeklagten, während der zweite Prozeß gegen das Komitee im Stadium der Voruntersuchung ist. Wenigstens die internationalen Beziehungen werden durch die Vorgänge rekapituliert, die wohl nicht zum Ausruhen aus dem internationalen Sekretariat, aber zum Abbruch aller tatsächlichen Beziehungen führten. Wegen der Wegerung, auf die Tagesordnung der internationalen Konferenzen den Antimilitarismus, den Generalkrieg und den Achtstundentag zu setzen, entfaltete sich die Konföderation gegen Delegation und tatsächlichen Mitarbeit, zahlte jedoch weiter die Beiträge an das Sekretariat. Der Kongress von Marseille wird über die weiteren Beziehungen zu entscheiden haben.

In der Vorberichtsperiode stieg die Zahl der konföderierten Gewerkschaften von 2435 auf 2586 und die Zahl der Mitglieder von 203.873 auf 294.398. Diese Zahlen, soweit sie die Mitglieder betreffen, bleiben jedoch weit hinter der Wirklichkeit zurück, da sie auf Grund der an die Konföderation von den Gewerkschaften geleisteten Beiträge berechnet sind. So führt der Verband der Eisenbahner nur für 45.590 Mitglieder Beiträge ab, während sein tatsächlicher Mitgliederstand 51.000 beträgt. Ähnlich liegt es bei den meisten Gewerkschaften; bei einzelnen ist die Differenz noch erheblich größer. Von den angeschlossenen Gewerkschaften führen wir noch den Verband der Bauarbeiter an, der mit 336 Zweigvereinen und 40.000 Mitgliedern verzeichnet ist. Die effektive Mitgliederzahl dürfte um etwa 10.000 höher sein.

Im ganzen dürfte die Mitgliederzahl der angeschlossenen Gewerkschaften 350.000 bis 400.000 betragen; sie ist, abgesehen vom Beitritt des Bergarbeiterverbandes, um etwa 50.000 bis 60.000 während der letzten zwei Jahre gestiegen. Diese geringe Steigerung ist einestheils auf den Rückgang der „Kampfbewegung“ vom 1. Mai 1906, andererseits auf die starke wirtschaftliche Krise zurückzuführen. Die Steigerung beschränkt sich auch nur auf einige Gewerkschaften, vornehmlich auf den Bauarbeiterverband, der nach der Verwirklichung der verschiedenen Verifikationsorganisationen zu einem Industrierverband seine Mitgliederzahl ganz bedeutend gesteigert hat.

Die Nettoeinnahmen der Konföderation betrugen Frs. 24.719, die Ausgaben Frs. 23.534. Die Einnahmen aus den Beiträgen allein (Fr. 4,40 pro 1000 Mitglieder und pro Jahr) betrugen Frs. 22.237. Dem Verbands der Arbeitsböden fielen 157 Gewerkschaftskartelle mit 2028 Zweigvereinen (gegen 185 Kartelle mit 1609 Zweigvereinen vor zwei Jahren) angeschlossen.

*** Die Gewerkschaftsbewegung in Petersburg.** Das Zentralbureau der Petersburger Gewerkschaften veröffentlichte dieser Tage folgende Angaben über den Stand der Petersburger Gewerkschaftsbewegung zum 1. Juli d. S.:

Verband	Zeitpunkt der amtlichen Eintragung	Mitglieder		Ressourcen	Stellen
		nominiert	gekauft		
Metallarbeiter	15. 5. 07	10000	4645	1715	16926
Holzarbeiter	15. 6. 07	1300	422	190	489
Gold- und Silberarbeiter	1. 5. 07	480	346	314	904
Bäder	28. 8. 07	1096	505	480	703
Kartonnagenarbeiter	22. 5. 07	518	387	128	1217
Lebendarbeiter	13. 11. 07	200	166	79	296
Büchler	14. 8. 07	300	100	50	200
Büchsenarbeiter	10. 4. 07	300	50	—	—
Zuckerbäcker	12. 5. 07	300	100	—	188
Kontrollanten	17. 4. 07	565	100	65	1200
Marmorarbeiter	15. 5. 07	157	60	40	107
Zimmerer	8. 1. 08	2087	517	305	677
Räder	17. 4. 07	400	300	90	1010
Handlungsgehilfen	15. 7. 07	800	200	100	458
Schuhmacher	24. 7. 07	150	20	10	—
Schmiede	13. 2. 07	150	80	40	225
Gläser	18. 6. 08	175	100	40	90
Tabakarbeiter	8. 5. 07	400	20	10	386
Leinwand	10. 4. 07	300	50	20	—
Textilarbeiter	15. 7. 07	2000	1200	300	907
Photographen	18. 8. 07	375	50	12	—
Brotbacker	28. 8. 07	300	112	50	280
Druckereiarbeiter	15. 5. 07	200	50	15	—
Zeichner	24. 7. 07	390	86	40	1458
Equipagenarbeiter	24. 7. 07	805	200	80	245
Im ganzen...		23158	9956	4178	27916

Von insgesamt 42 Verbänden, die amtlich registriert sind, entfallen also bloß 25 gründliche Tätigkeiten, und von

diesen sind es nur zwei oder drei (Metallarbeiter, Textilarbeiter und Zimmererverband). Im Vergleich mit dem Vorjahre bedeutet das einen enormen Rückgang. Im Frühjahr 1907 zählte die Organisationskommission für die Einberufung des Gewerkschaftskongresses 35 Gewerkschaften mit 48.801 Mitgliedern, die Eintrittsbeiträge geleistet hatten. Der Klassenstand betrug damals 27.884 Rubel, d. h. genau so viel wie jetzt. Bei der Beurteilung dieser Tatsache muß aber in Betracht gezogen werden, daß die jungen unentwickelten Gewerkschaften während dieses Zeitraumes Verfolgungen zu überleben hatten, wie sie in keinem anderen Lande in solchem Umfange je zu verzeichnen waren. Gewiß, auch die Gleichgültigkeit der breiten Massen hat auf die Gewerkschaftsbewegung hemmend eingewirkt. Diese Gleichgültigkeit ist aber bloß eine natürliche Folge der Tatsache, daß die Gewerkschaften in Russland außerhalb des Gesetzes stehen und der Willkür jedes Revolutionsführers ausgeliefert sind. Wer das Wachsthum der russischen Gewerkschaftsbewegung kennt, muß staunen, daß die vorgezeichneten Elemente der Arbeiterklasse sich ungeachtet aller Hemmnisse ihre Organisationen, wenn auch nur zum Teil erhalten haben.

Der englische Gewerkschaftskongress.

Der 41. Jahreskongress der britischen Gewerkschaften hat in der Zeit vom 7. bis 12. September in Nottingham stattgefunden. 17000 Arbeiter und Arbeiterinnen waren durch 518 Delegierte vertreten. Der Berichterstatter des „Correspondenzblatt“ sagt:

Vom rein gewerkschaftlichen Standpunkt aus betrachtet können die Verhandlungen des Kongresses nicht als befriedigend angesehen werden. Der britischen Arbeiterklasse fehlt bis heute eine Institution, wo die wirtschaftlichen Fragen vom allgemeinen Gesichtspunkt aus betrachtet werden können. Der Gewerkschaftskongress ist in hervorragender Weise eine politische Institution ohne ausführende Exekutive, wo man über politische Tagesfragen bestimmte Meinungen ausspricht. Die politische Macht der britischen Arbeiterklasse liegt aber heute nicht mehr beim Gewerkschaftskongress, sondern bei der politischen Arbeiterpartei, und so ist der Gewerkschaftskongress, wenigstens in seiner jetzigen Form, tatsächlich überflüssig. Dieser Gedanke ist jedoch bis heute noch nicht zur greifbaren Gestalt gereift, wie eine diesbezügliche Debatte auf dem Kongress bewies. Vom Verband der Bauarbeiter war folgende Resolution zur Tagesordnung gestellt worden:

„Der Kongress bedauert die Verschwendung an Zeit und Geld, daraus entstehend, daß drei verschiedene Jahreskonferenzen der organisierten Arbeiterklasse stattfinden. Das parlamentarische Komitee wird beauftragt, mit der Arbeiterpartei und der Föderation der Gewerkschaften in Verbindung zu treten, um gemeinschaftlich über die Möglichkeit zu beraten, die drei Körperlichkeiten zu verschmelzen.“

Sagte Resolution fand nicht den geringsten Anklang. Und wie wenig die Mitglieder über diese Frage gefaßt sind, beweisen die Äußerungen eines Delegierten, der meinte, daß die Arbeiterklasse nicht nur eine politische Einmündung haben müsse (die Arbeiterpartei), um sich über die politischen Tagesfragen zu verständigen, sondern auch eine Einrichtung zur Beherrschung rein gewerkschaftlicher Fragen. Diese Ansicht ist ohne Zweifel recht gesund, doch leider ist der Kongress in seiner jetzigen Fassung nicht der Ort, um sich über die theoretische und praktische Frage des wirtschaftlichen Kampfes zu verständigen. Ueberhaupt fehlt der britischen Gewerkschaftsbewegung bis heute ein wirtschaftlicher Bund geistiger Zusammengehörigkeit; Fragen über eine allgemeine gewerkschaftliche Taktik sind hier etwas Unbekanntes.

Die Ersetzung einer politischen Arbeiterpartei mit einer kontrollierbaren wie verantwortlichen Vertretung im Parlament, welche das öffentliche Leben des Landes gründlich revolutionierte, ist zwar ein erhellendes Zeichen, sie kann aber über die eben erwähnten Zustände nicht hinwegtäuschen. Die britische Arbeiterklasse befindet sich in einer Periode geistiger Mangelhaftigkeit auf politischem wie auch auf wirtschaftlichem Gebiete. Der Gedanke, daß die ökonomischen Organisationen an der Grenze des Erreichbaren angelangt und daß nur noch eine parlamentarische Aktion von Nutzen sei, hat fernerherweise in weiten Kreisen Eingang gefunden. Und doch ist gerade dieses eine der irrtümlichsten Auffassungen, die man sich denken kann. Wohl ermannt man sich, daß die modernen Gewerkschaftsbewegungen aus zielbewussten politischen Kampfe mannigfache und wichtige Aufgaben, aber der politische Kampf kann die gewerkschaftliche Tätigkeit nicht überflüssig machen. Die britische Gewerkschaftsbewegung hat sich in der Vergangenheit nicht von Allgemeininteressen leiten lassen, eine engherzige Kampfpolitik war das Ziel jeder einzelnen Gewerkschaft. Auf die wirtschaftliche Konstellation des Landes ist diese Politik nicht ohne üble Folgen geblieben. Wenn dem nicht so ist, so ist es unbegreiflich, warum England heute auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung von anderen Staaten in mancher Beziehung überholt worden ist. Auf dem Gebiete der staatlichen Arbeitervertretung war bis vor einigen Monaten noch nichts geleistet worden, erst das neue Unfallversicherungsgesetz und Altersversicherungsgesetz haben hier Wege geschaffen. Das Problem der Arbeitslosigkeit ist sicherlich eine Wegleitererscheinung jeglicher kapitalistischer Wirtschaftsentwicklung, aber es ist für jeden Kenner des englischen Lebens klar: die Frage der Arbeitslosigkeit ist nirgendwo brennender als gerade in England, dem klassischen Lande moderner Gewerkschaftsbewegung. Eine rationale kommunale Arbeitspolitik ist bis heute noch unbekannt. Städtische Arbeitslosenunterstützungen, Arbeitsnachweise usw. kennt man bis heute noch nicht. Will man den wahren Grund kennen lernen, warum England heute das vornehmste Land für den Export von Streikbrecherkolonnen ist, so muß man mit diesen Punkten seine Studien beginnen.

Der Präsident des Kongresses, Chadleton, wies besonders auf die augenblicklich herrschende wirtschaftliche Krise hin, durch welche die Arbeitslosigkeit unermessliche Dimensionen annehme, und es sei eine der ersten Aufgaben des Staates, hier Hand an Werk zu legen. Die Verkürzung der Arbeitszeit, meinte Redner, sei das beste Mittel, um der Arbeitslosigkeit entgegenzuarbeiten. „Aber

dieses kann nicht bloß vom nationalen Standpunkt aus betrachtet werden, es ist eine internationale Frage. Deutschland, Frankreich und einige andere kontinentale Länder haben in den letzten 20 Jahren auf wirtschaftlichem Gebiete bedeutende Fortschritte zu verzeichnen gehabt, aber in den großen Industrien arbeiten wir immer noch weniger Stunden als die Arbeiter jener Staaten, und ich hoffe, daß durch die verschiedenen internationalen Gewerkschaftsföderationen größere Fortschritte auf diesem Gebiete gemacht werden. Im weiteren Verlauf seiner Rede unterstützte Redner die liberale Regierung, welche es bis jetzt nicht für nötig gehalten habe, radikale Maßnahmen zu ergreifen, um das durch die herrschende Arbeitslosigkeit hervorgerufene Elend zu beseitigen. Der Redner forderte die Regierung auf, eine internationale Konferenz nach London einzuberufen zur Vespredung der Maßregeln, die zum Schutze der Arbeiterklasse auf internationaler Basis ergriffen werden können.

Der Kongreß erhob scharfen Protest gegen den Bestand der Engländer als Streikbrecher, nach den verschiedenen kontinentalen Ländern, in denen sich gerade die Arbeiter im Kampfe für bessere Arbeitsbedingungen befinden. Eine Resolution, welche vom parlamentarischen Komitee vorgelegt wurde, verlangte, daß diesem unwürdigen Zustand auf geistlichem Wege ein Ende gemacht werde. Mr. Sexton von den Eisenarbeitern wies auf den „bedauernswürdigen Zustand“ der Hamburgen und schwedischen Streiks hin, wo viele Engländer hinarbeiteten wurden, um die Klagen der streikenden Arbeiter zu überhören. Redner führte an, daß, wo immer heute ein Streik ausbräche, England das Rekrutierfeld für Streikbrecher sei. Andererseits habe der Kontinent in den letzten zehn Jahren keine Streikbrecher nach England geliefert. Das Ansehen der britischen Gewerkschaftsbewegung sei bedeutend gesunken. Auch General Wilson von den Seelenen protestierte gegen diesen unwürdigen Zustand. Früher habe man den britischen Gewerkschaftler auf dem Kontinent mit Achtung und Verehrung angesehen, heute sei das alles anders.

Mit 921 000 gegen 559 000 Stimmen wurde eine Resolution beschlossen, wonach die Regierung aufgefordert wird, Staatszuschüsse an solche Gewerkschaften zu gewähren, die ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung zahlen. Beipflichtet wurde dieser Antrag mit der Einrede, es sei eine Verdröblung der parlamentarischen Arbeit, wenn die Vertreter der Arbeiterklasse ihre Kräfte zur Erreichung von Almosen für die Gewerkschaften einsetzten. Weiter wurde ausgeführt, daß Mittel, wie sie in der Resolution vorgeschlagen werden, eine wirkliche Lösung der Arbeitslosenfrage verhindern. Trotzdem wurde die Resolution beipflichtet. Eine andere Resolution verlangte, daß die obligatorische staatliche Arbeiterversicherung eingeführt werde. Abgelehnt wurde eine Resolution, die das Arbeitsamt mit Nachmitteln ausstatten wollte, um bei Streiks zwangsweise Schlichtungsversuche anzustellen zu können, wenn eine Resolution angenommen, die das sogenannte „Prämien-system“ auf das schärfste verurteilt: Das Prämien-system sei ein Mittel der größten Elendtreiberei. Diejenigen Firmen, welche dieses Mittel anwenden, stellen eine Person ein, deren Arbeit darin besteht, herauszufinden, wie lange Zeit ein bestimmtes Stück Arbeit in Anspruch nimmt, wonach dann der Zeitbauer eines bestimmten Arbeitsproduktes fixiert wird. Gesetzt den Fall, daß zur Fertigstellung eines bestimmten Stückes Arbeit 8 Stunden nötig sind, und ein Arbeiter diese Arbeit in 4 Stunden liefern kann, so wird ihm vom Unternehmer ein Teil der „erwarteten Arbeitszeit“ vergütet, d. h. er erhält eine Prämie von 1. — Schließlich wurde ein Antrag mit 791 000 gegen 685 000 Stimmen beworfen, der die Frauenarbeit verboten wissen wollte. Einstimmig wurde dagegen ein stärkerer Arbeiterschutz in Fabriken gefordert.

Gewerkschaftskongress in Italien.

In der zweiten Septemberwoche haben die italienischen Gewerkschaften ihren Kongreß in Modena abgehalten. Eine Einheit in der Arbeiterbewegung besteht in Italien ebenso wenig wie in Deutschland und anderen Ländern. In Italien kommen vornehmlich zwei Richtungen in Betracht: die „Confederazioni generali del Lavoro“ (Zentralverbände mit einer Generalkommission) und „Camera del Lavoro“ (lokalistische Arbeitskammern, sogenannte Subfissionen). Nach dem Bericht der Confederationen gehören 806 950 organisierte Arbeiter den Zentralverbänden an, während in 92 Arbeitskammern insgesamt, einschließlich der Zentralverbände, 546 500 Mitglieder gezählt wurden. Der Kongreß war von der Confederation beauftragt, und es waren nur die Organisationen zugelassen, die sich vor dem 30. Juni d. J. angeschloffen hatten und die ihrer Beitragspflicht an die Zentrale vollständig genügt hatten. Es waren 1062 Vereine mit 216 849 Mitgliedern durch 380 Delegierte vertreten.

Der Kongreß hat die Faltung der Führer der Confederationen aufgegeben und die fortwährenden Verdröblungen der Subfissionen und „Generalstreiks“ zu inszenieren, verurteilt. Ferner hat der Kongreß an alle der Confederationen angeschlossenen Verbände die Aufforderung gerichtet, ihre Beiträge zu erhöhen, daß die Verbandsstellen den Bedürfnissen der Mitglieder entsprechen. Die sofortige Anrufung der Solidarität aller Arbeiter, worin die Subfissionen Meister sind, soll nicht mehr gelten werden. Auftrug zur Unterstützung von Streiks soll nur dann Folge gegeben werden, wenn sie von der Confederation ausgehen. Die Vermittlung der Confederationen, um zu Gunsten eines Streiks finanzielle Unterstützung von den Arbeiterorganisationen zu erhalten, muß durch die direkt interessierte Landesorganisation beantragt werden. Die Confederationen ist verpflichtet, die Frage zur zu behandeln, wenn es scheint, daß die Streikenden organisiert und die Organisationen der Konföderation angeschloffen sind. Ist keine Landesorganisation vorhanden, so muß die Verantwortung von der in der Umgebung befindlichen Camera del lavoro, wo der Streik ausgebrochen ist, ausgehen. Die Confederationen muß, sie die der Bitte Folge leisten, sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln vergewissern, daß der verlangte Akt der Solidarität entweder den besonderen Interessen der streikenden Arbeiterklasse oder den allgemeinen Interessen des Proletariats entspricht.

Schließlich macht es der Kongreß den Organisationen zur Pflicht, daß sich die der Confederationen angeschlossenen Gewerkschaften und Arbeitskammern, die lokal- und nationalorganisierten

Arbeitergruppen nicht in Bewegungen lokaler und nationaler Natur einlassen, um alle oder die Mehrzahl der Arbeiter, aus denen sie zusammengefaßt sind, zu etwas zu verpflichten, ohne vorher die Zustimmung der Confederationen eingeholen. Organisationen, die diesen Regeln nicht nachkommen, würden das Anrecht auf die Solidaritätsunterstützung von Seiten der Bruderorganisationen verlieren; ausgenommen hierin sind Abwehrstreiks, Kämpfe, um Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zu verhindern oder zur Verteidigung der Existenz der Organisation. Die Notwendigkeit einer solchen sofortigen Streikerklärung wird dann später durch die Confederationen festgestellt.

Ueber das Verhältnis zwischen der „Allgemeinen Arbeitskonföderation“ und den politischen Parteien hat der Kongreß von Modena den Gedanken von neuem und präziser zum Ausdruck gebracht, der in den Statuten der Konföderation enthalten ist und folgendes befragt: Ausdrückliche Betonung der politischen Neutralität der Gewerkschaftsorganisationen, ihres Charakters als Berufsvereinigungen (wobei absoluten Unabhängigkeit von jeder politischen Partei, einschließlich der sozialistischen, ferner die Betonung der Notwendigkeit, von Fall zu Fall mit der sozialistischen wie auch anderen völkerefreundlichen Parteien abzusprechen, um Vorteile auf sozialpolitischem Gebiete zu erobern.

Ferner hat der Kongreß die Revision der sozialen Gesetze über die Unfallversicherung beantragt, ebenso die obligatorische Altersversicherung für alle Arbeiter zu einer Jahrespension von 360 Lire, die den Männern nach dem vollendeten 60. Jahre ausbezahlt werden soll, und den Frauen nach dem 55. Jahre; die Versicherungsprämien hierfür wären zu zahlen aus zwei Fünfteln vom Arbeiter, zwei Fünfteln vom Arbeitgeber, ein Fünftel vom Staat. Beauftragt wurde ferner, daß vom Staat Bestreuer geleistet werden sollen für die Stillgestellten für frante Arbeiter, aus Staatsbestreuer nach dem Center System für die Klassen der Gewerkschaften zur Unterstützung der Arbeitslosen.

Die hauptsächlichsten Organisationen, ihre Mitgliederzahlen und Einnahmen und Ausgaben, sind in nachstehender Tabelle aufgeführt:

Organisationen der Industriearbeiter	Stimmen	Mitglieder	Einnahme	Ausgabe
Metallarbeiter	89	15705	38215	37256
Goldschmiede	17	1405	—	—
Maschinen	5	561	—	—
Chem. Industrien	27	4546	3790	3360
Textilien	80	1737	4500	4000
Glaserarbeiter	6	940	3444	1426
Glasbläser und Tafelglas-macher	11	149	18761	4418
Italienische Glaswarenherst.	21	3170	47989	44645
Glas-Flüßarbeiter	13	1089	1071	1050
Bauhandwerker	474	48877	133775	131460
Holzarbeiter	68	3135	6200	6785
Buchbinderarbeiter	70	12751	38776	21611
Bürographen	10	1077	15387	10652
Textilmaschinen	93	12079	28156	22267
Feilarbeiter	16	1809	—	—
Schneidmacher und verwandte Gewerbe	78	3148	3397	2994
Stummacher	36	5896	17533	13715
Brodbäcker	103	8136	8285	8201
Frankenwäher	58	3288	4000	4000
Hotelangestellte u. Bedienung	22	5052	—	—
Eisenbahner-Symbiol	1251	40000	200384	151697
Staatsarbeiter	63	17478	16000	12000
Insgesamt	2550	191599	568362	480526

Die Landesorganisation der Feilarbeiter zählt 108191 Mitglieder.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

Von den Gewerbe- und Arbeitergerichten. Das Vertrauen der Arbeiter zu der Einrichtung der Gewerbe- und Arbeitergerichte würde bald schwere Stöße erleiden, wenn sich solche Fälle wie der in Nr. 40 mitgeteilte Fall vom Dornoff und der Gewerbe-gericht oder wie der, über den wir heute von Düsseldorf berichten, zu berichten haben, nach mehr ereignen sollten. Ueber die Rechtspflege in Düsseldorf lassen wir zunächst die Tatsachen reden.

Die Firma Jensen von Düsseldorf führte im benachbarten Venrath 13 Neubauten auf. Bei der Einstellung erklärte sie den Arbeitern, daß sie den höchsten in Venrath üblichen Lohn, 56 $\frac{1}{2}$ für Maurer und 45 bis 46 $\frac{1}{2}$ für Bauhilfsarbeiter, zähle. Am 1. Juli wurde der Lohn in Venrath durch Tarifvertrag für Maurer auf 60 $\frac{1}{2}$ und für Bauhilfsarbeiter auf 50 $\frac{1}{2}$ erhöht. Jensen, der Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist, gab bei der ersten Lohnung, am 3. Juli, den tariflich festgelegten Lohn aber nicht auf Veranlassung der Schlichtungskommission für den Tarifvertrag des Bauhilfsarbeiterverbandes Jensen auf, den tarifmäßigen Lohn zu zahlen, sondern erklärte, daß Jensen sich jedoch hieran nicht, worauf sämtliche Maurer und Bauarbeiter am 9. Juli die Arbeit niederlegten.

Da nach der allgemeinen Rechtsauffassung Tarifverträge für die Unternehmer, die der Organisation angehören, mit denen der Vertrag geschlossen ist, bindend sind — auch der kürzlich stattgefundene Tarifvertrag hat sich auf diesen Standpunkt gestellt —, so lagten die Maurer Dornoff und Höfermann vor dem Düsseldorfer Gewerbe-gericht gegen Jensen auf Zahlung von 60 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn vom 1. Juli an. Jensen ließ durch seinen Vertreter am Gewerbe-gericht zu dem Sachverhalt erklären, er habe die Arbeit bereits im Monat März übernommen und habe mit einem Stundenlohn von 56 $\frac{1}{2}$ für Maurer gerechnet. Den Maurern sei bei Aufnahme der Arbeit, es war dies in den Monaten April, Mai und Juni, gesagt worden, daß sie, die Maurer, den höchsten Stundenlohn von 56 $\frac{1}{2}$ erhalten sollten, womit die Kläger einverstanden gewesen seien und die Arbeit angenommen hätten. Da die Firma die Arbeit bereits im Monat März übernommen habe, so sei es ihr unmöglich, 60 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn zu zahlen. Vom Vertreter der Kläger wurde dem entgegengehalten, daß es selbstver-

ständlich sei, daß die Kläger die Arbeit für einen Stundenlohn von 56 $\frac{1}{2}$ aufgenommen hätten, da der Lohn zur Zeit der Arbeitsaufnahme ja auch nicht höher gewesen sei, da jedoch der Lohn am 1. Juli auf 60 $\frac{1}{2}$ erhöht wurde, so mußten auch die Kläger, wenn sie vorher den höchsten Lohn erhielten, doch nun auch wenigstens den tariflich festgelegten Mindestlohn erhalten, zumal die Firma Mitglied des Arbeitgeberverbandes sei. Die Klage wurde schließlich abgewiesen. Die merkwürdige Begründung des Gewerbe-gerichts lautet so:

Es war, wie gesehen, zu erkennen. Zugegeben, daß nach einem von Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Baugewerbes am 17. Mai d. J. in Essen gefaßten Beschlusse, an Maurer hier am Tage und in nächster Umgebung, wozu auch Venrath gehört, 60 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zu zahlen sind, auch daß Beschlusse auf dieser Arbeitgebervereinigung beruht, ist für den vorliegenden Fall daran festzuhalten, daß es sich um Zahlung für eine Arbeit handelt, die Ende März d. J. schon zu einem bestimmten Tagelohn abbezogen worden. Eine solche, im vollen Einverständnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer für eine bestimmte Arbeit zu stande gekommene Vereinbarung kann eine Veränderung nicht erfahren durch Beschluß einer Organisation, die für fragliche Arbeit andere Lohnsätze einführt, es sei denn, daß ausgesprochen worden, daß die Preisfestsetzungen rückwirkende Kraft haben sollten.

Dies haben Kläger betreffs Essener Vertrages aber nicht einmal behauptet. Die Klagen waren daher gänzlich unbegründet und kostenfällig abzuweisen. (gez.) Neureuburg.

Herr Neureuburg ist, wie wir hören, kein Jurist, sondern ein Zivilingenieur, ein früherer Angestellter eines großen industriellen Werkes, er betreibt diese Sorte Rechtspflege im Nebenamt. Er kann von sich behaupten, daß er sich in seiner formalistischen Anwendung des Buchstabenrechts durch nichts stören läßt. Die ganze Tarifpolitik der letzten zehn Jahre, die das Wesen des Arbeitsvertrages so tiefgreifend geändert hat, besteht für ihn nicht. Die juristischen Probleme, die daraus erwachsen, an deren Lösung sich unsere ersten Rechtsgelehrten mühen, sind für ihn nicht vorhanden. Der Vertrag im Baugewerbe, mit seiner übertragenden Bedeutung für das wirtschaftliche Leben unserer Volksteile, dessen Zustandekommen Hunderttausende von Angehörigen des deutschen Baugewerbes mit größter Spannung verfolgten, ist für diesen Herrn irgend ein Beschluß irgend einer Organisation, durch den er sich seine Forderungen nicht füllen läßt. Er bringt das Unglaubliche fertig und jagt, daß dadurch keine andere Vereinbarung eine „Veränderung erfahre“! Und da es bei der niedrigen Klagesumme keine Verurteilung gibt, so ist der „Recht“ „Wag es mit der Logik auch auf nach so gepanzenen Füße setzen: es ist Recht, denn Herr Neureuburg hat es kraft seines Amtes als Recht verkündet.

Seider sind wir damit noch nicht mit dem Düssel-dorfer Gewerbegericht fertig. Ein anderer Fall muß gleichfalls noch niedriger gegangt werden. Nachdem dies Urteil ergangen war, reichte ein anderer Kollege seine Klage in derselben Sache ein. Darüber wird uns berichtet:

Bei der Verhandlung sollten selbstverständlich die in der früheren Urteilsbegründung enthaltenen Feststellungen durch Beugenbeweise klargestellt werden. Doch der Gerichtsvorsitzende, diesmal Herr Rentner Seydt, schien mit seinem Urteil bereits fertig zu sein, denn sonst würde er den Vertretern des Klägers, den Kollegen Duna, doch nicht schon vor Eintritt in die Verhandlung ersucht haben, die Klage zurückzuziehen, was Duna natürlich ablehnte. Duna führte in seiner Klagebegründung aus, daß das oben erwähnte Urteil mit den Tatsachen in direktem Widerspruch stehe und der Vertreter des Beklagten etwas herabgesetzt, wie es in dem Urteil stehe, durchaus nicht gesagt habe und auch nicht habe sagen können, und daß gerade aus diesem Grunde eine neue Klage eingereicht worden sei, um Klarheit zu schaffen. Der Vorsitzende reagierte jedoch gar nicht auf diese Ausführungen. Im vollen Klarheit in der Sache zu schaffen, beantragte Duna, den Vorliegenden des Arbeitgeberverbandes, der zweifellos im Stande sei, darüber Auskunft zu geben, ob Jensen verpflichtet war, den tarifmäßigen Lohn zu zahlen, als Zeugen beziehungsweise Sachverständigen zu laden. Duna eruchte das Gericht, über diesen Antrag Beschluß zu fassen. Der Vorsitzende gab dem Ersuchen statt, das Gericht trat ab, um — wie man allgemein annahm — über den gestellten Antrag Beschluß zu fassen. Das Gericht erschien wieder, lehnte die Ladung des Zeugen ab und — — — wies den Kläger mit seiner Forderung ab! — Dabei war aber die Verhandlung überhaupt nicht zu Ende geführt worden; denn der Vorsitzende hatte dem Kläger auch mit keiner Miene zu versprechen gegeben, daß er die Beweisaufnahme zu schließen gedente. Ja, vielleicht hatten auch nicht einmal die Beiführer etwas derartiges erwartet. Als Duna den Vorsitzenden darauf aufmerksam machte, daß die Beweisaufnahme ja nicht einmal zu Ende geführt sei und er sein Vernehmen über die Urteilsverkündung äußerte, erklärte der Vorsitzende lakonisch: „Darüber habe ich zu entscheiden!“

Es liegt uns fern, uns mit dem Herrn Rentner zu beschäftigen. Etwas anderes möchten wir zu diesem Vorkommnis sagen; nämlich die Frage aufwerfen, ob wir nicht alles tun, was möglich ist, um eine einwandfreie Rechtspflege der Gewerbe- und Arbeitergerichte zu erzielen. Es scheint eigentlich nicht gut möglich zu sein, daß solche Dinge passieren könnten, wenn die Arbeiterbeiführer bei den Gerichten auf dem Posten wären. Sie sind sicher in allen Fällen, wo sie von uns gewährt werden, und, künftige Genossen, die das Vertrauen der Arbeiterklasse nicht umsonst erworben haben. Aber nicht immer verfügen sie über die nötige Kenntnis und Erfahrung, um das Recht der Arbeiter wahrzunehmen, wie sich möchten und müssen. Darauf sollte man in Zukunft mehr sehen und diesem von uns erwählten Mitglied, der sicher in vielen Orten vorhanden ist, abhelfen suchen.

Aufrechnung von Lohn. Der Glasarbeiter H. in Hensburg klagte am 8. August auf Auszahlung von 8 $\frac{1}{2}$, die ihm vom Lohn einbehalten worden waren. H. hatte eine der Fabrik gehörige Wohnung inne und verließ diese, als die Arbeiter ausgeperrt wurden. Bei der Lohnzahlung

wurden ihm $\frac{1}{2}$ für zwei zersprungene Fensterscheiben abgezogen. Der Vertreter des Klägers wies darauf hin, daß dieser angebliche Schaden nicht im Arbeitsverhältnis entstanden sei, also nicht vom Lohn abgezogen werden dürfe. Außerdem müsse dem Kläger nachgewiesen werden, daß er den Schaden mehrmals angestrichen habe. Der Vertreter der Fabrik betriebe sich auf die Arbeitsordnung, die besagt, daß die Wohnung in gutem Zustand wieder abgeliefert werden müsse. Zugleich reichte er eine Widerklage gegen U. ein auf Schadenersatz von $\frac{1}{2}$, weil er einen Tag zu früh die Arbeit verlassen habe. Er hätte, weil er die Tagelohn hatte, erst am 16. anstatt schon am 15. die Arbeit verlassen dürfen. Das Gericht entschied, daß aus dem Mietverhältnis entstandener Schaden nicht am Lohn gekürzt werden dürfe, andererseits habe U. einen Tag vor Ablauf der Kündigung die Arbeit verlassen, weshalb der Widerklage stattgegeben sei. Die Glasfabrik wurde zur Hälfte, an U. $\frac{1}{2}$ zu zahlen.

Polizei und Gerichte.

„Von „ehrbaren Meistern“. In Kappeln a. d. Schlei hatte ein Parteigenosse bei dem Streik der Bauhandwerker im vorigen Jahre in einem Lokalblatte ein „Eingeladener“ veröffentlicht, worin es von den Unternehmern Blaas und Wecker hieß, daß sie bei 17 Gefellen 15 Bekehrte beschäftigt und wohl nicht ohne Absicht; denn viele dieser Bekehrten seien schon in einem Alter, daß man sie leicht für Gefellen halten könnte. Und wie die Sage gehe, sei das auch schon geschehen. Das bauende Publikum hätte ein Interesse daran, daß solche bauerwürdigen Manipulationen der Unternehmern bei Zeiten unterdrückt würden, damit es nicht von den Unternehmern über Ohr gekaut würde. Blaas und Wecker mußten auch Wunsch der Innung klagen, und zwar gegen den Parteigenossen Vogel und gegen den Herausgeber jener Zeitung („Der Schleibote“). Die Sache kam am 26. August vor dem Schöffengericht in Kappeln zur Verhandlung. Der Erfolg war, daß beide Beklagten freigesprochen wurden, weil ihnen der Beweis der Wahrheit für ihre Behauptungen völlig geblieben war. In dem Urteil heißt es:

„Die Jungen Blaas und Wecker haben sich tatsächlich allgemein für Bekehrungsarbeiten vom Publikum Gefellenlöhne zahlen lassen. Auf den spezifizierten Rechnungen, die sie ihren Kunden zustellten und sich von ihnen zahlen ließen, haben sie so und so viele Stunden Gefellenlöhne in Rechnung gestellt, wenn die Bekehrten die Arbeit getan hätten. Die Gefellenlöhne sind in Höhe bis zu 60 $\frac{1}{2}$ für die Stunde angesetzt worden, während sie höchstens 25 $\frac{1}{2}$ betrugen. Diese Verfahrens ist von Blaas schon mit Bekehrten im ersten Lehrjahre betrieben worden. Er hat auch den Bekehrten im ersten Lehrjahre gesagt, wenn ihn jemand frage, solle er nur sagen, er sei Gefelle.“

Dieses Sachverhalt hat die Hauptverhandlung auf Grund der Angaben der Angeklagten und der eideschwurigen Aussagen der Jungen Blaas, Wecker, Knutzen, Jensen ergeben. Es ist in der Tat als fragwürdige Manipulation zu bezeichnen, wenn dem bauenden Publikum fälschlich mitgeteilt wird, die beschäftigten Arbeiter seien Gefellen gewesen, und wenn ihm als Auslagen des Meisters Gefellenlöhne in Rechnung gestellt wird, während der Meister nur Bekehrungslöhne bezahlt hat; gewiß steht dem Meister mit Recht ein Unternehmergewinn zu, auch wenn er mit Bekehrten arbeitet; aber ein weiterer Unternehmerlohn, bestehend in der Differenz zwischen Bekehrungs- und Gefellenlöhnen, ist ungerechtfertigt. Die fälschliche Aufführung der Bekehrungen als Gefellen in den Rechnungen führt das Publikum irre und ist verwerflich. An dem Aufbilden dieser Gefellen hatte das benachteiligte Publikum allerdings ein Interesse, damit es nicht weiter so überfordert werde. Der Zeitungsartikel enthält hiernach keine strafbare Verleumdung, und die Angeklagten sind freizusprechen.“

Einen solchen Ausgang haben sich diese beiden ehrenfesten Handwerksleute sicher nicht träumen lassen, sonst hätten sie wohl ihre Klage unterlassen.

Verschiedenes.

Was ist eine Eisenbahn? Die — allerdings nicht gerade „kurz und bündig“ — Antwort auf diese Frage ist in einer Reichsgerichtsentcheidung in folgendem herrlichen Satzbild zu lesen:

„Eine Eisenbahn ist ein Unternehmen, gerichtet auf wiederholte Fortbewegung von Personen oder Sachen über nicht ganz unbedeutende Raumstrecken auf metallener Grundlage, die durch ihre Konstruktion, Konstruktion und Glätte den Transport großer Gewichtsmassen beziehungsweise die Erzielung einer verhältnismäßig bedeutenden Schnelligkeit der Transportbewegung zu ermöglichen bestimmt ist, und durch diese Eigenart in Verbindung mit den außerdem zur Erzeugung der Transportbewegung benutzten Naturkräften — Dampf, Elektrizität, tierischer oder menschlicher Muskelkraft, bei geeigneter Ebene der Bahn auch schon durch die eigene Schwere der Transportgefäße und deren Ladung usw. — bei dem Betriebe des Unternehmens auf derselben eine verhältnismäßig gewaltige, je nach den Umständen mehr in bezugter Weise nützliche oder auch Menigförmige vermittelnde und die menschliche Gesundheit bezweckende Wirkung zu erzeugen fähig ist.“

Wenn es jetzt nicht klar geworden ist, was eine Eisenbahn ist, dem ist schließlich nichts zu helfen.

Eingegangene Schriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 1. Heft des 27. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes seien hier hervor: Einige Feststellungen über Marx und Engels, von A. Kautsky. — Zur Reform der Strafprozessordnung, von Hugo Kneemann. — Englische Wandlungen, von E. H. Mosler (London). — Die französische Gemeinde als politischer Faktor, von E. H. Mosler (Paris). — Die Landtagswahlen in Preußen, von W. H. H. (Gießen). — Die Landtagswahlen in Oldenburg, von W. H. H. (Gießen). — Die Landtagswahlen in Finnland, von W. H. H. (Gießen). — Die Landtagswahlen in Estland, von W. H. H. (Gießen). — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolporture zum Preise

von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 $\frac{1}{2}$. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Der Arbeiter-Motiv-Kalender 1909. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, ist erschienen. Der „Arbeiter-Motiv-Kalender“ ist im Laufe der Jahre bei vielen Tausenden von Arbeitern zu einem unentbehrlichen Taschenbuch geworden; die Reichhaltigkeit des Inhalts sowie die gute Ausstattung lassen erwarten, daß derselbe sich nicht nur seine alten Freunde erhalten, sondern eine große Anzahl neuer erobern wird. Aus dem Inhalt des Kalenders heben wir hervor: Die Reichstagswahlen 1907 und die Nachwahlen. — Biographische Notizen unserer Reichstagsabgeordneten. — Reichstagsbeschlüsse. — Die Bedeutung der Landtage. — Sozialdemokratische und Gewerkschaftspresse. — Die Gewerkschaften Deutschlands. — Internationale Streik- und Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1908. — Adressen der Arbeitersekretariate und der Vorstände der Zentralverbände. — Die deutschen Gewerbe-Inspektoren. — Kalenderium und Geschichtskalender. — Münz- und Gewichtstabelle. — Ortskarte. — Vielfältiges Abrechenmaterial. — Außerdem enthält der Kalender ein künstlerisch ausgeführtes Märzporträt. Preis 60 $\frac{1}{2}$. Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporture.

„Kommunale Praxis“, Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, die Nummern 39 und 40. Mit Nummer 40 hat ein neues Quartal begonnen, und dürfte sich der jetzige Termin daher ganz besonders eignen, ein Abonnement auf die „Kommunale Praxis“ zu beginnen; dieselbe bietet ein so außerordentlich reiches Material, daß sie eine wahre Fundgrube darstellt für jeden, der sich auf dem weiterverzweigten Gebiete der Kommunalpolitik betätigt oder ihr auch nur besonderes Interesse entgegenbringt. — Preis pro Quartal M. 3. Abonnements nehmen alle Buchhandlungen, Postämter und Briefträger entgegen.

„In Freien Stunden“, Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, die Hefte 88 und 89. Diese Romanhefte erscheinen wöchentlich zum Preise von 10 $\frac{1}{2}$ und bringen interessante und spannende Romane, Erzählungen, Novellen etc. Jeder Kolporteur liefert die Zeitschrift.

Briefkasten.

Seyda, E. H. Die Wohnung muß ordnungsgemäß zum Quartalswechsel gekündigt werden. Miete ist für die ganze Dauer des Mietverhältnisses zu zahlen. Wenn kein besonderer Mietvertrag vorliegt, dann gelten die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Hiermit gilt als letzter Kündigungstag der dritte Werktag im Quartal. Ist der Mietzins nach Monaten bemessen, so ist die Kündigung für den Schluss eines Kalendermonats zulässig; die Kündigung hat in diesem Falle spätestens am 15. d. M. zu erfolgen. Im ersten Falle ist die nächste Kündigungsschritt spätestens am 3. Januar 1909, mit der Kautschik bis zum 31. März.

234 096. Der Ortsanwalterband wird mit seiner Klage Erfolg haben und das Amtsgericht eine Verurteilung aussprechen, da der Mann beschuldigt ist, die Kur- und Verpflegungskosten für seine erkrankte Ehefrau zu zahlen. Ob der Mann wegen seines geringen Verdienstes hierzu im Stande ist, darüber müssen sich die Gerichte nach Vermögensverhältnissen entscheiden.

Büchling, D. Die Versammlungsangelegenheiten dürfen ruhig genug in Nr. 43 erscheinen.

Regensburg, R. In dieser Nummer nicht möglich. Der Bericht hätte doch schon früher gesandt werden können.

Anzeigen.

Bekanntmachung.

In der Privatklage: Bayerlein, Konrad, Fliesenleger in Nürnberg, vertreten durch Unterfertigten, gegen G. L. S., Ludwig, Maurer in Nürnberg, wegen Verletzung wurde in der Sitzung des Schöffengerichts am 11. Juli 1908 nach gegenseitiger Hauptverhandlung folgendes Urteil erlassen:

I. G. L. S., Ludwig, geboren 29. Mai 1872 in Grobshausen, prot., lediger Maurer, hier, ist schuldig eines Vergehens der Verletzung, und wird deshalb zur Geldstrafe von fünfzig Mark, umgewandelt im Falle der Uneinbringlichkeit in eine Gefängnisstrafe von zehn Tagen, verurteilt.

II. Der Verurteilte hat die Kosten des Verfahrens zu tragen und dem Privatkläger die erwachsenen notwendigen Auslagen einschließlich der Anwaltskosten zu ersetzen.

III. Dem Privatkläger wird die Befugnis zuerkannt, den verurteilten Teil des Urteils binnen einer Woche nach Empfang einer Ausfertigung auf Kosten des Verurteilten durch einmütiges Gericht im Infraterritorium der „Frankischen Tagespost“ und des in Hamburg erscheinenden Fachorgans „Der Grundstein“ öffentlich bekannt zu machen.

Vorstehendes Urteil geht als richterlicher Ermächtigung gemäß diesem öffentlich bekannt.

Nürnberg, den 5. Oktober 1908.

[M. 7,80] Dr. S. H. H. e. m., Rechtsanwält.

Büchling, D. Die Adresse des Vorstehenden Wilhelm

Diepold ist jetzt: Sonntagstr. 4, 1. Et.

Der Maurer **Max Rückert**, geb. den 14. April 1877

zu Reubitz, wird gebeten, sofort zu seiner Familie zurück-

zukommen.

Max Rückert,

Wandbret, d. V. Bogenstr. 39, 2. Et.

Heide.

Sonntag, den 18. Oktober 1908:

Fahrenweihe

verbunden mit

Unzug, Festrede, Konzert, Theater und Ball

im Lokale des Herrn **W. H. O.**

Eintritt der Kollegen 9½ Uhr nachmittags.

Alle Kollegen von Heide sowie die der umliegenden Zweig-

vereine laden wir hiermit freundschaftlich ein.

[M. 3,90] Das Komitee.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgter Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile kostet 15 $\frac{1}{2}$.)

Angsborg. Am 26. September schied unser Kollege **Rudolf Müller** freiwillig aus dem Leben.

Breslau. Am 26. September starb nach kurzem Krankenlager unter Verbandskollegen **Paul Sobotta** im Alter von 34 Jahren an Blutvergiftung infolge eines Nagelstiches.

Cöln. Am 30. September starb das Mitglied **Adam Stell** aus Schleiburg im Alter von 27 Jahren an der Proletariatskrankheit. — Am 2. Oktober starb unser Mitglied **Karl Weiden** im Alter von 34 Jahren an Spleenleiden.

Am 3. Oktober starb das Mitglied **Martin Weber** von Frechen im Alter von 48 Jahren an Spleenleiden.

Cöpenick. Am 1. Oktober starb unser Kollege **W. H. Pohl** im Alter von 33 Jahren an Lungenentzündung.

Darmstadt. Am 23. September starb an Lungenentzündung im Alter von 48 Jahren der Kollege und Zahlstellerschreiber **Horst**.

Fraunfurt a. d. O. Am 30. September starb nach kurzem Krankenlager unser langjähriger Verbandskollege **Ernst Raube** im Alter von 50 Jahren an Lungen- und Nierenleiden.

Gr. Wöden. Am 2. Oktober starb nach kurzer, schwerer Krankheit unser Verbandskollege **Albert Ahrens** im Alter von 61 Jahren an Lungenleiden.

Salz a. d. S. Am 25. September starb unser alter Verbandskollege **Karl Oppermann** im Alter von 67 Jahren.

Sof. Am 1. Oktober starb unser treuer Verbandskollege **Johann Schubert** im Alter von 59 Jahren an Lungenleiden.

Langelsheim. Am 2. Oktober starb nach längerem Krankenlager unser Kollege **Heinrich Schulze** im Alter von 50 Jahren an der Proletariatskrankheit.

München. Am 25. September starb unser Kollege **Xaver Küfner**, 42 Jahre alt, an Lungenleiden. — (Schwabing.) Am 28. September starb unser Kollege **Josef Teiner**, 23 Jahre alt, durch Mordhand.

Nürnberg-Fürth. Am 20. September starb unser Kollege **Georg Birkel** aus Stadeln im Alter von 24 Jahren an der Proletariatskrankheit.

Plaue a. d. S. Am 27. September starb nach langem Leiden unser Kollege **Hermann Karsch** im Alter von 30 Jahren.

Preetz. Am 20. September starb nach langem Leiden unser treuer Kollege **Christian Lepthien** im Alter von 74 Jahren an Lungenentzündung.

Wien. Am 30. September starb nach langem Leiden unser treuer Verbandskollege **Philipp Quillmann** im Alter von 45 Jahren.

Zeig. Am 1. Oktober starb unser Verbandskollege **Max Hilbert** aus Schleiburg im Alter von 28 Jahren an Nierenleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Nürnberg-Fürth. Bureau im Neubau der „Frankischen Tagespost“, Breite Gasse 25/27, Mittelbau 2. Stock. [90 $\frac{1}{2}$] Der Zweigvereinsvorstand.

Schmiedeburg. Die Adresse des Kassierers **Hugo Hanke** ist jetzt: Markt 28. [60 $\frac{1}{2}$]

Sprottan. Der Vorsitzende wohnt vom 1. Oktober an Kunitzstr. 11. [60 $\frac{1}{2}$]

Versammlungs-Anzeiger.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Steinkirchen. Mitgliedsversammlungen jeden Sonntag nach dem 16. im Monat in der Werkstätte des Drechslermeisters Wagner.

Sonntag, den 11. Oktober.

Delitzsch. Nachm. 3 Uhr im „Lindenhof“.

Hüttenrode. Nachm. 4½ Uhr im „Deutschen Kaiser“. Tagesordnung wichtig.

Ohlau. Nachm. 3 Uhr im „Arbeiter-Kalender“. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Mitgliedsbücher mitbringen.

Teuchern. Nachm. 4 Uhr im „Gasthof zur Sonne“. Bericht vom Verbandstag.

Donnerstag, den 15. Oktober.

Ribnitz. Die Generalversammlung findet am 16. Oktober nicht statt.

Freitag, den 16. Oktober.

Berlin. (Waldenmauer.) Bei Opfer, Weststr. 17.

Sonabend, den 17. Oktober.

Aken. Abends 8½ Uhr.

Sonntag, den 18. Oktober.

Belgern. Nachm. 3 Uhr bei Bräutigam. Mitgliedsbücher mitbringen.

Langenwelzendorf. Nachm. 4 Uhr bei Sporn.

Zentral-Krankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 11. Oktober.

Cöln. Vorm. 11 Uhr im „Wachen“, Großen Friedensmarkt. Z.-D.: Verbands- und Abrechnung vom dritten Quartal. Tagesordnung.

Wurzburg. Vorm. 10 Uhr im der „Neuen Wache“. Von 9 Uhr an Verbands- und Abrechnung.

Sonntag, den 25. Oktober.

Dresden. Nachm. 3 Uhr im Posthaus. Z.-D.: Bericht von der Generalversammlung. Abrechnung vom zweiten und dritten Quartal. Kassenspiegel.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Ruer & Co. in Hamburg.